

DGB / Archiv der sozialen Demokratie (Hrsg.)

In die Illegalität gedrängt. Zur Flucht gezwungen. Ermordet.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Herrschaft

BEITRÄGE AUS DEM ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE | HEFT 9

DGB/Archiv der sozialen Demokratie (Hrsg.)

In die Illegalität gedrängt. Zur Flucht gezwungen. Ermordet.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Herrschaft

---

Beiträge aus dem
Archiv der sozialen Demokratie
Heft 9

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

Bilder (Umschlag):
Gruppenaufnahme: Besetzung des Berliner Gewerkschaftshauses am Engelufer durch SA (Reproduktion, 02.05.1933).
Gebäudeaufnahme: Plünderung des Volkshauses Leipzig durch SA-Jugend (Reproduktion, 09.03.1933).

Bildnachweise dieser Broschüre:
Zum Teil liegen die Bildrechte beim AdsD, zum Teil sind die Rechteinhaber jedoch nicht ermittelbar. Letztere sind uns trotz eingehender Recherche nicht bekannt. Wenn Sie Hinweise auf den Inhaber des Urheberrechts von einem der Bilder haben, bitten wir um Mitteilung. Wir stellen die Bilder unter der Bedingung zur freien Verfügung, dass wir von den eventuellen Ansprüchen Berechtigter freigestellt werden.

Beiträge aus dem **Archiv der sozialen Demokratie**
herausgegeben von Anja Kruke
Archiv der sozialen Demokratie
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Online recherchierbar unter: https://www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeberin nicht gestattet.

© 2020 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Redaktion:
Ursula Bitzegeio, Dieter Pougin, Jenny Schiemann

Gestaltung und Satz:
PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Anja Rosenthal, Buxtehude

Umschlag: Maya Hässig, Köln

Druck:
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Printed in Germany 2020

ISBN 978-3-96250-534-9
ISSN 1431-6080

Inhalt

Reiner Hoffmann
Zum Geleit 5

Michael Schneider
Anpassung. Verfolgung. Widerstand
Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Herrschaft 9

Klaus Mertsching
In der Haft ermordete, an deren Folgen gestorbene oder in den Tod getriebene Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter 55

Zu den Autoren 122

Zum Geleit

Vor 75 Jahren endete mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 die selbst verschuldete Unmündigkeit der Deutschen – und mit ihr die soziale und kulturelle Unterdrückung, die von der nationalsozialistischen Diktatur über die Welt gebracht worden ist. Vor allem aber bedeutet der 8. Mai 1945 das Ende eines sechsjährigen Angriffs- und Vernichtungskrieges mit über 60 Millionen Toten, einer zwölfjährigen Gewalt- und Terrorherrschaft und des in der Menschheitsgeschichte einmaligen industriellen Massenmordes an den europäischen Juden. Am 8. Mai 1945 endete auch die Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma, Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern, Kriegsgefangenen, politisch und religiös Andersdenkenden, von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung, von als asozial, psychisch oder physisch krank stigmatisierten Menschen und sogenannten »Berufsverbrechern«.

Gerade weil der Kreis der noch lebenden Opfer und Täter immer kleiner wird, muss weiterhin kontinuierliche Erinnerungsarbeit an die grausame, menschenverachtende, mörderische Politik des nationalsozialistischen Terrorstaats geleistet werden. Kontinuierlich muss auch an diejenigen Menschen erinnert werden, die auf vielfältige Weise versucht haben, Widerstand gegen das totalitäre Regime zu leisten und dies mit Verfolgung, Folter, Ermordung oder Exil bezahlen mussten.

Bedauerlicherweise wird in der öffentlichen Erinnerungskultur nur unzureichend darauf hingewiesen, dass bereits bis 1939 rund 150.000 Regimegegnerinnen und -gegner in Konzentrationslager gesperrt worden und 40.000 ins Exil gegangen sind. Ebenso muss auch heute noch festgestellt werden, dass in der Öffentlichkeit weiterhin mangelndes, wenn überhaupt vorhandenes Interesse am und Wissen vom Widerstand besteht. Liegt es daran, dass die durch einen totalitären Überwachungsstaat bedingte, oftmals nur spurenlos mögliche Arbeit des Widerstandes medial nicht interessant genug ist? Oder daran, dass es eine Erfolgsgeschichte des Widerstands nicht zu erzählen gibt? Oder dass Widerstand nur in Gestalt spektakulärer Aktionen, wie das gescheiterte Attentat des 20. Juli 1944, öffentlich

wahrgenommen wird? Wie auch immer die Antworten auf diese Fragen ausfallen mögen, so bedeutet eine anhaltende erinnerungspolitische Ignoranz gegenüber dem widerständischen Verhalten von Frauen und Männern die Entwürdigung ihres lebensgefährlichen Eintretens für einen demokratischen Rechtsstaat, für den viele unter ihnen nach dem Ersten Weltkrieg gekämpft hatten.

Mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Ende des Zweiten Weltkriegs und damit zur NS-Diktatur droht die Gefahr, dass der Widerstand und seine Akteurinnen und Akteure gänzlich in Vergessenheit geraten. Dies gilt vor allem für den vielfältigen Widerstand von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Auch ist bis heute einer breiten Öffentlichkeit unbekannt, dass während der nationalsozialistischen Diktatur tausende Gewerkschaftsmitglieder in Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt, gefoltert, ermordet, in den Tod und in die Emigration getrieben worden sind.

Gewerkschaften neigen nicht zur Heldenverehrung, zum Personenkult oder zur ikonographischen Überhöhung. Auch geht es nicht darum, an gewerkschaftlichen Widerstand zu erinnern, um damit die Notwendigkeit einer kritischen historischen Auseinandersetzung mit Handlungsoptionen der Gewerkschaften nach dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 in Frage zu stellen. Allerdings wäre es auch sachlich falsch und darüber hinaus moralisch unlauter, der weltanschaulich gespaltenen deutschen Arbeiterbewegung ein komplettes Versagen gegenüber dem nationalsozialistischen Terror-Regime vorzuwerfen.

Uns geht es mit der Publikation der vorliegenden Broschüre vor allem darum, die Namen der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die ihren Widerstand gegen das NS-Regime mit dem Leben bezahlen mussten, in die öffentliche Erinnerung zu rufen – und dies über den 75. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkrieges hinaus.

An jede Einzelne und jeden Einzelnen zu erinnern und auch der immer noch unzähligen Namenlosen zu gedenken, ist für den Deutschen Gewerkschaftsbund mehr als ein erinnerungspolitscher Auftrag und ein bloßes gewerkschaftshistorisches Vermächtnis. Das Leben dieser Widerstandskämpferinnen und -kämpfer zeugt – jenseits von Ideologien und Parteipolitik – von einer demokratisch ethischen Grundhaltung, die uns mit Achtung und Demut erfüllt. Auch mehrfache

Verhaftungen, Gewalterfahrungen, Schikanen und ständige Todesdrohungen konnten sie nicht davon abhalten, für ihre Überzeugungen und Werte einzutreten.

Ihr Vorbild macht auf eine dramatische Weise deutlich, dass eine gelebte Soziale Demokratie nicht voraussetzungslos ist. Für die deutsche Arbeiterbewegung war es die Schaffung der Einheitsgewerkschaft als Grundlage der demokratischen Gestaltung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, die dabei im Vordergrund stand. In diesem Gestaltungsprozess spielten die Erfahrungen und politischen Vorstellungen aus dem Widerstand und auch aus dem Exil eine prägende Rolle – und prägen Politik und Wirtschaft in der Sozialpolitik, im Arbeitsrecht oder in der Mitbestimmung bis heute.

Gerade die zunehmende Politikverdrossenheit und die gegenwärtige politische Situation, in der Rechtspopulisten und -extremisten in den Parlamenten sitzen und Rechtsradikale Morde begehen, Anschläge verüben und Todesdrohungen gegen Politikerinnen und Politiker aussprechen, verlangen nach einem aufrechten Gang und nach mutigem Handeln, um die gewerkschaftlichen Werte Freiheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit gegen die Feinde unserer Demokratie zu verteidigen.

Es sind diese Werte, für die die in dieser Broschüre genannten Frauen und Männer und viele mehr gestorben sind.

Reiner Hoffmann
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Michael Schneider

Anpassung. Verfolgung. Widerstand

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Herrschaft

Schon vor der Machtübertragung an Adolf Hitler hatten die Nationalsozialisten angekündigt, sie würden, kaum an die Macht gekommen, den »Marxismus« in all seinen Schattierungen ausrotten. Gemeint waren die Arbeiterparteien, vor allem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die mit dem verhassten »Weimarer System« identifiziert wurde, und die Kommunistische Partei (KPD), die als Verkörperung des »russischen« bzw. »asiatischen Bolschewismus« galt. Und die Gewerkschaften aller Richtungen und selbst die Verbände der Katholischen Arbeiterbewegung fielen unter das Verdikt des »zerstörerischen Klassenkampfes«. Dass mit der politischen Arbeiterbewegung auch die Gewerkschaften, besonders die sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), sofort nach dem 30. Januar 1933 zu einem zentralen Angriffsziel der neuen Machthaber wurden, kann angesichts dieser Vorgeschichte kaum verwundern: Die Anhänger- und Führerschaft der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften galten in den Augen der Nationalsozialisten als gefährliche Gegner, die eben deswegen als erste »ausgeschaltet« wurden.

Neben der grundsätzlichen Ablehnung jeder Klassenkampf-Organisation dürften es vor allem Gesichtspunkte der Machtsicherung gewesen sein, die im Frühjahr 1933 die Schläge des NS-Regimes gegen die Gewerkschaften lenkten: Von wem, wenn nicht von den Gewerkschaften, hätte ein Generalstreik organisiert werden sollen, um die neue Regierung – wie 1920 die Kapp-Putschisten – zu Fall zu bringen? Demoralisierung und Schwächung der Gewerkschaften waren Ziele der Nationalsozialisten, die mit äußerster Brutalität im Frühjahr 1933 verfolgt wurden. Mit den Gewerkschaften und den politischen Parteien der Arbeiterbewegung sollten von vornherein die Kraftzentren einer etwaigen Oppositionsbewegung

zerschlagen werden, um die Arbeiterschaft ihrer Organisations- und Aktionsmöglichkeiten zu berauben.[1]

Zwischen Protest und Anpassung. Das Ende der Gewerkschaften unter nationalsozialistischer Herrschaft

»Organisation – nicht Demonstration: Das ist die Parole der Stunde«, so formulierte Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, am 31. Januar 1933 im Bundesausschuss die Leitlinie der gewerkschaftlichen Politik für die kommenden Wochen und Monate.[2] Wie die ADGB-Führung bedauerte auch der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften die »folgenschwere Entscheidung« des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, das »Kabinett der Harzburger Front« unter der Führung Hitlers zu bestätigen.[3] Und in einer Erklärung äußerten die Gewerkschaften gemeinsam die Befürchtung, die »Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind«, könnten jetzt – an der Regierung – »ihre Pläne zu verwirklichen trachten«. Damit stünden die »Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfall wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten«.[4]

Wer jedoch den Aufruf zu einer organisierten Massenaktion erwartete, sah sich enttäuscht. So entschieden die Gewerkschaften aller Richtungen auch die neue Regierung ablehnten, so deutlich mahnten sie zur Besonnenheit: Einzelaktionen galten als gefährlich, könnten diese doch, wie befürchtet wurde, der Regierung den Vorwand zum Staatsstreich geben. Mit Mahnungen zur Disziplin wurden die Generalstreikaufrufe der KPD abgeblockt, die indessen – nicht zuletzt wegen der

1 Zum Folgenden detailliert: Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Bd. 12), Bonn 1999; ders., In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945 (= Geschichte, Bd. 13), Bonn 2014.

2 Siehe Die Gewerkschaften und der Regierungswechsel. 13. Bundesausschußsitzung des ADGB am 31.1.1933, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 5 vom 4.2.1933, S. 67f., hier S. 67.

3 Siehe An die christliche Arbeiterschaft, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 4 vom 15.2.1933, S. 37.

4 An die Mitglieder der Gewerkschaften, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 5 vom 4.2.1933, S. 65.

Massenarbeitslosigkeit – wohl auch ohne die gewerkschaftliche Zurückhaltung nur vereinzelt befolgt worden wären. Zudem war die Arbeiterbewegung keineswegs zu geschlossenem Handeln fähig: Nicht nur an die Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch an Polarisierungstendenzen in der Gewerkschaftsbewegung ist zu denken; deren Spektrum reichte von der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) über die im ADGB zusammengeschlossenen Freien Gewerkschaften und die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine bis zu den christlich-nationalen Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften jedenfalls setzten sich von den »unentwegten Generalstreiktheoretikern« ab; das unterstrich Peter Grassmann, der stellvertretende ADGB-Vorsitzende, beim Führerappell der Eisernen Front am 13. Februar 1933: »Der Generalstreik ist eine furchtbare Waffe nicht nur für den Gegner; ihn veranlassen und verantworten kann man nur, wenn es gar nicht mehr anders geht, wenn es sich um Leben und Sterben der Arbeiterklasse handelt.«[5]

Wer könnte – rückschauend – leugnen, dass eben die hier befürchtete Situation eingetreten war? Doch die schleichende Aushöhlung der sozialen und politischen Errungenschaften von Revolution und Republik, die Schwächung der Gewerkschaften in den Jahren der politischen und wirtschaftlichen Krise und wohl auch die Resignation angesichts eines als übermächtig erscheinenden Gegners, dem die Massen zuströmten, trugen dazu bei, dass die Gewerkschaften kampflos kapitulierten. Außerdem war die Arbeiterbewegung, wie gesagt, keineswegs zu geschlossenem Handeln fähig; auch waren nicht alle Gewerkschaften gleichermaßen Gegner der Nationalsozialisten: Die gemeinsame Stellungnahme der Richtungsgewerkschaften zu Hitlers Regierungsantritt war von ADGB und AfA-Bund, vom Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, nicht aber vom christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) unterzeichnet worden. In seinem Glückwunschtelegramm an Hitler vom 1. Februar 1933 wies der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV) darauf hin, er habe sich – und daran war die DGB-Unterschrift gescheitert – nicht bereitfinden können, eine Gewerkschaftserklärung zu unterzeichnen, in der das neue Kabinett als Regierung

5 Peter Grassmann, Kampf dem Marxismus!? Rede anläßlich des Führerappells der Eisernen Front am 13.2.1933, Berlin 1933, S. 21.



Besetzung des Gewerkschaftshauses in Kaiserslautern durch die SA; Hakenkreuzfahne über dem Gewerkschaftshaus (1933)

der »sozialen Reaktion« abgelehnt werde.[6] Wenige Wochen später schaltete sich der DHV freiwillig gleich; bereits im April 1933 war der christlich-nationale DGB damit organisatorisch zerbrochen.

Offenbar wurde auch bei den Freien Gewerkschaften, trotz der immer wiederkehrenden Beschwörung der Folgen einer nationalsozialistischen Regierung für die Arbeitnehmerschaft, nicht wirklich mit der Zerschlagung der Gewerkschaften gerechnet. Vielmehr erhoffte man sich wohl vom publizistischen Nachweis der Bedeutung der Gewerkschaften als »Schule der Verantwortung« für ein Volk, das sich seines »Rechts auf nationale Selbstbestimmung« bewusst werde, eine Honorierung in Form einer Verschonung der Organisation; mit diesem Ziel rief Theodor Leipart die »Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat« in Erinnerung.[7] Und Lothar Erdmann, Chefredakteur des zentralen Gewerkschaftsorgans »Die Arbeit« und Vertrauter Leiparts, bemühte sich, durch die Ablehnung internationalistischer Tendenzen zur ideologischen Versöhnung von »Nation, Gewerkschaften und Sozialismus« beizutragen.[8]

Von ihrer Politik des – wie es hieß – »kühlen Bluts« ließen sich die Gewerkschaften auch nicht durch die Folgen des Reichstagsbrands am 27. Februar 1933 abbringen, der den Freien Gewerkschaften als »Angriff gegen den Parlamentarismus

6 Siehe DHV an Hitler vom 1.2.1933 (Bundesarchiv/Berlin-Lichterfelde, R 43II Reichskanzlei, 531, Nr. 2).

7 Theodor Leipart, Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat, in: Soziale Praxis Nr. 8 vom 23.2.1933, Sp. 225–231.

8 Lothar Erdmann, Nation, Gewerkschaften und Sozialismus, in: Die Arbeit Nr. 3, März 1933, S. 129–161.



Zerstörung des Leipziger Gewerkschaftshauses durch die Nationalsozialisten; Verbrennung von Unterlagen (Mai 1933)



Zerstörung des Leipziger Gewerkschaftshauses durch die Nationalsozialisten; Durchsuchung eines Büros durch die SA (Mai 1933)

überhaupt« galt[9] und den die Nationalsozialisten zum Anschlag auf die Arbeiterparteien, insbesondere auf die KPD, nutzten. Zwar war in den gewerkschaftlichen Kundgebungen dieser Wochen viel von »Kampf« und »Kampfbereitschaft« die Rede – doch gedacht war vor allem an »Wahlkampf«; einmal mehr setzten die Gewerkschaften – auch die Christlichen – alle Hoffnungen auf das Votum der Wählerinnen und Wähler.

Nach den Wahlen vom 5. März 1933, in denen die NSDAP die absolute Mehrheit verfehlte, aber ein Koalitionskabinett unter ihrer Führung bilden konnte, begannen sich die Gewerkschaften darauf einzustellen, dass Hitlers Regierung nicht nur ein kurzes Zwischenspiel sein würde. Dennoch überwog offenbar auch bei den Freien Gewerkschaften noch immer die Hoffnung, es werde schon nicht so »schlimm« kommen – jedenfalls nicht schlimmer als unter Bismarcks Sozialistengesetz, gegen das sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung letztlich erfolgreich behauptet hatte.

Im März 1933 erreichte der blutige Terror gegen die Gewerkschaften einen ersten Höhepunkt. Allein am 13. März gingen beim ADGB-Vorstand Schreckensmeldungen aus über 20 Orten ein.[10] Bei Angriffen wurden mehrere Gewerkschaftsfunktionäre, unter ihnen Matthias Theisen vom Baugewerksbund, ermordet; andere – zum Beispiel Otto Geiselhart vom Zentralverband der Angestellten (ZdA) – wurden in der Haft in den Selbstmord getrieben.

Doch die Überfälle und Gewalttaten vermochten keine grundsätzliche Änderung der gewerkschaftlichen Politik herbeizuführen. So wird man die Proteste gegen die gewaltsamen Übergriffe vor allem der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) nicht als Widerstands-Aktionen bewerten können; die Beschwerden zum Beispiel bei Reichspräsident Hindenburg waren eher von vorwurfsvollen Unschuldsbeteuerungen geprägt, die durch die Bekundungen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Regierung, wenn diese nur das »Fußvolk« ihrer Bewegung im Zaum halten würde, begleitet wurden. Nur vereinzelt trafen Gewerkschafter

9 Siehe Brand im Reichstag. Bundesausschußsitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 9 vom 4.3.1933, S. 129.

10 Siehe Henryk Skrzypczak, Die Ausschaltung der Freien Gewerkschaften im Jahre 1933, in: Erich Matthias, Klaus Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 255–270, hier S. 261.

– z. B. Albin Karl in Hannover, Anton Döring in Frankfurt am Main und Karl Molt in Stuttgart – Vorbereitungen dafür, die Gewerkschaften notfalls mit Waffengewalt gegen die Angriffe der SA zu verteidigen.[11]

Die Anpassungsbereitschaft der Gewerkschaften ging bis an den Rand der Selbstaufgabe: In der Erklärung des ADGB-Vorstandes vom 21. März 1933 wurde schließlich das »Recht des Staates« anerkannt, »in die Auseinandersetzungen zwischen organisierter Arbeiterschaft und Unternehmertum einzugreifen, wenn das Allgemeininteresse es erforderlich macht«. Eine »staatliche Aufsicht« über die »Gemeinschaftsarbeit der freien Organisation der Wirtschaft könnte unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern«. Sogar die »Form der Organisation« wurde hier zur Disposition gestellt; denn »über der Form der Organisation steht die Wahrung der Arbeiterinteressen«.[12]

Waren die Anpassungsbemühungen der Freien Gewerkschaften schon nicht zu übersehen, so scheint es, als seien die christlich-nationalen Gewerkschaften dem Pathos der »Revolution« erlegen: »Was morsch war, ist gefallen. Und eine Welle junger Kraft hat Deutschland überspült.« – so wurde diese »Revolution« begrüßt. Auf der Vorstands- und Ausschuss-Sitzung vom 16. und 17. März 1933 bekundeten die Christlichen Gewerkschaften ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im »Neuen Staat«; und mit dem »Essener Programm« zum Aufbau einer berufsständischen Ordnung stellten sie sich – so Bernhard Otte, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften – »bewußt in den Dienst der großen Sache«.[13]

Die Rettung der eigenen Organisationen war oberste Maxime des Handelns. So setzten sich die Christlichen Gewerkschaften von den Freien und beide Gewerkschaften gleichermaßen von ihren jeweiligen parteipolitischen Bündnispartnern ab, um nicht mit den dem Regime erkennbar missliebigen Parteien unterzugehen. Zudem vollzog der ADGB-Bundesvorstand bald den von den Christlichen Gewerkschaften mit der Essener Tagung getanen Schritt zur programmatischen

11 Siehe Willy Buschak, »Arbeit im kleinsten Zirkel«. Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 43 (Neuauflage: Essen 2015).

12 Erklärung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 12 vom 25.3.1933, S. 177.

13 Zitiert nach: Tagungen der Christlichen Gewerkschaften, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 12 vom 25.3.1933, S. 178.

Einordnung nach: Am 9. April erklärte er sich bereit, »die von den Gewerkschaften in jahrzehntelanger Wirksamkeit geschaffene Selbstverwaltungsorganisation der Arbeiterschaft in den Dienst des neuen Staates zu stellen«; der ADGB empfahl, die Gewerkschaftsbewegung einem Reichskommissar zu unterstellen. Und am 13. April diskutierten Leipart, Grassmann und Wilhelm Leuschner mit Vertretern der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) die zukünftige Organisationsform der Gewerkschaftsbewegung; erst mit dem ultimativen Ansinnen der NSBO-Vertreter, Leipart solle seinen Posten an einen Nationalsozialisten übergeben, war die Grenze der gewerkschaftlichen Anpassungsbereitschaft erreicht: Leipart beharrte darauf, die Führung der Gewerkschaften werde durch die Delegierten bestimmt.[14] Hierher gehört auch, dass die Freien Gewerkschaften am 22. April ihren Austritt aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) erklärten. Am selben Tag räumte die »Metallarbeiter-Zeitung« ein, die Gewerkschaften hätten wohl in der Vergangenheit ihre politische Unabhängigkeit nicht ausreichend »nach außen« deutlich gemacht; und zu Unrecht werde den Gewerkschaften die »nationale Gesinnung« abgesprochen; eben weil sie eine solche selbstverständlich fänden, müssten sie sie ja nicht ständig betonen.[15]

Zu den Signalen der Anpassungsbereitschaft gehörte auch die Bereitwilligkeit, mit der einzelne Gewerkschaftsvorstände die Rücktrittsgesuche ihrer jüdischen Kollegen und Kolleginnen annahmen – wenn sie diese nicht selbst zum »Rückzug« gedrängt hatten. Zu denken ist insbesondere an den Rücktritt Siegfried Aufhäusers vom Vorsitz des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bunds) am 28. März 1933 und an die Entlassung von Hans Gottfurcht vom ZdA mit Schreiben vom 28. April 1933.[16]

Das Ergebnis der Reichstagswahlen, der Terror des März 1933 und die Abstimmung über das »Ermächtigungsgesetz«, mit der das Parlament gegen die Stimmen allein der SPD – den Kommunisten war die Teilnahme an der Abstimmung verwehrt – abdankte, hatten gewiss zermürbend auf Gewerkschafterinnen und

14 Siehe Manfred Scharrer, Anpassung bis zum bitteren Ende. Die freien Gewerkschaften 1933, in: ders. (Hrsg.), Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 73–120, hier S. 107f.

15 Siehe Zum Gewerkschaftsproblem, in: Metallarbeiter-Zeitung Nr. 15 vom 22.4.1933, S. 1.

16 Siehe Ursula Bitzegeio, Über Partei- und Landesgrenzen hinaus. Hans Gottfurcht (1896–1982) und die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, Bonn 2009, S. 164.



Hakenkreuzfahne über dem Osnabrücker Gewerkschaftshaus (Reproduktion, März 1933)

Gewerkschafter gewirkt; nur die Betriebsrätewahlen des Frühjahrs bedeuteten vielleicht einen schwachen Hoffnungsschimmer, sah sich das nationalsozialistische Regime doch genötigt, die Wahlen abzubrechen, weil sie nicht das gewünschte Ergebnis brachten. Nach der Wahl von gut 9.000 Betriebsratsmitgliedern zeigte sich, dass die Treue zu den schwer angeschlagenen Gewerkschaften noch Ende April anhielt: Die Freien Gewerkschaften erhielten 73,4 %, die Christlichen Gewerkschaften 7,6 %, die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 0,6 % und die kommunistische Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) 4,9 % der Mandate; die NSBO erreichte »nur« einen Anteil von 11,7 %.[17] Auf der anderen Seite mag die nationalsozialistische Führung aus diesem Ergebnis den Schluss gezogen haben, um ihr Konzept einer gesellschaftlichen Neuordnung zu realisieren, müssten die Gewerkschaften endgültig zerschlagen werden.

17 Zahlen nach: Neuwahl der Betriebsräte 1933, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 17 vom 29.4.1933, S. 270.

Parallel zu den Anpassungsbekundungen der Gewerkschaften und zu den Verhandlungen über die »Gleichschaltung« mit der NSBO liefen – in letzter Minute – die Bemühungen, eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu schaffen.[18] Dass die Gespräche zwischen den Vertretern der Richtungsgewerkschaften, wie Anton Erkelenz von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen betonte, einer »Gleichschaltung von unten« dienen sollten, um damit eine Umbildung zur staatlichen Zwangsgewerkschaft zu verhindern,[19] zeigt den geringen Handlungsspielraum, den die Gewerkschaftsführer sahen. Der Ende April 1933 gebildete »Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften« war also gewiss kein »Aktionsbündnis«; vielmehr waren die Verhandlungen Ausdruck der Bemühungen, den gewerkschaftlichen Organisationen – in neuer, eben entpolitisierter Form – wenigstens das Überleben zu sichern. Auch das Programm dieses Ende April ausgehandelten Zusammenschlusses der Freien, Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften war geprägt von der Bereitschaft, aktiv an der Neuordnung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens mitzuwirken. Im Übrigen war dieser Programm-Entwurf gewiss eher ein notdürftig zusammengefügtes Dach als ein tragfähiges Fundament für eine Einheitsgewerkschaft. Um diese zu schaffen, bedurfte es erst der gemeinsamen Erfahrungen von Auflösung und Zerschlagung, von Verfolgung und Widerstand.

Höhe- und zugleich Schlusspunkte der gewerkschaftlichen Anpassungspolitik waren die Aufrufe zum 1. Mai 1933, den die Regierung – in Verfälschung der Tradition der internationalen Arbeiterbewegung – zum »Tag der nationalen Arbeit« erklärt hatte. Der Bundesvorstand des ADGB begrüßte am 15. April die Feiertagsregelung und unterstützte im Grunde die volksgemeinschaftliche Umdeutung der 1. Maifeier, erinnerte er doch daran, dass am Tage des 1. Mai »stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter [erglühte], den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen«. Während der Bundesvorstand die Teilnahme an

18 Zu Verhandlungen und Programm des »Führerkreises« siehe Gerhard Beier, Zur Entstehung des Führerkreises der Vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte XV, 1975, S. 365–392.

19 Siehe Anton Erkelenz an Adam Stegerwald vom 1.4.1933 (Bestand Stegerwald im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nachtragsband Nr. 19).

den staatlich verordneten Maifeiern freigestellt hatte, rief der Bundesausschuss des ADGB am 19. April schließlich zur Beteiligung auf.[20] Auch der Vorstand der Christlichen Gewerkschaften, der den Maifeiertag zuvor nicht gerade geschätzt hatte, begrüßte ihn nun – nationalistisch gewendet – als Zeichen dafür, »daß sich die Regierung Hitler zum sozialen deutschen Volkstum bekennt«.[21]

Einen Tag nachdem sich wohl mancher Gewerkschafter und manche Gewerkschafterin angesichts der pompös inszenierten Maifeiern des »Neuen Staates« der Illusion eines zwar neubestimmten, jedoch festen Platzes ihrer Organisationen in der »nationalen Volksgemeinschaft« hingegeben hatten, holte die Wirklichkeit die Gewerkschaften ein: Am Vormittag des 2. Mai wurden mit einem Schlag alle wichtigen Gebäude des ADGB und der Einzelgewerkschaften von SA- und SS-Trupps besetzt; in Verhaftung, Folter und Mord tobte sich der Hass der Nazis gegen die Freien Gewerkschaften aus.

Zu den in der Berliner ADGB-Zentrale in »Schutzhaft« Genommenen gehörten Theodor Leipart, dessen Stellvertreter Peter Grassmann und das Vorstandsmitglied Wilhelm Leuschner. Zugleich wurden die Verbandsvorstände der Einzelgewerkschaften und die Redakteure und Redakteurinnen der Gewerkschaftszeitungen verhaftet. Offiziell wurde die Zahl von 50 Verhafteten angegeben, in Wirklichkeit waren es Hunderte. Die meisten Verhafteten wurden nach wenigen Tagen – bis Mitte Mai – freigelassen, mussten sich aber von nun an wöchentlich bei der Polizei melden und wurden auch später immer wieder verhaftet. Andere wurden für Jahre in Konzentrationslager verschleppt. Manche – erwähnt seien Michael Jeck, Karl Fromme und Emil Pikard – wurden in den Selbstmord getrieben. Und nicht wenige wurden, wie Hans Westermann und Hermann Basse, unter ungeklärten Umständen im Sommer 1933 umgebracht.

Die furchtbarsten Ereignisse wurden aus Duisburg gemeldet,[22] wo – wie im ganzen Reich – am Morgen des 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Angestellten verhaftet wurden. Im Zentrum der Maßnahmen standen die

20 Siehe die Erklärungen in der Gewerkschafts-Zeitung Nr. 16 vom 22.4.1933, S. 241.

21 An die christliche Arbeiterschaft, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 9 vom 1.5.1933, S. 105.

22 Siehe DGB Jugend Duisburg/Niederrhein, Eric Schley, 2. Mai 1933. Tatort Duisburg, Ausstellung; PDF abrufbar unter: www.gelbehand.de.



Durchsuchung eines Gewerkschaftshauses durch die SA (Reproduktion, ca. 1933)

Gewerkschaftshäuser in der Ruhrorter Straße, in der sich die Sitze des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) und des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs (Gesamtverband) befanden. 19 Gewerkschafter wurden verhaftet und den ganzen Tag verhört, darunter Johann (Jean) Schlösser (DMV), Julius Birck und Michael Rodenstock (Gesamtverband) sowie Emil Rentmeister (ZdA). Gefragt wurde vor allem nach vermuteten Waffenlagern. Als die Verhafteten am Abend mit Schlägen durch die Stadt zum Polizeigefängnis getrieben wurden, fehlten Schlösser, Birck, Rodenstock und Rentmeister. Sie waren im Keller des Gewerkschaftshauses ermordet worden. In der Nacht wurden die Leichen im Wald zwischen Duisburg und Dinslaken verscharrt, wo sie Spaziergänger im April 1934 fanden. Von einem britischen Militärgericht sind die Vorfälle nach 1945 aufgeklärt worden.

Einen Tag nach der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften unterstellten sich die anderen Richtungsgewerkschaften dem »Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit«. Das war das Ende der Gewerkschaftsbewegung. Die Politik der die Grenze der Selbstachtung streifenden Anbiederung an die neuen Machthaber, der politische Selbstmord der Gewerkschaften, hatte die Auflösung nicht zu verhindern vermocht – vielleicht aber erleichtert.

Umgestaltung der Sozialordnung

Der nationalsozialistische Staat schüchterte die Arbeiterschaft ein, beraubte sie binnen weniger Monate ihrer politischen und gewerkschaftlichen Vertretung, aber er umwarb sie mit einer geradezu mythischen Überhöhung des Arbeiterbildes in

Kunst und Propaganda sowie mit einer Reihe sozialer Wohltaten, die umso mehr ins Gewicht fielen, als sie auf die katastrophale Verarmung der Weltwirtschaftskrise folgten. Hinzu kam die Belebung des Arbeitsmarktes, die durch großangelegte Rüstungsprogramme ausgelöst wurde. Davon profitierten die Bauwirtschaft und auch die Montan-, Metall- und Chemieindustrie. Ab 1936/37 herrschte Vollbeschäftigung. Die Knappheit an Arbeitskräften bot vor allem den Facharbeitern in der Rüstungswirtschaft, trotz des 1933 verordneten Lohnstopps, die Chance, individuelle Lohnerhöhungen durchzusetzen.

Die im Mai 1933 gebildete Deutsche Arbeitsfront (DAF) übernahm Häuser und Vermögen der Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Unternehmen – von der Arbeiterbank über die Volksfürsorge bis zu den Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften. Sie war aber keine Ersatzgewerkschaft, sondern eine gemeinsame Organisation aller Arbeitenden, ganz unabhängig von ihrem Status. Zusammen mit dem nationalsozialistischen Freizeitwerk Kraft durch Freude (KdF) diente sie zur Durchorganisierung der Gesellschaft in nationalsozialistischem Sinne, wobei sie politische Kontrolle und Gleichschaltung mit Angeboten einer neuen Freizeitkultur »für alle« zur »Volksgemeinschaft« Zählenden verband. Dass der wortreich propagierte Aufbau der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« auf der Ausgrenzung und Verfolgung der aus politischen und rassistischen Gründen zu »Volksfeinden« Abgestempelten beruhte, wurde von vielen »Volksgenossen« und »Volksgenossinnen« nicht erkannt – oder begrüßt bzw. (billigend) in Kauf genommen. Übrigens: Nur wenige ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre bemühten sich um eine »Weiterbeschäftigung« bei der DAF. Namentlich bekannt sind nur zwei ehemalige Mitarbeiter der ADGB-Vorstandsverwaltung: Clemens Nörpel und Walther Pahl.[23]

Zudem wurde durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG) vom Januar 1934 eine nationalsozialistische Arbeitsordnung entworfen, die den »Klassenkampf« überwinden sollte: Die Tarifautonomie wurde durch Tarifordnungen der Treuhänder der Arbeit ersetzt, und die Betriebsräte wurden durch Vertrauensräte abgelöst, deren Vorsitz der »Betriebsführer« hatte. Die Einhaltung

23 Siehe Karsten Linne, Von Leipart zu Ley: Clemens Nörpel. Ein Dokument aus dem Jahr 1940, in: 1999, 3, 1988, H. 4, S. 92–104; ders., »Weltkampf um Rohstoffe«. Walther Pahl – Eine Gewerkschaftskarriere, in: 1999, 5, 1990, H. 3, S. 39–56.

des Arbeitsfriedens wurde zur selbstverständlichen »Treuepflicht« der »Gefolgschaft« stilisiert. Trotzdem kam es vor allem in der Vorkriegszeit zu mehreren Arbeitsniederlegungen, deren Teilnehmer vielfach entlassen und deren »Rädelsführer« schwer bestraft wurden. Zu erinnern ist z. B. an den knapp 20-minütigen Streik von über 260 Arbeitern, die sich 1936 im Rüsselsheimer Opel-Werk gegen Akkordverschärfungen wehrten.[24]

Mögen weite Kreise der Arbeitnehmerschaft der NS-Propaganda auch skeptisch gegenübergestanden haben, die im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs verringerte Arbeitslosigkeit und die verbesserte Lebenssituation haben wohl viele über die politische und gewerkschaftliche Entrechtung hinweggetröstet. Selbst wenn sich der Kern der ehemaligen Gewerkschaftsmitgliedschaft, die industriellen Facharbeiter, als resistent gegen die Verlockungen der nationalsozialistischen Politik erwiesen hätten, so hieße das keineswegs, dass »die« Arbeiterschaft ein Potenzial des aktiven Widerstandes gewesen wäre. Realitätsnäher ist es wohl, von der »Bändigung«[25] oder »Neutralisierung«[26] der Arbeiterschaft auszugehen: »Bändigung« durch Terror und Entrechtung, »Neutralisierung« durch begrenzte Konzessionen sowie Integration der Arbeiterschaft in die vorgebliche »Volksgemeinschaft« des NS-Staates. Dennoch aber ist festzuhalten: In der industriellen Arbeiterschaft war der Anteil derer, die sich den Loyalitätsanforderungen des NS-Systems verweigerten, überproportional groß.

Widerstand in der Vorkriegszeit

Mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung raubte das Regime der Arbeitnehmerschaft die einzige Möglichkeit der organisierten Gegenwehr. Und mit dem alle Bereiche durchdringenden Polizei- und Verfolgungsapparat wurde jede Keimzelle kollektiven Widerstands zerstört. Wenn überhaupt, so gab es nur die Möglichkeit, in strenger Geheimhaltung, in der Illegalität also, Oppositionelle zu sammeln.

24 Siehe dazu Günter Morsch, Streiks im »Dritten Reich«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36, 1988, S. 649–689; Doris Kachulle, »Arbeitsniederlegungen in Betrieben«. Ein Bericht des DAF-Geheimdienstes über eine Streikbewegung im Jahre 1936, in: 1999, Jg. 1991, H. 4, S. 85–109.

25 So Tim Mason, Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland, in: Carola Sachse u. a., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 11–53.

26 Siehe M. Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 1089.

Für die auf Massenanhang und zwangsläufig auf Öffentlichkeit angewiesenen Gewerkschaften stellten sich damit Probleme, auf die sie von ihrer Struktur her nicht vorbereitet waren. Angesichts der sofort einsetzenden Terrormaßnahmen und der polizeilichen Überwachung einerseits, der sich ausbreitenden abwartend-wohlwollenden Stellung weiter Kreise der Bevölkerung zum Regime andererseits war an eine groß angelegte Widerstandsaktion ohnehin nicht zu denken; auch der Versuch, eine breite illegale Organisation aufzubauen, war zum Scheitern verurteilt. Das zeigten die Versuche der KPD, zunächst am Konzept der RGO-Zellenbildung festzuhalten, die 1933/34 zu Massenverhaftungen führten. Und auch die Ansätze einer verdeckten Gewerkschaftsarbeit, die mit der Taktik des »Trojanischen Pferdes« innerhalb der DAF unternommen wurden, blieben erfolglos; sie trugen überdies durch die – vorgebliche – Mitarbeit von Kommunisten in der DAF zur Verunsicherung der Arbeiterschaft bei.[27]

Trotz des totalen Unterordnungs- und Strafanspruchs des nationalsozialistischen Staates wird man nicht alle Formen der Verweigerung von Anpassungs- und Gefolgschaftsleistungen, die von der Vermeidung des »Hitler-Grußes« bis zu punktueller Kritik an Einzelmaßnahmen des Regimes reichten, als »Widerstand« bezeichnen wollen – auch wenn sie mutig und risikoreich waren. Politischer Widerstand, das ist aus grundsätzlicher Gegnerschaft motiviertes Handeln zur Behinderung oder Zerstörung von Kernbereichen der nationalsozialistischen Diktatur. Der Begriff des gewerkschaftlichen Widerstandes kann sich im Hinblick auf die Zerschlagung der Organisationen nicht auf die Fortführung der überkommenen Gewerkschaftsarbeit beziehen; gewiss verdienen die Versuche Respekt, unter den geschilderten Bedingungen dennoch in einzelnen Bereichen gewerkschaftsähnliche Aktivitäten bis hin zu Streikaktionen zu entfalten. Gewerkschaftlicher Widerstand indessen ist der Versuch einzelner Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, eine politische Arbeit mit der Stoßrichtung gegen das nationalsozialistische Regime als solches zu leisten. Dabei waren die Grenzen zu den unterschiedlichen parteipolitisch orientierten Widerstandsgruppen durchaus fließend, engagierten sich doch Funktionäre und Funktionärinnen der Gewerkschaften vielfach nicht nur in den eigenständigen Gewerkschaftsgruppen, sondern sie kooperierten auch mit den ihnen nahestehenden Gruppen der politischen Parteien.

27 Siehe M. Schneider, Unterm Hakenkreuz, insbes. S. 588 und 988ff.

Gewerkschaftlicher Widerstand war zunächst einmal der Versuch, den persönlichen Zusammenhalt oppositioneller Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen aufrechtzuerhalten, um durch vertrauliche Gespräche die »alten« Anschauungen zu bestätigen und zu festigen; es war der Versuch, auf illegalem Wege Informationen über die Situation in den Betrieben zu sammeln und zu verbreiten; es war der Versuch, den Propaganda-Tiraden politische Aufklärung entgegenzuhalten und damit den menschenverachtenden Charakter des nationalsozialistischen Systems, insbesondere Terror und Kriegsvorbereitung, zu beleuchten und in der Arbeiterschaft Grundlagen gewerkschaftlichen Denkens am Leben zu erhalten; es war der Versuch, den Kontakt zwischen Widerstandsgruppen im Reich und im Exil, auch zwischen deutschen und ausländischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zu halten; und es war der Versuch, Vorbereitungen für die »Zeit danach« zu treffen. Insgesamt sollte ein möglichst großes und dichtes Netzwerk von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern geknüpft werden, das die Basis für die Wiedergründung von Gewerkschaften nach dem Ende der NS-Diktatur bieten sollte. Gewerkschaftswiderstand war auch »Wartestand«.[28]

*

Erste Voraussetzung für die Formierung eines gewerkschaftlichen Widerstandes war es also, den Kontakt zu halten, um damit die eigene politische Überzeugung gegen den wachsenden Druck der nationalsozialistischen Propaganda zu stärken und Informationen auszutauschen. Dank geschickter Tarnung gelang es sogar bekannten Gewerkschaftsführern, diese Aufgabe zu erfüllen; Das gilt z. B. für Jakob Kaiser[29] von den Christlichen Gewerkschaften sowie für Friedrich (Fritz) Husemann[30] von den Bergarbeitern und Alwin Brandes[31] von den Metallarbeitern, die in den ersten Jahren der NS-Herrschaft die Rechtsansprüche von entlassenen

28 Dazu Ulrich Borsdorf, Widerstand und Illegalität, Emigration und Exil. Zur Verwendung von Begriffen in der Geschichte der Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1982, S. 486–497.

29 Siehe detailliert Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart u. a. 1967; auch Tilman Mayer (Hrsg.), Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, Köln 1988.

30 Siehe Gerhard Beier, Fritz Husemann. Als Moorsoldat auf der »Flucht« erschossen, in: ders., Schulter an Schulter, Schritt für Schritt. Lebensläufe deutscher Gewerkschafter, Köln 1983, S. 85–91; Wolfgang Jäger, Fritz Husemann – Der Bergarbeiterführer, in: Bernd Faulenbach u. a. (Hrsg.), Sozialdemokratie im Wandel. Der Bezirk Westliches Westfalen 1893–2001, Essen 2001, S. 144–146.

31 Siehe detailliert Siegfried Mielke u. Stefan Heinz, Alwin Brandes (1866–1949). Oppositioneller – Reformer – Widerstandskämpfer (= Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, Bd. 9), Berlin 2019.

Gewerkschaftsangestellten vertraten und ihre »legalen« Besuche bei ihren ehemaligen Kolleginnen und Kollegen auch für politische Gespräche nutzen konnten. Auch der Beruf des Vertreters sicherte manchem arbeitslos gewordenen Gewerkschaftsfunktionär nicht nur den Lebensunterhalt, sondern er bot auch die Möglichkeit zu verdeckten Kontakten: Hans Gottfurcht[32] reiste als Versicherungsagent, Bernhard Göring vom AfA-Bund als Zigarrenhändler durch Deutschland; letzterer unterhielt zudem Kontakt zum Internationalen Bund der Privatangestellten in Amsterdam.[33]

Relativ günstige Bedingungen fanden sich zudem in allen Berufen des Transportwesens; so ist es nicht verwunderlich, dass der Anteil z. B. der Eisenbahner um Hans Jahn und Otto Scharfschwerdt, der Transportarbeiter um Adolph Kummernuss und der Seeleute um Hermann Knüfken an der Widerstandsarbeit der dreißiger Jahre hoch ist, zumal diese die Unterstützung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) unter Edo Fimmen fand. Nach Jahns Angaben besaß seine Organisation im März 1936 137 Stützpunkte mit 284 Stützpunktführern und 1.320 Funktionären. Zu dieser Widerstandsarbeit trugen auch die Verbindungen zu anarcho-syndikalistischen Gruppen bei, die – wie z. B. die Freie Arbeiterunion Deutschlands – eine im Verhältnis zur Mitgliederzahl überproportional hohe Aktivität entfalteten.[34]

Im Widerstand aktiv waren auch zahlreiche Funktionäre und Mitglieder der RGO und des (kommunistisch orientierten) Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins sowie des DMV. So engagierte sich z. B. mehr als die Hälfte der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder und der Bezirksleiter des DMV im Widerstand; sie unterhielten mit der Unterstützung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes – Schwerpunkte lagen in den (früheren) DMV-Bezirken Berlin, Dresden und Halle – ein weit verzweigtes Kontaktnetz, zu dessen Organisatoren u. a. Alwin Brandes,

32 Siehe detailliert U. Bitzegeio, Über Partei- und Landesgrenzen hinaus, S. 168ff.

33 Siehe Klaus Mammach,Widerstand 1933–1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbwegung im Inland und in der Emigration, Köln 1984, S. 139; siehe auch die Kurzbiographie zu Göring in: Helmut Müller-Enbergs, Wer war wer in der DDR?, Bd. 1, 5. Ausgabe, Berlin 2010.

34 Siehe Helmut Esters, Hans Pelger, Gewerkschafter im Widerstand. Mit einem forschungsgeschichtlichen Überblick von Alexandra Schlingensiepen, Bonn 1983; Dieter Nelles, Widerstand und internationale Solidarität. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Essen 2001.

Otto Tost, Franz Metz, Fritz Kummer, Heinrich Schliestedt, Walter Uhlmann, Max Urich, Richard Teichgräber, Hans Böckler und Walter Freitag gehörten. Brandes berichtete von Kontakten zu 748 ehemaligen Metallern.[35]

Und auch ehemalige Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen anderer Berufsgruppen – zu denken ist z. B. an die Bergarbeiter, die Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, die Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten und die Textilarbeiterinnen und -arbeiter – schlossen sich in kleinen Gruppen zusammen.[36] In einer Reihe von Städten gab es zudem Gruppen von früheren Funktionären der Angestelltenbewegung, die vielfach in Verbindung zu Bernhard Göring, einem ehemaligen Sekretär des Hauptvorstandes des AfA-Bundes, standen. Derartige Kontakte und Gruppenbildungen wird man dem Widerstand zuordnen können, wenn sie zu gegen das Regime gerichteten Aktionen führten; zu denken ist etwa an den Transport und Austausch von Tarnschriften und Informationsblättern und – natürlich – an die Anfertigung und Verteilung von Flugblättern sowie an die Ausarbeitung von Zukunftsplänen für ein »anderes Deutschland«.

Mit der Bildung des »Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften« im April 1933 und dann mit der gemeinsamen Erfahrung der Verfolgung wurden die Grenzen zwischen den Richtungsgewerkschaften nahezu bedeutungslos. In den »Deutschland-Berichten der Sopade« wurde 1936 ein ehemaliger Christlicher Gewerkschaftsführer zitiert, der betonte, dass kein christlicher Gewerkschafter mehr »an das Wiederkommen der Spaltung zwischen christlichen und freien Gewerkschaften [glaube]. Insofern hat die Hitlerdiktatur wohl für alle Zeiten Hindernisse niedergerissen.«[37] In fast allen Widerstandsgruppen arbeiteten ehemalige Christliche, liberale und Freie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zusammen, die damit den Weg zu den späteren Einheitsgewerkschaften bereiteten. Tief blieb der

35 Siehe Siegfried Mielke mit Stefan Heinz (Hrsg.), Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat. (= Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, Bd. 2), Berlin 2012; Siegfried Mielke mit Stefan Heinz unter Mitarbeit von Marion Goers (Hrsg.), Funktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im NS-Staat. Berlin 2012, S. 53ff.; ausführlich auch: S. Mielke u. S. Heinz, Alwin Brandes, S. 338ff.

36 Siehe Willy Buschak, Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933 bis 1939, in: Gewerkschaftliche Montshefte 10, 1994, S. 646–660, hier bes. 654ff.

37 Deutschland-Bericht der Sopade vom Januar 1936, nachgedruckt in: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, 3. Jg., 1936, 5. Aufl., Dez. 1980, S. 7–149, hier S. 11.

Graben indessen zwischen diesen und den kommunistischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, zumal deren Einbindung in die KPD unvermindert stark blieb. Nicht übersehen sei jedoch, dass es auch vereinzelt zu gemeinsamen Aktionen von sozialdemokratischen und kommunistischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern kam. Am bekanntesten wurden die auf betrieblicher Ebene gebildeten Gruppen von Textil- und Metallarbeiterinnen sowie -arbeitern im Wuppertaler Raum, die im Herbst 1934 mehrere 100 Mitglieder zählten. Sie druckten und verteilten Flugblätter, hatten auch eigene Zeitungen. Im Januar 1935 wurden die Gruppen mit Massenverhaftungen zerschlagen; die von den mit großem Propagandaaufwand geführten »Wuppertal-Prozessen« Betroffenen fanden ausländische Unterstützung, insbesondere durch das holländische »Wuppertal Komitee«.

Weder die unter dem Deckmantel von Vertreterbesuchen verborgenen Treffen mit allein mündlicher Kommunikation noch die Zirkel, die darüber hinaus wirksam wurden, blieben der Gestapo verborgen. Konsequenz der genauen Überwachung war Mitte der 1930er Jahre eine erste Verhaftungswelle: Fritz Husemann von den Bergarbeitern wurde im März 1935 verhaftet und im April 1935 im KZ Esterwegen »auf der Flucht erschossen«; die Trauerfeier in Bochum wurde zu einer politischen Demonstration, an der rund 1.000 Personen teilnahmen. Ebenfalls 1935 wurde der DMV-Kreis um Alwin Brandes zerschlagen. Brandes kam bis 1937 ins KZ Sachsenburg; weitere Funktionäre des DMV-Hauptvorstandes, erwähnt seien Erich Bührig, Otto Eichler, Erich Lübbe und Otto Tost, waren Häftlinge im KZ Sachsenhausen; dort war auch Max Urich, der Vorsitzende der DMV-Ortsgruppe Berlin, inhaftiert.[38] Richard Teichgräber wurde nach Verbüßung der Haftstrafe ins Konzentrationslager verschleppt und ist am 25. Februar 1945 im KZ Mauthausen an den Folgen der Haft verstorben. Auch das von Hans Jahn aufgebaute Netz von Eisenbahnern wurde 1937 durch Massenverhaftungen fast völlig zerschlagen. Ebenso erging es dem Kreis um Alfred Fitz vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

38 Siehe Siegfried Mielke (Hrsg.), Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch, 4 Bde., Berlin 2002ff. (Bde. 2 und 3 hrsg. in Verbindung mit Günter Morsch, Bd. 4 hrsg. mit Stefan Heinz unter Mitarbeit von Julia Pietsch). Siehe auch Angelika Arenz-Morch, Stefan Heinz (Hrsg.), Gewerkschafter im Konzentrationslager Osthofen 1933/34. Biographisches Handbuch (Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, Bd. 8), Berlin 2019.

Auch in Zuchthäusern und Konzentrationslagern hielten die inhaftierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vielfach den Kontakt zueinander, wobei sie oftmals eingebunden waren in die entlang parteipolitischer Grenzlinien gebildeten Widerstandsgruppen. Die Inhaftierten leisteten sich gegenseitige Hilfe zum Überleben, zur Selbstbehauptung gegenüber den nationalsozialistischen Umerziehungsanforderungen, und sie diskutierten über die Zukunft der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung und den Wiederaufbau von Demokratie und Rechtsstaat.

Nach der Verhaftungswelle 1936/37 formierte sich der gewerkschaftliche Widerstand unter den Bedingungen verschärfter Kontrolle und Überwachung neu. Zu erwähnen sind zum Beispiel Gruppen von gewerkschaftlich orientierten Arbeitern und Arbeiterinnen in der Metall-, Bau-, Holz- und graphischen Industrie, auch im Bergbau und bei der Reichsbahn sowie in der Seeschifffahrt und im Hafen- und Transportgewerbe. Allerdings folgte deren illegale Arbeit den eingeschränkten Handlungsbedingungen in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre: Der Stellenwert der auf breite Aufklärung zielenden Informationsarbeit, z. B. durch Flugblätter, nahm ab. Gewiss gab es weiterhin individuelle Aktionen in der Betriebsarbeit, d. h. Versuche der Interessenartikulation und -vertretung im Rahmen der DAF oder auch der Vertrauensräte. Doch diese durften eben nicht als kollektiv abgestimmte Aktionen in Erscheinung treten, sodass der gewerkschaftliche Hintergrund allenfalls dadurch hergestellt werden konnte, dass die »Wortführer« als ehemalige Gewerkschafter oder Gewerkschafterinnen bekannt waren. So ist bei den vereinzelten kollektiven Aktionen – etwa beim Konflikt um die Gedingelöhne im Ruhrgebiet im zweiten Halbjahr 1936, bei den Protesten Anfang 1937 gegen den niedrigen Umtauschkurs für Bergarbeiter, die in französischen Gruben arbeiteten, oder auch beim Widerstand gegen Arbeitszeitverlängerungen an der Ruhr im Mai 1937 – ungeklärt, welche Rolle Gruppen ehemaliger Gewerkschafter für die Artikulation der Forderungen und für die Mobilisierung von Protest wirklich hatten.[39] Dass sich die vielfach eher »stillen« Proteste in einer Art »Grauzone« bewegten, wurde beim Problem der Leistungszurückhaltung besonders deutlich. »Solche und ähnliche Widerstandshandlungen« – so resümierte im Sommer 1938 ein Vertrauensmann seinen Bericht an den Arbeitsausschuß der

39 Siehe K. Mammach, Widerstand 1933–1939, S. 185ff.

freigewerkschaftlichen Bergarbeiter – »sind keine Seltenheit, aber sie greifen nicht auf die ganze Belegschaft der Grube, noch weniger auf mehrere Schächte über«.[40]

Nicht übersehen seien die Aktivitäten der »Illegalen Reichsleitung der deutschen Gewerkschaften«, die sich darauf konzentrierte, in Kontakt-Zirkeln ehemaliger Spitzenfunktionäre Planungen für die »Zeit danach« zu diskutieren und Kontakt zum Internationalen Gewerkschaftsbund, zu den Internationalen Berufssekretariaten und auch zur Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften sowie zu den Landesvertretungen im Exil zu halten.[41]

Es ist umstritten, ob der gewerkschaftliche Widerstand innerhalb und außerhalb Deutschlands in der Tat derart »durchorganisiert« war, dass man mit Recht von einer »Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften«, und zwar auf der Ebene des Dachverbandes wie auf der einzelner Gewerkschaften, sprechen könne. Schauen wir genauer hin: Zunächst ist festzuhalten, dass aus der durch die Illegalität erzwungenen Nicht-Schriftlichkeit der Überlieferung nicht ohne weiteres geschlossen werden darf, eine solche »Organisation« hätte es nicht gegeben. Auch ist zu beachten, dass der Begriff der »Illegalen Reichsleitung« kein Konstrukt eines Gewerkschaftshistorikers ist, sondern – will man dem Zeugnis Hermann Schlimmes, vor 1933 Sekretär im Bundesvorstand des ADGB, aus der direkten Nachkriegszeit glauben – eine Selbstbezeichnung war. So schrieb er in seinem »Bericht über illegale Gewerkschaftsarbeit in der Zeit ab 1933« vom 4. September 1945: »Der Unterzeichnete bekam Ende Mai oder Anfang Juni 1933 den Besuch des Genossen [Walther] Schevenels (Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes). […] Schevenels, Walter Maschke [Jugendsekretär des ADGB] und ich kamen überein, die Verbindung mit den Gewerkschaften, insbesondere mit den Verbandsvorständen aufrecht zu erhalten, um mit deren Hilfe über die Bezirks- und Ortsverwaltungen den Kontakt mit den Arbeitern in den Betrieben zu halten. Sehr bald fanden sich neben den beiden Genannten« – wie Schlimme auflistete – weitere Gewerkschaftsfunktionäre, u. a. Martin Krebs (Fabrikarbeiter), Xaver (richtig: Cäsar) Thierfelder (Bekleidungsarbeiter), Otto Eichler und Erich Bührig (Metallarbeiter) sowie Richard Barth (Buchdrucker); dazu gehörten auch die

40 Nach Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933–1945, Frankfurt/M. 1976, S. 225.

41 Siehe Gerhard Beier, Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945, Köln 1981.



Besetzung des Gewerkschaftshauses in Kaiserslautern durch die SA (Reproduktion, Mai 1933)

jedoch bald Verhafteten Max Urich (Metallarbeiter) und Otto Scharfschwerdt (Eisenbahner).[42] Wenig später nutzte Schlimme für diese illegale Organisation den Begriff der »Reichsleitung«: In einer Stellungnahme vom 12. November 1948 hieß es: »Seit Ende Mai 1933 und nach Rücksprache mit dem damaligen Generalsekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes in Paris, Walter Schevenels, wurde vereinbart, daß der Unterzeichnete und Walter Maschke eine Reichsleitung für die illegale Gewerkschaftsarbeit bilden. Diese Arbeit wurde im engsten Einvernehmen mit den mir bekannten Vorsitzenden der damaligen Gewerkschaften geleistet. […] Alle prominenten Funktionäre des ADGB, auch in den Bezirken, arbeiteten gemeinsam mit den SPD-Genossen.«[43] Verbindungen scheinen auch zwischen Walter Maschke, Hermann Maaß, Wilhelm Leuschner, Hermann Schlimme und – wohl eher lose – zu Theodor Leipart bestanden zu haben.[44]

Gewiss: Anders als Schlimme in der Rückschau berichtete, haben sich wohl nicht »alle prominenten Funktionäre des ADGB« im Widerstand engagiert; auch kooperierten die gewerkschaftlichen Widerstandszirkel weniger zentralisiert miteinander, als dies der Begriff der »Reichsleitung« vermuten lässt; und außerdem verfügten sie nicht über einen Mitgliederstamm im eigentlichen Sinne, wohl aber

42 Hermann Schlimme, Bericht über illegale Gewerkschaftsarbeit in der Zeit ab 1933 vom 4.9.1945 (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR/SAPMO, NY 4416, Nl. Hermann Schlimme, 71), abgedruckt in: Ulla Plener, Zwei weitere Dokumente über den gewerkschaftlichen Widerstand 1933–1945, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 41, 1999, H. 4, S. 122–126, hier S. 122ff.

43 Hermann Schlimme an ZK der SED vom 12.11.1948 (SAPMO, NY 4416, Nl. Hermann Schlimme, 47), abgedruckt in: U. Plener, Zwei weitere Dokumente, S. 124ff.

44 Siehe Ulla Plener, Theodor Leipart (1867–1947). Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz – Ein Lebensbild in Dokumenten, 1. Halbband: Bigraphie, Berlin 2000, S. 298ff.

über ein Informations- und Kontaktnetz von mehreren 1.000 ehemaligen Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen, vor allem Funktionären, das sie zu einer Ansprechpartnerin gerade auch für die ins Ausland geflohenen Kollegen und Kolleginnen sowie für diejenigen machte, die das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 vorbereiteten.[45] So knüpfte Leuschner in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre Kontakte zu früheren Gewerkschaftern bzw. Politikern, etwa zu Walter Maschke und Hermann Maaß sowie zu den Sozialdemokraten Julius Leber und Carlo Mierendorff. Außerdem gehörten Jakob Kaiser von den christlich-nationalen Gewerkschaften und Max Habermann vom DHV zu seinen Gesprächspartnern. Schon 1935/36 entwickelten Leuschner und Kaiser zudem Verbindungen zu Wehrmachtskreisen, so zu Kurt von Hammerstein-Equord und zu Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch; vor Kriegsbeginn dienten die Treffen wohl vor allem dem Gedankenaustausch über die politische Lage. Erst später – mit dem Kontakt zu Carl Friedrich Goerdeler, der 1941 hergestellt wurde – ging es darum, die Chancen einer großangelegten Widerstandsaktion auszuloten.[46] Freilich wurden Leuschner und auch Kaiser schon in den 1930er Jahren von der Gestapo überwacht. Aus der Sicht der Gestapo hieß es 1937: »Man kann zu der Auffassung kommen, daß durch diese persönlichen und schriftlichen Bindungen das eventuelle Gerippe einer neuen Gewerkschaft vorhanden ist. Beweise dafür« hätten sich indessen »im Jahre 1937 nicht erbringen lassen«.[47]

Vielleicht mag man den Begriff der »Reichsleitung« als zu institutionalistisch empfinden; man wird aber doch von einem reichsweiten Netzwerk ausgehen können, dessen Mitglieder Planungen und schließlich personale Anknüpfungspunkte für

45 Siehe G. Beier, Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften; auch: Gerhard Beier, Gewerkschaften zwischen Illusion und Aktion. Wandlungen gewerkschaftlicher Strategie vom potentiellen Massenwiderstand zur Technik der Verschwörung, in: Jürgen Schmädeke, Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München u. Zürich 1985, S. 99–112, hier bes. S. 108.; kritisch dazu Siegfried Mielke, Matthias Frese (Bearb.), Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933–1945 (= Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Siegfried Mielke u. Hermann Weber), Frankfurt/M. 1999, S. 21ff. und 155ff. Siehe auch W. Buschak, »Arbeit im kleinsten Zirkel«, S. 16f. und S. 207ff.

46 Siehe Axel Ulrich, Wilhelm Leuschner. Ein deutscher Widerstandskämpfer, Wiesbaden 2012, S. 210ff.

47 Lagebericht 1937 des Geheimen Staatspolizeiamtes, S. 58 (Bundesarchiv/Berlin-Lichterfelde, R 58 RSHA, Abt. IV Geheimes Staatspolizeiamt, 16/I).

den Wiederaufbau der Gewerkschaften nach dem Ende der Diktatur bereitstellten. Allein die Teilnehmerliste der ersten Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften, die im Sommer 1946 in Frankfurt am Main stattfand, zeigt diese personalen Verflechtungen aus der NS-Zeit.[48] Die »Reichsleitung« war also gewiss mehr als eine Fiktion.[49]

*

Zu den Ersten, die aus Deutschland fliehen mussten, gehörten Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen jüdischer Herkunft: Ludwig Rosenberg und Hans Gottfurcht gingen nach England, Siegfried Aufhäuser (über Frankreich und England) und Toni Sender flohen in die USA, und Fritz Naphtali entkam nach Palästina. Angesichts von Verfolgung und Bedrohung der Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen wurden frühzeitig Versuche unternommen, Anlaufstellen im benachbarten Ausland zu schaffen. Bis zum Anschluss an das Deutsche Reich (1935) bot zunächst das Saargebiet einen Fluchtpunkt für exilierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Zu erinnern ist hier – stellvertretend für viele – an das Schicksal von Heinrich Imbusch: Der Vorsitzende des Christlichen Bergarbeiterverbandes floh Ende Mai 1933 ins Saargebiet, im Mai 1934 folgte ihm seine Familie. 1934 wurde Imbusch, der sich im Kampf um die Abstimmung über die Rückgliederung der Saar an das Deutsche Reich für den »Status quo« engagierte, Opfer eines – erfolglosen – Entführungsversuchs der SA. Nach dem Saarreferendum floh Imbusch nach Luxemburg, wo er sich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen ab Mai 1940 versteckt hielt. 1942 kehrte er unerkannt – er hatte sich einen Vollbart wachsen lassen – nach Essen zurück; hier versteckte er sich und starb am 16. Januar 1945, wegen Unterernährung entkräftet, an einer Lungenentzündung.[50]

Wie Imbusch gingen Bruno Süß, der Düsseldorfer Leiter des ZdA, Max Bock und Heinrich Häfner vom DMV in Frankfurt am Main sowie Otto Pick vom Christlichen Metallarbeiterverband zunächst an die Saar, wo sie sich – erfolglos – am

48 Siehe Gerhard Beier, Zur doppelten Tragödie der Widerstands gegen den Nationalsozialismus: Wilhelm Leuschner, Willi Richter und Willy Knothe. Beispiel aus Hessen (= Kronberger Bogendruck 4. Jg, Heft 2, 1994), S. 23f.

49 Siehe S. Mielke, M. Frese (Bearb.), Die Gewerkschaften im Widerstand, S. 21ff.

50 Siehe Gerhard Beier, Heinrich Imbusch, in: ders., Schulter an Schulter, S. 99ff.; ausführlich: Michael Schäfer, Heinrich Imbusch. Christlicher Gewerkschaftsführer und Widerstandskämpfer, München 1990.

Abstimmungskampf für den »Status quo«, also gegen die Eingliederung ins Deutsche Reich, beteiligten.

Nach der Rückgliederung der Saar übernahmen die Tschechoslowakei (bis 1938) sowie die Grenzregionen der Niederlande, Belgiens, Frankreichs und Dänemarks die Funktion als erste Anlaufstellen für geflohene Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, bis auch diese Länder vom Krieg überzogen wurden. Aber es ging nicht nur darum, erste Auffangpositionen für aus Deutschland vertriebene Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu schaffen, sondern zentrale Aufgaben waren, von diesen Stützpunkten aus die illegale Arbeit zu koordinieren und den Informations- und Schriftenaustausch zwischen Reichsgebiet und Ausland zu organisieren.

So wurde im Herbst 1934 in der Tschechoslowakei, auf der Konferenz in Reichenberg, die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG) gegründet, deren Leitung Heinrich Schliestedt übernahm. Dass die Gewerkschaften eine eigene Auslandsvertretung geschaffen haben, kann man vielleicht als weiteren Schritt zur Lockerung der alleinigen Anbindung an die SPD und damit als Einladung zur Bildung eines richtungsübergreifenden Verbandes interpretieren. Allerdings dominierten sowohl in der Auslands- als auch in den Landesvertretungen die sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter; darin spiegelten sich die Größenverhältnisse der Richtungsgewerkschaften und der Anteil der Sozialdemokraten bzw. Sozialisten am Exil. Nach Schliestedts Tod (1938) verlagerte die ADG ihren Sitz zu Fritz Tarnow nach Kopenhagen, der indessen nicht von allen Auslandsvertretern als Leiter anerkannt wurde. Die Auslandsvertretung wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) finanziell unterstützt – was angesichts der Verstimmung, die der Anpassungskurs des ADGB im Frühjahr 1933 und speziell der Austritt aus dem IGB am 22. April 1933 ausgelöst hatten, keineswegs selbstverständlich war.

Zentrale Aufgaben der ADG waren die Koordinierung der Widerstandsarbeit im Reich und im Exil sowie die Verbreitung von Informationen speziell über die Lage in den Betrieben. Im Januar 1939 gab die ADG die erste Ausgabe der »Neuen Gewerkschaftszeitung« heraus, in der – laut Untertitel – »Betrachtungen zur sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklung Deutschlands« publiziert werden

sollten. Angesichts der schlechten finanziellen Ausstattung der ADG übernahm der IGB ab der vierten Ausgabe die Herausgeberschaft der Zeitung, die bis Kriegsbeginn auch im Reich verteilt wurde.

Außerdem setzten die ins Ausland geflohenen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ihre vielfach im Reich begonnene Arbeit fort. So (re-)organisierte Jahn von Luxemburg aus die gewerkschaftlichen Kontaktnetze und Aktivitäten. In einem Brief an Fimmen von der ITF resümierte er am 9. März 1939 seine bisherige Tätigkeit: Im vergangenen Jahr sei es ihm gelungen, direkte Verbindungen zu gewerkschaftlichen Aktivisten in 13 Städten im Reich und indirekte Kontakte in weiteren 25 Städten und 15 kleinen Orten herzustellen. Auch habe er Verbindungen zu einzelnen Betrieben in der Privatindustrie in Düsseldorf, Cottbus, Leipzig und Berlin aufbauen können. Neben den herkömmlichen Mitteln des Schriftentransports und der -verteilung entwickelte Jahn auch neue Ideen: So ließ er von Luxemburg aus Luftballons mit Flugblättern aufsteigen, die dank des vorherrschenden Westwinds bis weit nach Deutschland hineingetragen wurden; und mehrere tausend Limonadeflaschen, gefüllt mit Flugzetteln, wurden in die Mosel geworfen, sodass sie nach Deutschland trieben.[51]

Auch im Ausland zeigten sich vereinzelt – z. B. bei den Transportarbeitern – Ansätze zur Zusammenarbeit sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter. Doch letztlich fanden die von der Kommunistischen Internationale 1935 ausgegebenen Einheitsfrontparolen keinen großen Niederschlag. Zwar wurde in Frankreich im März 1937 – parallel zu Heinrich Manns Volksfront-Initiative – der »Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter« gebildet.[52] Die Leitung des 13 Personen umfassenden Ausschusses übernahm der Sozialdemokrat Gustav Schulenburg, der frühere Sekretär des ADGB-Bezirksausschusses Baden; zum Sekretär wurde der Kommunist August Weisheit bestellt, der vor 1933 die Maurersektion des Magdeburger ADGB geleitet hatte. Mitglieder des Ausschusses waren u. a. die Sozialdemokraten Bruno Süß und Richard Kirn, die Kommunisten Wilhelm Fritsch und Paul Merker sowie Otto Pick von den Christlichen Gewerkschaften.

51 Siehe H. Esters, H. Pelger, Gewerkschafter im Widerstand, S. 73.

52 Siehe Horst Bednareck, Der Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter in Frankreich 1937. Der antifaschistische Kampf der Gewerkschaften und ihr Beitragfür die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 14, 1966, S. 745ff.

Doch mit dem Scheitern des Pariser Volksfront-Versuchs und vor allem mit dem Bekanntwerden der »Moskauer Säuberungen« war 1937/38 auch das Ende des Koordinationsausschusses besiegelt.

Zu nennen ist auch der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, der auf einer Tagung des Exekutivkomitees der Bergarbeiterinternationale in Paris gegründet wurde. Hier arbeiteten u. a. Franz Vogt, Richard Kirn und Hans Mugrauer vom (sozialdemokratischen) Alten Verband zusammen mit den Kommunisten Wilhelm Fritsch und Wilhelm Knöchel. Der Ausschuss, dessen Arbeit von der Bergarbeiter-Internationale finanziell unterstützt wurde, nahm seinen Sitz in Amsterdam und richtete Grenzstellen in der Tschechoslowakei für die Bergarbeitsreviere in Sachsen und Oberschlesien, im französischen Forbach für das Saargebiet und in Amsterdam für das Ruhr- und das Wurmgebiet ein. Über diese Grenzstellen wurden die in Amsterdam hergestellten Publikationen, vor allem die hektographierten »Bergarbeiter-Mitteilungen« und die »Bergarbeiter-Zeitung«, verteilt; beide erschienen bis Ende 1938. Mit Beginn des Krieges wurde die grenzüberschreitende Arbeit so erschwert, dass sie nur punktuell aufrechterhalten werden konnte. Nach dem deutschen Einmarsch in die Niederlande nahm sich Vogt das Leben; Knöchel, der in den folgenden Jahren eine zentrale Funktion in der Reorganisation des kommunistischen Widerstandes in Deutschland übernahm, wurde 1943 verhaftet und hingerichtet.[53]

Widerstand im Krieg

In den ersten Kriegsjahren veränderten sich die Lebensbedingungen im Reich – abgesehen von den Einberufungen und den bald steigenden Zahlen von Kriegstoten – zunächst erstaunlich wenig: Der NS-Führung galt es als »Lehre des Ersten Weltkrieges«, dass eine erfolgreiche Kriegsführung auch und vor allem von der Ruhe an der »Heimatfront« abhinge, die durch Sicherung der alltäglichen Versorgung und durch Zukunftsversprechen eines Lebens in Wohlstand »nach

53 Siehe Beatrix Herlemann, Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn 1982; siehe auch Klaus Mammach, Widerstand 1939–1945. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Köln 1987, bes. S. 150ff.



Wilhelm Leuschner vor dem Volksgerichtshof

dem Sieg« garantiert werden sollte. Bis 1942/43 blieb die Versorgungslage der deutschen Bevölkerung relativ stabil.

In den Betrieben wurden die Kriegsfolgen bald spürbar: Um die von der Wehrmacht benötigten Männer in der Industrie zu ersetzen, wurden Jugendliche und ältere Männer, auch Kriegsversehrte, sowie verstärkt Frauen zur Industriearbeit aufgerufen bzw. verpflichtet. Außerdem wurden Zivilisten aus dem Ausland zunächst angeworben, dann zum Arbeitseinsatz nach Deutschland verschleppt. Und schließlich wurden die Insassen von Kriegsgefangenen- und auch Konzentrationslagern – bei katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen – zur Zwangsarbeit eingesetzt. Deutsche Facharbeiter rückten vielfach zu Vorarbeitern auf. Aber auch für diese wurden die Arbeitsbedingungen schrittweise verschlechtert: Arbeitsdruck und Arbeitszeit wurden erhöht. Jede Form der Leistungszurückhaltung wurde als Arbeitsverfehlung, als »Bummelantentum« oder sogar als Sabotage verfolgt und schwer bestraft.

Erst mit dem Rückzug der deutschen Truppen, der nach der Niederlage bei Stalingrad im Januar 1943 an allen Fronten einsetzte, und mit der zunehmenden Bombardierung der deutschen Städte begann der Krieg immer drastischer seine Auswirkungen in Deutschland zu zeigen: Zwar stiegen die Nominallöhne noch an, aber die Versorgung wurde knapp; die Rationierung von Lebensmitteln, Brennstoff usw. gehörte ebenso zum Alltag wie der wachsende Zeitaufwand für das »Besorgen« knapper Güter. Das Leid der Kriegerwitwen und -waisen und die Not der Ausgebombten wuchsen dramatisch an. Dennoch kam nicht die explosive Stimmung auf, die gerade die Ernährungslage im Ersten Weltkrieg verursacht hatte. Die »Volksgemeinschafts«-Propaganda und die allgegenwärtige Bespitzelung und Denunziation sowie das Gefühl der Hilflosigkeit gegen die sich in

Bombennächten ankündigende Niederlage trugen auch in der Arbeiterschaft zu einem Klima der Passivität bei, das von Hoffnung und Angst, von mürrischer Kritik und Unterordnung sowie von trotzigem Durchhaltewillen gekennzeichnet war.

Daraus stachen allenfalls die Aktionen von Jugendlichen hervor, ohne dass das betont unangepasste Verhalten z. B. der Edelweißpiraten eindeutig als politischer Widerstand gelten kann. Und auch die im Laufe des Krieges trotz der damit verbundenen Risiken zunehmende Bummelei, das Krankfeiern und die Aufsässigkeit mancher Arbeiter, auch das Erzählen politischer Witze und das »Meckern« wird man kaum ohne weiteres als Opposition oder gar als Widerstand ansprechen können. Allerdings muss man wohl berücksichtigen, dass Aktionen der Leistungszurückhaltung die einzigen Möglichkeiten waren, als Arbeiter oder Arbeiterin eine oppositionelle politische Haltung in die Tat umzusetzen.

*

Schon zu Beginn des Krieges, d. h. im September 1939, wurden über hundert Funktionärinnen und Funktionäre der Arbeiterbewegung, darunter zahlreiche Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, in »Schutzhaft« genommen. Ziel dieser Maßnahme war es wohl, etwaige Arbeiterunruhen im Keim zu ersticken. Die meisten der Verhafteten wurden – so auch Wilhelm Leuschner – nach einigen Tagen oder Wochen wieder auf freien Fuß gesetzt. Dass unter den Verhafteten auch Lothar Erdmann war, der doch über seine nationale Gesinnung keinen Zweifel hatte aufkommen lassen, deutet nicht nur auf den totalen Machtanspruch der nationalsozialistischen Diktatur, sondern zugleich auf die tiefsitzende Furcht vor etwaigen Oppositionszentren in den Kadern der »alten« Arbeiterbewegung hin. Lothar Erdmann wurde in das KZ Sachsenhausen verschleppt; dass er sich auf seinen Status als preußischer Offizier des Ersten Weltkriegs berief, um sich gegen die schlechte Behandlung zu verwahren, nahmen die KZ-Wächter zum Anlass immer neuer Misshandlungen, an deren Folgen Lothar Erdmann im September 1939 starb.[54]

54 Siehe G. Beier, Lothar Erdmann, in: ders., Schulter an Schulter, S. 41–46; auch Ilse Fischer, Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888–1939): Ein »leidenschaftlicher Individualist« in der Gewerkschaftsspitze. Biographie und Auszüge aus den Tagebüchern (= Beihefte zum Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 23), Bonn 2004.

Die Einbindung der Arbeiterschaft in die Kriegsanstrengungen, die Erschwerung von grenzüberschreitenden Kontakten und der Ausbau des Verfolgungsapparats – all das traf den Widerstand im Reich schwer. Unter diesen Bedingungen konnten sich keine Organisationskerne für einen massenhaften Protest oder gar Widerstand herausbilden, zumal jede Widerstandsaktion in weiten Kreisen der Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, als Beitrag zur Schwächung der deutschen Kriegspolitik und damit letztlich als »Landesverrat« verfemt wurde.

Bei aktivem politischen Widerstand im Krieg – da denkt man wohl vor allem an die erwähnte Knöchel-Gruppe und an die »Rote Kapelle«, an der mit Robert Barth auch ein ehemaliger Aktivist der RGO beteiligt war; nachdem er beim Einsatz an der deutschen Ostfront zur Roten Armee desertiert war, wurde er 1942 zur Unterstützung der illegalen kommunistischen Arbeit in Deutschland mit dem Fallschirm abgesetzt. Im Zuge der Ermittlungen gegen die »Rote Kapelle« wurde er verhaftet und in das KZ Ravensbrück eingeliefert.[55]

Doch auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzten ihre illegale Arbeit fort. So bescheinigte das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) der Freien Gewerkschaftsbewegung kurz nach Beginn des Krieges, dass sie – im Gegensatz zur marxistischen, d. h. sozialdemokratischen Parteibewegung – »nach innen und aussen eine wesentliche Geschlossenheit auf[weise], die sich natürlich auch in einer ersprießlichen Arbeitsweise der Illegalität im Reich auswirkt«.[56] Aufgelistet wurden zahlreiche Gruppierungen, die nach wie vor Informationen über die Lage im Betrieb beschafften und weitergaben, Flugschriften fertigten und verteilten und zudem »Mundpropaganda« betrieben.[57] Als besonders aktiv galten die Berg-, die Metall- und die Textilarbeiterverbände sowie der Einheitsverband der Eisenbahner. Schriftlich und mündlich würden die nationalsozialistische Lohn- und Sozialpolitik, also die Höhe von Steuern und Abzügen, die Länge der Arbeitszeit, auch die Anforderungen von Mehrarbeit sowie die Aussetzung der Vertrauensratswahlen

55 Siehe Regina Griebel, Marlies Coburger und Heinrich Scheel, Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle. Eine Foto-Dokumentation, Halle/S. 1992, S. 208f.

56 Chef der Sicherheitspolizei und des SD über »Die deutsche marxistische Gewerkschaft und der Krieg« vom 12.3.1940, S. 1 (Bundesarchiv/Berlin-Lichterfeld, R 58 RSHA, 582, Bl. 24ff.).

57 Zum Katalog der gewerkschaftlichen Aktivitäten siehe die Aufstellung in: Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Vermerk über »Die deutsche marxistische Gewerkschaft und der Krieg« vom 11.3.1940, hier S. 8ff. (Bundesarchiv/Berlin-Lichterfelde, R 58 RSHA, Abt. IV Geheimes Staatspolizeiamt, 2243, Bl. 243ff.).

angesprochen; auch zur DAF mit ihren Einrichtungen – von der Höhe der Beiträge über Defizite der betrieblichen Sozialpolitik bis hin zur KdF – würde kritisch Stellung genommen. Damit würden sich die (früheren) Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – vielfach unter Berufung auf die von der DAF herausgegebenen Richtlinien oder Ankündigungen – insbesondere in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen als Vertreter von Arbeiterforderungen profilieren. Außerdem versuchten sie legale Versammlungen, auch Aussprachen mit den Vertrauensräten und den DAF-Vertrauensleuten zu erzwingen, an die sie Anfragen und Proteste richteten. Schließlich versuchten sie das Vertrauen der Belegschaft dadurch zu erlangen, dass sie fachliche Ratschläge erteilten und Arbeitserfahrungen weitergaben, wobei sich an die Gespräche scheinbar harmlose politische Diskussionen anschlössen. Gerade die »Mundpropaganda« galt als ein Mittel, durch die Erzeugung von Missmut und Skepsis die Leistungs- und Kampfbereitschaft »der« Arbeiterinnen und Arbeiter zu schwächen und damit zu einer Destabilisierung der »Heimatfront« und zur Schwächung der Rüstung beizutragen. Außerdem erwartete das RSHA, dass die Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, beginnend mit der Parole »Langsamer arbeiten!«, schließlich zur »Organisierung des aktiven Widerstandes« und zu »Sabotageakten mannigfaltiger Art« übergehen würden.

Insgesamt stufte das RSHA die Aktivitäten der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter als überaus geschickt ein: »Das äusserst vorsichtige, bedachtsame und jede Gefährdung des Gesinnungsgenossen vermeidende Verhalten erklärt die außerordentlichen Schwierigkeiten, die der Feststellung solcher Staatsfeinde begegnen.« Resümierend hieß es: »Aus dem Gesagten geht die Bedeutung der deutschen Gewerkschaft im marxistischen Kampf gegen das Reich zur Genüge hervor. Für die Staatspolizei erwächst daraus, gerade in der jetzigen Zeit, die Verpflichtung, gewerkschaftliche Strömungen und Bestrebungen zu erforschen, mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen und evtl. Angriffe gegen die innere Front mit allen gebotenen Mitteln niederzuschlagen.«

Je länger der Krieg dauerte, desto schwieriger wurde es für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, ihre auf ein Mindestmaß an (betrieblicher) Öffentlichkeit angewiesene illegale Tätigkeit auszuüben. Die Einschränkungen der Kontaktmöglichkeiten mit den Exilgruppen, der wachsende Verfolgungsdruck und die weit

verbreitete Massenstimmung im Reich sorgten dafür, dass im Verlaufe des Krieges die Widerstandsaktivitäten der Gewerkschafter im Reich deutlich zurück gingen.[58] Doch in kleinen Gruppen oder auch ganz auf sich alleine gestellt, setzten einzelne Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ihre illegale Arbeit auch im Krieg fort. Diese Kleingruppen, deren Treffen vielfach von ehemaligen Funktionären der Einzelgewerkschaften koordiniert wurden, bildeten den »Unterbau« der illegalen gewerkschaftlichen »Reichsleitung«, deren Mitglieder auch im Krieg einen lockeren Kontakt aufrechterhalten konnten.

Eine besondere Bedeutung kam auch im Krieg den Transportarbeitern, konkret den Binnenschiffern und den Eisenbahnern, zu, die – oftmals unterstützt von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation unter Edo Fimmen – Informationen und vor allem Flugschriften usw. transportierten.[59] Durch den grenzüberschreitenden Schiffs- und Reichsbahnverkehr konnten Binnenschiffer und Eisenbahner auch in den besetzten Ländern Kontakte knüpfen und weiterhin beim Schmuggeln von Flugschriften hilfreich tätig werden. Zahlreiche Eisenbahner bezahlten ihr Engagement mit dem Leben; darunter waren nicht nur Reichsbahner aus dem Deutschen Reich, sondern auch aus Österreich, aus dem Protektorat Böhmen und Mähren und aus Polen.[60]

Auch die Metallarbeiter setzten ihre Widerstandsarbeit fort: Alwin Brandes pflegte weiterhin die in den 1930er Jahren geknüpften persönlichen Kontakte, um das dabei entstehende bzw. gefestigte Netz für den Wiederaufbau von Gewerkschaften nach dem Ende der Diktatur nutzen zu können.[61] Und in Berlin arbeitete nach 1939 noch ein Netz sozialdemokratischer Gewerkschafter, vor allem aus den Reihen des Metallarbeiterverbandes um Max Urich, der, nachdem er schon in den 1930er Jahren mehrfach verhaftet und ins KZ eingewiesen worden war, erneut Kontakt zu illegalen Gewerkschaftsgruppen aufnahm; er gehörte zu denjenigen, die im Zuge des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 verhaftet wurden. Wieder

58 Siehe grundlegend S. Mielke, M. Frese (Bearb.), Die Gewerkschaften im Widerstand.

59 Siehe dazu W. Buschak, »Arbeit im kleinsten Zirkel«; D. Nelles, Widerstand und internationale Solidarität; Alfred Gottwaldt, Eisenbahner gegen Hitler. Widerstand und Verfolgung bei der Reichsbahn, 1933–1945, Wiesbaden 2009; Stefan Heinz und Siegfried Mielke (Hrsg.), Eisenbahngewerkschafter im NS-Staat. Verfolgung – Widerstand – Emigration (1933–1945) (= Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, Bd. 7), Berlin 2017.

60 Siehe die Namensaufstellung in: A. Gottwaldt, Eisenbahner gegen Hitler, S. 222ff.

61 Siehe S. Mielke u. S. Heinz, Alwin Brandes, S. 338ff.

kam er nach Buchenwald. Als die Häftlinge vor den heranrückenden amerikanischen Truppen ins KZ Flossenbürg verlegt wurden, gelang ihm zusammen mit 43 anderen Häftlingen die Flucht.[62]

Auch Christliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unterhielten derartige Kontaktnetze. Zu denken ist z. B. an Wilhelm Elfes, Heinrich Körner, Franz Leuninger, Reimer Mager und Heinrich Strunk, die zu einem Netz von Gesprächskreisen gehörten, in denen Christliche Gewerkschafter, Funktionäre der katholischen Arbeitervereine und Politiker der Zentrums-Partei Pläne für eine demokratische Zukunft »nach Hitler« entwarfen.

Allein der Kontakt ins Ausland – zu Emigranten oder zu internationalen Gewerkschaftsverbänden – war lebensgefährlich: So wurde Fridolin Endrass vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands aufgrund seiner Verbindungen in die Schweiz und Verteilens von Flugblättern verhaftet und wegen Wiedergründung der Gewerkschaften in Süddeutschland zum Tode verurteilt und 1940 hingerichtet; und Josef Wittmann vom Verband Deutscher Buchdrucker erlitt 1942 das gleiche Schicksal, weil er Informationen an die ITF weitergeleitet hatte.

Die Beteiligung von Frauen am Widerstand ist lange ausgeblendet und unterschätzt worden. Sie wurde wohl gering geachtet, weil die Frauen selbst vielfach – nach dem Krieg – kein Aufheben um ihre Widerstandsarbeit machten. Auch spielte eine Rolle, dass Frauen erst relativ spät in das Visier der Gestapo gerieten, weil die Verfolger selbst vom Bild der (vermeintlich) unpolitischen Frau ausgingen; demgemäß wurden zunächst nur wenige Frauen »erfasst«, sodass ihr Anteil in den Aufstellungen von Verhaftungen und Gerichtsverfahren bis Mitte der 1930er Jahre nicht der tatsächlichen Beteiligung am politischen Widerstand entspricht. Aber auch ein strukturelles Problem ist zu beachten: Noch galt weitgehend, auch in Arbeitermilieus, die Aufteilung der Lebensbereiche, nach denen die Außenbeziehungen und damit die Politik männlich, der Privatbereich hingegen weiblich dominiert waren. Spät erst gerieten das »Meckern« über die

62 Siehe Hans-Rainer Sandvoß, Die »andere« Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007, S. 139; S. Mielke u. a. (Hrsg.), Funktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im NS-Staat; siehe auch S. Mielke unter Mitarb. von M. Goers, Projektdatenbank Gewerkschafter in Lagern 1933–1945, in: Inernetportal des Archivs der sozialen Demokatie der Friedrich-Ebert-Stiftung (www.fes.de).

Lebensmittelversorgung, die abfällige Bemerkung über die »Bonzen-Gattin«, die mitmenschliche Hilfe für Fremdarbeiter usw. als eine der wenigen Möglichkeiten für Frauen in den Blick, ihren Dissens – zumal unter den Bedingungen der Diktatur – zu artikulieren.[63] Dementsprechend ist die Aussage, dass der Dissens von Frauen »mit Widerstand oder politischer Opposition wenig zu tun hatte«[64], zu undifferenziert, waren doch auch diese Formen von Dissens eingebunden in das vielfältige Spektrum von politischen Handlungsmöglichkeiten, die eben auch Frauen in der ihrer Lebenslage angemessenen Form nutzten.

Für die Gewerkschaften gilt schließlich, dass sie ganz überwiegend von Männern geprägt waren; und das spiegelt sich auch im Widerstand. Schaut man jedoch nicht nur auf die (ehemaligen) Spitzenfunktionäre, so geraten auch Frauen in den Blick. Mit zunehmenden Forschungen zum Widerstand von Frauen im »Dritten Reich«[65] hat sich das Bild ausdifferenziert, sodass nach und nach das Engagement von Frauen im Widerstand – von Lisy Alfhart (Zentralverband der Angestellten/Internationaler Sozialistischer Kampfbund) und Frieda Apelt (RGO/KPD) über Martha Chwalek (RGO/KPD) und Gertrud Hanna (Freie Gewerkschaften/SPD) bis zu Lucie Kurlbaum-Beyer (Verband der Bergarbeiter Deutschlands/SPD) und Clara Sahlberg (Christliche Gewerkschaften/Christlich-Sozialer Volksdienst) – stärker beleuchtet worden ist.[66] Auch Todesopfer sind zu beklagen: Johanna Tesch vom Zentralverband der Haus- und Büroangestellten wurde im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie umgekommen ist; Ella Trebe, die im DMV und dann im Berliner Einheitsverband der Metallarbeiter sowie im kommunistischen Widerstand aktiv gewesen

63 Siehe Bonner Frauenprojektgruppe, Erinnerungsarbeit von Frauen – ein Projektbericht, in: Geschichtsdidaktik 10, 1985, H. 2 (= Frau in der Geschichte), S. 187–202; Peter Steinbach, Vorwort: Frauenwiderstand – Widerstand von Frauen, in: Christl Wickert (Hrsg.), Frauen gegen die Diktatur. Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1995, S. 11–15; auch Christl Wickert, Widerstand und Dissens von Frauen – ein Überblick, ebda., S. 18–31.

64 Ian Kershaw, »Widerstand ohne Volk«? Dissens und Widerstand im Dritten Reich, in: J. Schmädeke, P. Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 779–798, hier S. 789.

65 Siehe Gerda Szepansky, Frauen leisten Widerstand: 1933–1945. Lebengeschichten nach Interviews und Dokumenten, Frankfurt/M. 1988; Frauen – Verfolgung und Widerstand (= Dachauer Hefte 3), 2. Aufl., München 1994; C. Wickert (Hrsg.), Frauen gegen die Diktatur; Jana Leichsenring (Hrsg.), Frauen und Widerstand, Münster/Westf. 2003. Hinweise schon bei: Renate Wiggershaus, Frauen unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1984, bes. S. 115ff.

66 Siehe dazu die Lebensbilder in: Siegfried Mielke (Hrsg.), Gewerkschafterinnen im NS-Staat. Verfolgung, Widerstand, Emigration, Essen 2008.

ist, wurde 1943 verhaftet, ins KZ Sachsenhausen eingewiesen und erschossen; und Margarete Wolff, Mitglied im Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert und kam dort ums Leben.

Freilich fällt die aktive Beteiligung von Frauen am Widerstand erst bei genauerem Hinsehen auf; ihre Aufgaben reichten vom Besorgen von Papier über das Abziehen der Matrizen bis hin zum »Verteilen« von Flugblättern. Außerdem übernahmen sie die Aufgabe, die Arbeit ihrer im Widerstand aktiven Männer und Söhne dadurch zu unterstützen, dass sie für die »Infrastruktur« sorgten, also oftmals die eigene Wohnung für die illegalen Treffen zur Verfügung stellten. Hinzu kam die Bereitschaft, ihnen nicht nur den Tag für Tag notwendigen Rückhalt zu geben, sondern auch die mit dem Engagement ihrer Männer und Söhne verbundenen Belastungen und Risiken auf sich zu nehmen. Und manche unterliefen, wie Clara Sahlberg vom Zentralverband Christlicher Transport- und Fabrikarbeiter, ganz »auf eigene Faust« die unmenschlichen Bestimmungen des NS-Regimes, indem sie ihre Position zur Hilfe für Verfolgte nutzten und so zu »stillen Heldinnen« wurden.[67]

*

Leisteten auch die gewerkschaftlichen Organisationsbemühungen und die Flugschriftenaktionen kaum einen wirklich effektiven Beitrag zur Destabilisierung des NS-Regimes, so sah das mit der Beteiligung an der Vorbereitung des Versuchs eines Staatsumsturzes, der am 20. Juli 1944 auf der Basis einer breiten gesellschaftlichen Zusammenarbeit realisiert werden sollte, anders aus. In den Gruppen, die über Planungen für die Zeit »nach Hitler« berieten, trafen sich Militärs und Adlige sowie Politiker konservativer, christlicher und sozialdemokratischer Gesinnung, wobei über letztere auch der Kontakt zu Kommunisten gesucht wurde.[68] Besonders hervorzuheben ist, dass auch Gewerkschafter an der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli 1944, vor allem an den Planungen für die »Zeit nach Hitler«, beteiligt waren. Zu nennen sind Wilhelm Leuschner und Hermann Maaß von

67 Siehe Anke Fromme, Clara Sahlberg, in: S. Mielke (Hrsg.), Gewerkschafterinnen im NS-Staat, S. 270–276; vgl. Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hrsg.), Katalog zur Ausstellung: Gedenkstätte Stille Helden. Widerstand gegen die Judenverfolgung 1933 bis 1945, Berlin 2018.

68 Siehe Johannes Tuchel, Kontakte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im Sommer 1944. Zur historischen Bedeutung des 22. Juni 1944, in: Dachauer Hefte 11, 1995, S. 78–101.

den Freien und Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften sowie Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband; über seine Kontakte zu Leuschner und Kaiser war auch Alwin Brandes mit dem Netzwerk derjenigen verbunden, die nach dem Attentat eine neue, eine rechtsstaatliche und demokratische Ordnung aufbauen wollten.[69]

Die Beteiligung der Gewerkschafter folgte zum einen dem Interesse der konservativen Widerstandsgruppen daran, die (ehemals) organisierte Arbeitnehmerschaft in den geplanten Aufstands-Versuch einzubinden, sie mit dem neuen Staatsaufbau von vornherein zu verknüpfen und ein Aufkommen revolutionärer oder auch kommunistischer Bewegungen zu verhindern. Auf der anderen Seite war den Gewerkschaftern klar, dass sie ohne und erst recht gegen das Militär kaum wirksam ein Ende des nationalsozialistischen Regimes würden herbeiführen können. Trotz der Vorbehalte und des immer wieder aufflackernden Misstrauens gegen eine politische Zusammenarbeit von Vertretern so unterschiedlicher Gruppen wie Adel, Arbeiterbewegung, Industrie, Kirche und Militär bildeten die Verwurzelung in christlichen Moralvorstellungen sowie die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und sozialer Reform eine starke Klammer. Sie reichte aus, ein Regierungsbündnis für die Zeit nach dem Umsturz zu vereinbaren: Neben Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler waren Wilhelm Leuschner und Julius Leber (SPD) als Kanzler bzw. Vizekanzler oder Innenminister im Gespräch; die christliche Arbeiterbewegung sollte – so der letzte Entwurf einer Ministerliste vom Juli 1944 – durch Bernhard Letterhaus im Kabinett vertreten sein.

Auch wenn Vertreter der früheren Richtungsgewerkschaften an den Beratungen der Widerstandskreise über die zukünftige Gestaltung der deutschen Gesellschaft beteiligt waren, so bedeutete dies doch nicht, dass sie sich mit ihrem im Frühjahr 1933 vereinbarten Konzept der Einheitsgewerkschaft durchgesetzt hätten: Das Programm Goerdelers zum Aufbau einer »Deutschen Gewerkschaft« war allzu nahe an der Realität der DAF orientiert; es sah Zwangsmitgliedschaft, berufsständische Ordnung und Streikverbot vor. Und die Pläne des Kreisauer Kreises folgten

69 Siehe S. Mielke u. S. Heinz, Alwin Brandes, S. 454ff.

werksgemeinschaftlichen Harmonie-Vorstellungen, sodass Gewerkschaften nur für eine Übergangszeit eingeplant waren.[70]

Die Gruppen, die das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 vorbereiteten, waren gewiss nicht durch ein geschlossenes Programm geeint, wohl aber durch den Willen, der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten ein Ende zu bereiten und einen baldigen Frieden herbeizuführen. Das Attentat scheiterte, und diejenigen, die es vorbereitet hatten, wurden aufs schärfste verfolgt: Die Aktivisten des 20. Juli wurden standrechtlich erschossen bzw. zum Tode verurteilt und gehängt. Von den aus den Gewerkschaften stammenden Mitverschwörern seien erwähnt: Jakob Kaiser gelang es, rechtzeitig unterzutauchen und sich bis zum Kriegsende zu verstecken; Max Habermann wurde verhaftet und beging Selbstmord, um unter der drohenden Folter keine Mitverschwörer zu verraten; Bernhard Letterhaus und Nikolaus Groß von den Christlichen Gewerkschaften wurden ebenso wie Wilhelm Leuschner und sein Mitarbeiter Hermann Maaß hingerichtet. Leuschners viel zitiertes Vermächtnis lautete: »Schafft die Einheit!«.[71]

Das Attentat vom 20. Juli 1944 hatte jedoch keineswegs nur für die direkt an der Vorbereitung Beteiligten verhängnisvolle Konsequenzen. Am 14. August 1944 wurde die Verhaftung aller ehemaligen Reichs- und Landtagsabgeordneten sowie aller ehemaligen Stadtverordneten von SPD und KPD angeordnet, und zwar ohne Rücksicht auf den Nachweis einer Verbindung zum Widerstand. Am 17. August wurde das Raster auf alle ehemaligen SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre ausgeweitet. Insgesamt wurden mehr als 5.000 ehemalige Parlamentarier, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre festgenommen und in Gefängnis- oder KZ-Haft überführt.[72] Oftmals reichte die bloße frühere Gewerkschaftsmitgliedschaft aus, um in die Fänge der »Aktion Gitter« zu geraten.

Einige Beispiele – an das Schicksal Johanna Teschs wurde bereits erinnert – seien genannt: Theodor Babilon, Mitglied des DHV, wurde im Zusammenhang mit

70 Siehe Michael Schneider, Zwischen Standesvertretung und Werksgemeinschaft. Zu den Gewerkschaftskonzeptionen der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: J. Schmädeke, P. Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 520–532.

71 Nach G. Beier, Die illegale Reichsleitung, S. 83.

72 Siehe Martin Schumacher, Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation, 3., erhebl. erw. u. überarb. Aufl., Düsseldorf 1994, S. 38.

dem Attentat vom 20. Juli im August 1944 verhaftet, ins KZ Buchenwald eingeliefert und ist dort 1945 umgekommen. Heinrich Körner, der Landesgeschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, wurde am 25. November 1944 verhaftet, im Februar vom »Volksgerichtshof« verurteilt und dann inhaftiert; nach der Befreiung durch sowjetische Truppen wurde er unter ungeklärten Umständen in Berlin erschossen. Michael Haßler, Sekretär des Deutschen Holzarbeiterverbandes und Kartellsekretär des ADGB in Aachen, wurde verhaftet und ins KZ Bergen-Belsen überführt, wo er umgekommen ist. Otto Else, Vorstandsmitglied des Verbandes der Lithographen und Steindrucker und verwandter Berufe, wurde im August 1944 verhaftet, ins KZ Dachau eingeliefert und ist dort am 4. Februar 1942 an den Folgen der Haft gestorben.

In den letzten Kriegsmonaten stieg die Zahl der Opfer dramatisch an: In der Haft, auf den Todesmärschen von Lager zu Lager und beim Untergang von Häftlingsschiffen verloren viele ihr Leben. Wieder können hier nur einige Opfer namentlich erwähnt werden: So wurde z. B. Paul Hegenbart, der früher im Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verband tätig gewesen war und der Kontakt zu Bernhard Bästlein, Anton Saefkow und Franz Jacob von der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hatte, die am 18. September 1944 hingerichtet wurden, ebenfalls verhaftet und zum Tode verurteilt. Verhaftet und im August 1944 von der Gestapo erschossen wurde Ernst Schneppenhorst, früher Sekretär des Holzarbeiterverbandes und einer der Verbindungsleute Leuschners. Auch an Friedrich Voigt, Sekretär des Bauarbeiterverbandes, ist zu erinnern, der Kontakte zu christlichen Widerstandskreisen hatte, deswegen verhaftet und am 1. März 1945 hingerichtet wurde. Ebenfalls hingerichtet wurden Oswald Wiersich, Bezirkssekretär des ADGB, Josef Wirmer, Rechtsberater der Christlichen Gewerkschaften, und Franz Leuninger, Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. August Bödecker vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Otto Else vom Verband der Lithographen und Steindrucker, Otto Haese vom Deutschen Baugewerksbund, Max Wienhold vom Zentralverband der Angestellten und Friedrich Brüderlein vom Deutschen Fabrikarbeiterverband sind im KZ ums Leben gekommen. Hans Adlhoch vom Christlichen Holzarbeiterverband und Franz Barschfeld vom Deutschen Holzarbeiterverband waren den Belastungen des Todesmarsches der Dachauer Häftlinge nicht gewachsen; sie starben

an den Folgen der Haft. Im Mai 1945 verloren Konrad Matzke, Wilhelm (Willy) Verdieck und Richard Vosgerau bei der Verlagerung der Häftlinge mit dem Untergang der »Cap Arcona«, Eduard Lauterbach mit dem Untergang der »Thielbek« in der Kieler Bucht ihr Leben.

*

Für die ins Ausland vertriebenen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bedeutete der Kriegsbeginn, dass sie vielfach vor den deutschen Truppen weiterfliehen mussten: Schweden, England und die Schweiz wurden im Krieg zu den wichtigsten Aufnahmeländern.

In Schweden und England wurden Landesgruppen deutscher Gewerkschafter gebildet, in denen im Übrigen auch Kommunisten an der Arbeit beteiligt waren.[73] Die Landesgruppen leisteten den neu ankommenden Flüchtlingen zunächst einmal Hilfestellung bei der Sicherung des nötigsten Lebensbedarfs. Außerdem unterstützen sie die Reste des Widerstandes in Deutschland, sammelten und verbreiteten Informationen, bald auch über den Rundfunk; diese Nachrichten wurden oftmals an Kolleginnen und Kollegen weitergegeben, was im Falle der Entdeckung zu Anklage und Verurteilung wegen »Rundfunkverbrechens« führte. Und sie versuchten die Deutschlandpolitik der Alliierten zu beeinflussen, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des jeweiligen Gastlandes, durch eigene Öffentlichkeitsarbeit und durch die Zuarbeit für die Geheimdienste der Alliierten; gerade letztere folgte vielfach der Einsicht, dass die nationalsozialistische Diktatur nur von außen, eben durch die Kriegsniederlage Deutschlands, überwunden werden könne. Und schließlich arbeiteten die Landesvertretungen – vielfach in Kooperation mit den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Exilgruppen – Pläne für die Gestaltung des Arbeitsmarktes und der politischen Ordnung sowie den Neuaufbau von Gewerkschaften in der »Nach-Hitler-Zeit« aus.

Da ist z. B. an das von Fritz Tarnow im Dezember 1941 dem »Stockholmer Arbeitskreis deutscher Sozialdemokraten« vorgelegte Programm zu denken, das für die Wiedergründung von Gewerkschaften nach dem Krieg davon ausging, man könne

73 Siehe M. Schneider, In der Kriegsgesellschaft, S. 1064f. und S. 1072ff.

doch Organisationsstruktur und -prinzipien der DAF übernehmen.[74] Dieses Konzept fand weder bei den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in Stockholm noch in London Zustimmung. Daraufhin verabschiedete die Landesgruppe der deutschen Gewerkschaften in Schweden – Autoren waren Sozialdemokraten wie Fritz Tarnow, Martin Krebs und Hans Mugrauer, Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei wie August Enderle und Kommunisten wie Karl Mewis und Herbert Warnke – 1944/45 »Vorschläge zu Problemen des Wiederaufbaus in Deutschland«, die von der Auflösung der DAF und vom Aufbau demokratischer und unabhängiger Einheitsgewerkschaften ausgingen. Das sollte freilich nicht heißen, dass die Gewerkschaften politisch abstinent sein sollten. Im Gegenteil: Die Gewerkschaften sollten sich politisch äußern, aber sie sollten nicht parteipolitisch gebunden sein.[75]

Und auch die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in England, die eng mit dem Exilvorstand der SPD und den Vertretern der sozialistischen Kleingruppen in London zusammenarbeitete[76], diskutierte 1943 erste Überlegungen über »Die Gewerkschaften im neuen Deutschland«; nach langwierigen Beratungen legte sie dann 1945 – Mitautoren waren u. a. Willi Eichler, Hans Gottfurcht, Wilhelm Heidorn (nun: Werner Hansen), Hans Jahn und Ludwig Rosenberg – einen Plan für »Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung« vor, dessen Organisationsgrundsätze lauteten: »Alle Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund müssen von Anfang an unabhängig von Unternehmern, Staat und Behörden sein. Die Bildung einheitlicher Industrieverbände sollte angestrebt werden. Die Gewerkschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern und machen die Aufnahme

74 Siehe Klaus Misgeld, Die »Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten« in Stockholm 1942–1945. Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Weltkrieges, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 125ff.; Dieter Günther, Gewerkschafter im Exil. Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden 1938–1945, Marburg 1982.

75 Siehe Vorschlag für den Neuaufbau der Deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Landesgruppe der deutschen Gewerkschaften in Schweden (Hrsg.), Vorschläge zu Problemen des Wiederaufbaus in Deutschland, Stockholm 1945, S. 24ff.

76 Siehe Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, 2., verb. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1973; Ludwig Eiber, Die Sozialde mokratie in der Emigration. Die »Union sozialistischer Organisationen in Großbritannien« 1941–1946 und ihre Mitglieder. Protokolle, Erklärungen, Materialien, Bonn 1998.

weder von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, zu einem Religionsbekenntnis oder zu einer bestimmten politischen Auffassung abhängig.« Und weiter unten hieß es: »Gewerkschaften dürfen in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu politischen Parteien stehen. Mit sozialistischen und anderen demokratischen Parteien verbindet sie die gleiche Zielsetzung: Demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung. Sie erstreben daher die Zusammenarbeit mit allen Parteien, die diese Ziele vertreten und bereit sind, gewerkschaftlichen Forderungen in Parlamenten und Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen«.[77]

Zwar beteiligten sich auch die Emigrantinnen und Emigranten in den USA sowie in der Schweiz und in Frankreich an den Diskussionen von Konzepten für den Wiederaufbau der Gewerkschaften[78], doch den stärksten Einfluss übten in der Folgezeit die im Londoner Exil entworfenen Pläne aus. Das zeigte sich, als allenthalben direkt nach dem Einmarsch der alliierten Truppen Betriebsräte und Gewerkschaften, eben richtungsübergreifende Einheitsgewerkschaften, gegründet wurden: Mit erfahrenen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern der Weimarer Zeit hatte die Erkenntnis die NS-Diktatur überlebt, dass es zum geregelten Austrag des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit kollektiver Rechte und Organisationen bedarf.

*

Welche Folgen hatte der Widerstand in der direkten Nachkriegszeit? Zwar hatten viele ehemalige Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern unter willkürlichen, zumeist kürzeren Verhaftungen, Polizeischikanen, Hausdurchsuchungen und materiellen Härten, vor allem Arbeitslosigkeit, gelitten. Auch die Zahl der zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen Verurteilten, der ins KZ Verschleppten oder der zur Flucht ins Ausland Gezwungenen war beträchtlich. Viele von ihnen engagierten sich nach dem Ende der NS-Diktatur beim Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung.

77 Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung. Programmvorschläge für einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund, o.O.u.J. (London 1945), S. 5ff.

78 Siehe M. Schneider, In der Kriegsgesellschaft, S. 1067.

Relativ hoch war der Anteil von ehemaligen Häftlingen in den Gründunggremien des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in der Sowjetischen Besatzungszone[79], wobei die parteipolitische Mischung in den Anfangsjahren auffällt: Gründungsmitglieder des am 14. Juni 1945 gebildeten »Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin«, der fortan faktisch als Leitung des im Aufbau befindlichen FDGB fungierte, waren: Otto Brass (Vorsitzender, SPD/KPD), Roman Chwalek (RGO/KPD), Paul Walter (RGO/KPD), Hans Jendretzky (KPD), Hermann Schlimme (ADGB/SPD), Bernhard Göring (AfA-Bund/SPD), Jakob Kaiser (christlich-nationaler DGB/Christlich Demokratische Union der Sowjetischen Besatzungszone) und Ernst Lemmer (Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine/Christlich Demokratische Union der Sowjetischen Besatzungszone). Drei der sechs Mitglieder dieses Ausschusses waren Häftlinge im KZ Sachsenhausen gewesen, nämlich Roman Chwalek, Hans Jendretzky und Paul Walter. Auch im Prozess des weiteren Gewerkschaftsaufbaus war der Einfluss von ehemaligen Widerstandskämpfern nicht unerheblich. Freilich sicherten sich die Kommunisten bald einen bestimmenden Einfluss im FDGB: Chwalek wurde Vorsitzender des FDGB von Groß-Berlin, Jendretzky bis 1948 Vorsitzender des FDGB der SBZ; ihm folgte – für einen Kommunisten, der nicht in der Sowjetunion im Exil war, eher ungewöhnlich – Herbert Warnke, der dieses Amt bis zu seinem Tode im Jahr 1975 innehatte. Kaiser und Lemmer gingen Ende der 1940er Jahre in den Westen und machten in der Christlich Demokratischen Union Karriere.

Bezogen auf die Westzonen bzw. die Bundesrepublik Deutschland wird man nicht von einer derart dicht gewebten personellen Kontinuität aus Widerstand und Exil zu den Gewerkschaften der Nachkriegszeit sprechen können. Aber auch hier war der Einfluss unübersehbar: Von den 29 Mitgliedern des auf dem Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 gewählten Bundesvorstandes hatten sechs Personen Haftstrafen und/oder Exil hinter sich. Es waren Erich Bührig

79 Siehe zum Folgenden: Christoph Kleßmann, Arbeiter im »Arbeiterstaat« DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971), Bonn 2007, S. 102ff.; Peter Rütters, Einleitung, in: Peter Rütters unter Mitarb. von Marion Goers (Bearb.), Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund 1945 bis 1949/50. Gründung, Organisationsaufbau und Politik – Zonenebene – (= Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 15), Bonn 2011, S. 9–130, hier S. 29ff. und Dok. Nr. 44f.; Siegfried Mielke, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch, Bd. 1, S. 9–22, hier S. 19.

(1939/40 »Schutzhaft« und KZ Sachsenhausen), Hans vom Hoff (1935/36 Haft), Hans Jahn (mehrfache Verhaftung, 1935 Flucht ins Ausland, 1941–1945 Exil in England), Albin Karl (zwischen 1933 und 1937 13 Monate im Gefängnis und vier Monate im KZ), Adolph Kummernuss (zwei Jahre Gefängnis) und Ludwig Rosenberg (1933–1946 Exil in England).

Und von den Autoren der im Londoner Exil verfassten Programmschrift »Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung«, an deren Erstellung eben nicht nur Gewerkschafter, sondern auch Vertreter von Sozialdemokratie und sozialistischen Kleingruppen beteiligt waren, rückten mehrere in Positionen auf, in denen sie den demokratischen Neuaufbau in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland mitgestalten konnten: Walter Auerbach wurde Staatssekretär im niedersächsischen Arbeits- und Sozialministerium und später im Bundesministerium für Arbeit; Willi Eichler wurde in den Bundestag gewählt und wurde Mitglied des Vorstandes der SPD; sein Name ist mit der Entwicklung des Godesberger Programms der SPD aufs engste verbunden; Hans Gottfurcht war von 1952 bis 1959 Sekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften; Karl Becker wurde Abteilungsleiter beim Vorstand der IG Bergbau; Werner Hansen war als rechte Hand Böcklers Mitgründer der neuen Gewerkschaften im Westen Deutschlands und dann Landesbezirksvorsitzender des DGB in Nordrhein-Westfalen; Hans Jahn wurde 1949 Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft; Paul Kronenberg wurde leitender Funktionär der Angestelltengewerkschaft in Hessen bzw. der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG); Hellmut von Rauschenplat (= Fritz Eberhard) wurde Intendant des Südwestdeutschen Rundfunks; Erwin Schoettle wurde Leiter der Landesorganisation der SPD in Baden-Württemberg und Mitglied des SPD-Vorstandes sowie Mitglied des Deutschen Bundestags und des Landtags Baden-Württembergs. Schließlich: Ludwig Rosenberg war von 1962 bis 1969 Vorsitzender des DGB, dessen programmatische Neuorientierung mit dem Düsseldorfer Grundsatzprogramm (1963) er auf den Weg brachte.[80]

80 Siehe zum Gesamtthema: Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB von 1940 bis 1965, München 2003; dies., Wertewandel in den Gewerkschaften. Zur Rolle gewerkschaftlicher Remigranten in der Bundesrepublik der 1950er Jahre, in: Claus-Dieter Krohn u. Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, S. 111–138.

Dass mit Ludwig Rosenberg ein Emigrant DGB-Vorsitzender und dass mehrere Aktivisten des politischen Widerstands Vorsitzende von Einzelgewerkschaften – Otto Brenner (IG Metall), Adolph Kummernuss (Gewerkschaft ÖTV) und Hans Jahn (Gewerkschaft der Eisenbahner) – wurden, deutet darauf hin, dass die damals in der Bevölkerung weit verbreiteten Vorurteile gegenüber Widerstandskämpfern und Emigranten in der Arbeiterbewegung wenig Rückhalt fanden.[81] Und auch Jakob Kaisers Aufstieg in der Christlich Demokratischen Union der Bundesrepublik Deutschland muss hier erwähnt werden.

Würdigung

Gewiss: Die nationalsozialistische Diktatur wurde nicht durch die Aktionen des Widerstandes, welcher Gruppe auch immer, gestürzt. Das »Dritte Reich« versank mit der Kriegsniederlage und der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Truppen. Doch für den demokratischen Neuanfang von unschätzbarem Wert war es, dass es Widerstand gegeben hatte: Er relativierte den vielfach vorherrschenden Eindruck eines durch und durch vom Nationalsozialismus überzeugten deutschen Volkes und erleichterte damit die Rückkehr Deutschlands in die Völkergemeinschaft.

Und dieser Widerstand hatte einen hohen Preis gefordert: Tausende von Frauen und Männern wurden mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft, wurden in die Konzentrationslager verschleppt, wurden Opfer von Folter, Mord und Hinrichtung oder sie wurden in den Selbstmord getrieben. Allein 1936 wurden im Reich 11.687 Personen wegen illegaler sozialistischer Tätigkeit festgenommen; bei Kriegsbeginn betrug die Zahl der aus politischen Gründen verfolgten Häftlinge in Konzentrationslagern rund 25.000; sie stieg bis März 1942 auf knapp 100.000. Mindestens 25.000 Menschen wurden nach amtlicher Statistik als politische Oppositionelle zum Tode verurteilt.[82] Darunter waren viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aller Richtungen. Und viele wurden zur Flucht ins Ausland

81 Siehe Susanne Miller, Die Behandlung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der SPD nach 1945, in: Ursula Büttner (Hrsg.) unter Mitw. von Werner Johe u. Angelika Voß, Das Unrechtsregime. Inernationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 2: Verfolgung – Exil – Belasteter Neubeginn, Hamburg 1986, S. 407–420.

82 Zahlen nach Manfred Funke, Gewerkschaften und Widerstand. Zwischen Ausharren und Orientierung auf die Zukunft, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Widerstand und Exil 1933–1945, Bonn 1985, S. 60–75, hier S. 66.

gezwungen. Deren Zahl war – das haben jüngere Forschungen (speziell für die Metaller) ergeben[83] – deutlich höher als früher angenommen: Mehr als 1.000 ehrenamtliche und hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte sind zwischen 1933 und 1945 ins Exil gegangen.

Es waren diese Opfer, die dem politischen Neubeginn 1945 Glaubwürdigkeit verliehen; und es war der Widerstand nicht der Gewerkschaften, aber aus den zerschlagenen Gewerkschaften, der Widerstand von ehemaligen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, der – nach der hilflosen Politik zwischen Protest und Anpassung im Frühjahr 1933 – ihrem Anspruch auf politische Mitwirkung im Deutschland der Nachkriegszeit Nachdruck und auch Berechtigung gab.

83 Siegfried Mielke mit Stefan Heinz unter Mitarbeit von Julia Pietsch (Hrsg.), Emigrierte Metallgewerkschafter im Kampf gegen das NS-Regime (= Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, Band 3), Berlin 2014.

Klaus Mertsching

In der Haft ermordete, an deren Folgen gestorbene oder in den Tod getriebene Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

Die Opfer des mörderischen NS-Regimes werden in den folgenden Kurzbiografien in Erinnerung gerufen. Darüber hinaus gibt es bis heute unbekannte Schicksale verfolgter, inhaftierter und umgebrachter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, über die keinerlei Informationen vorliegen.

A

Ackermann, Kurt

Geb. 11.12.1891, gest. 8.8.1936. Sekretär im Zentralverband der Angestellten in Berlin und Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Nach Verhaftungen eingeliefert ins KZ Oranienburg (1934) und KZ Columbia (1935). Gestorben im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit an den Folgen der Haft.

Adlhoch, Hans

Geb. 22.1.1884, gest. 21.4.1945. Mitglied im Christlichen Holzarbeiter-Verband, Leiter des Arbeitersekretariats der Katholischen Arbeiterbewegung in Augsburg. Stadtrat in Augsburg (1925 bis 1933) und Mitglied des Reichstages (1933). Erstmals im Juni 1933 verhaftet. In den Folgejahren weitere Verhaftungen und Misshandlungen. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20.7.1944 ins KZ Dachau eingeliefert. Nach dem Todesmarsch der Dachauer Häftlinge im Lazarett München-Freimann an den Folgen der Haft gestorben.

Alfs, Peter

Geb. 1.11.1890, gest. Frühjahr 1945. Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Cronenberg bis 1933. Fraktionsvorsitzender der SPD in der Gemeindevertretung Milspe. Kurzzeitige Haft 1933. Mit anderen Regimegegnern 1938 verhaftet und verurteilt wegen Widerstands gegen das NS-Regime. Nach seiner Entlassung 1944 im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 13.8.1944 erneut verhaftet und ins KZ Sachsenhausen deportiert. Im Frühjahr 1945 auf dem Todesmarsch gestorben.

Ambros, Emerich

Geb. 22.5.1896, gest. 26.9.1933. Betriebsrat im Reichsbahnausbesserungswerk Dresden und Parteisekretär der SPD Löbau. Ab 1925 Mitglied im Einheitsverband der Eisenbahner. Im März 1933 ins KZ Hohenstein in der Sächsischen Schweiz deportiert und dort ermordet.

Arndt, Konrad

Geb. 26.6.1899, gest. 13.11.1940. 1923 Arbeitersekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Bautzen, ab 1926 Arbeitersekretär des ADGB in Wiesbaden. SPD-Stadtverordneter und Mitglied im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Am 24.3.1933 bei SA-Überfall lebensgefährlich verletzt. Im Sommer 1936 verhaftet und ins KZ Esterwegen gebracht und ein Jahr später ins KZ Sachsenhausen deportiert. 1938 entlassen und Mitarbeit in der Widerstandsgruppe in Frankfurt am Main um den späteren Bundesfinanzminister Alex Möller. Unter ungeklärten Umständen tödlich verunglückt auf der Rückfahrt von Brüssel.

Ausländer, Fritz

Geb. 24.11.1885, gest. 21.5.1943. Mitglied der SPD. Kriegsteilnahme. Aktiv im Spartakusbund, später Funktionär der KPD. 1924 Sekretär der Reichstagsfraktion kommunistischer Lehrer und Mitglied im Gesamtverband freier Lehrergewerkschaft. 1926 bis 1928 KPD-Stadtrat Berlin-Neukölln. 1928 Abgeordneter des preußischen Landtages und 1932 als »Versöhnler« nicht mehr aufgestellt, KPD-Austritt. Nach Reichstagsbrand verhaftet und bis Juni 1935 in den Konzentrationslagern Sonnenberg und Esterwege festgehalten. Bei Kriegsausbruch erneut festgenommen ins KZ Sachsenhausen gebracht. Nach Suizidversuch Weihnachten 1939 entlassen. Aus Angst vor erneuter Verhaftung nahm er sich das Leben.

B

Babilon, Theodor

Geb. 26.2.1899, gest. 11.2.1945. Seit 1919 Mitglied in der Geschäftsführung der Kölner Kolpinghäuser. Geschäftsführer des katholischen Gesellenhauses Köln und Mitglied im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. Am 15. August 1944 im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler ins KZ Durchgangslager Köln-Deutz eingeliefert und nach dessen Zerstörung ins KZ Buchenwald, Außenkommando Ohrdruf deportiert, wo er verhungert und entkräftet starb.

Bacher, Walter

Geb. 30.6.1893, gest. 29.9.1944. Jugendsekretär im Zentralverband der Angestellten in Berlin, Mitglied der SPD und engagiert in der Sozialistischen Arbeiterjugend und in der Volksheim Bewegung. 1933 als Lehrer aus dem Staatsdienst entlassen. Trat 1935 in die Jüdische Gemeinde Hamburg ein. Im Frühjahr 1942 mussten er und seine Familie ins »Judenhaus« umziehen, wurde 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert, am 29.9.1944 ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, hier wurde er ermordet.

Bäcker, Otto

Geb. 27.11.1887, gest. März 1945. 1918 trat er der SPD bei und war 1920 Geschäftsführer des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Siegen. 1929 Mitglied im Siegener Stadtrat und Vorsitzender der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Am 2.5.1933 verhaftet und blieb drei Monate in »Schutzhaft«. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler wurde er am 2.9.1944 verhaftet, kam ins KZ Durchgangslager Köln-Deutz und wurde anschließend ins KZ Sachsenhausen überstellt. Am 30.12.1944 kam er ins KZ Dachau und im Januar 1945 in das KZ Außenlager Aufkirch bei Überlingen am Bodensee. Hier verstarb er an den Haftfolgen.

Barschfeld, Franz

Geb. 9.3.1900, gest. Frühjahr 1945. Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Bonn und bei der Kommunalwahl 1933 Kandidat der SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler wurde er im August 1944 verhaftet und kam ins KZ Durchgangslager Köln-Deutz und von dort ins KZ Sachenhausen sowie anschließend ins KZ Natzweiler (Elsass). Aufgrund des Vorrückens der Alliierten verlor sich seine Spur bei dem Todesmarsch am 6.2.1945.

Bartling, Heinrich

Geb. 22.9.1880, gest. 30.1.1940. Mitbegründer Freie Arbeiter-Union Deutschlands in Kassel. Revisor im ersten Vorstand, 1925 Leiter der Kasseler Gruppe. Am 1.9.1939 verhaftet wegen einer Anti-Kriegs-Aktion und kam am 16.9. in »Schutzhaft« ins KZ Sachsenhausen. Starb drei Monate später an den Haftfolgen.

Basse, Hermann

Geb. 24.8.1892, gest. 1.7.1933. von 1919 bis 1933 hauptamtlicher Geschäftsführer des Einheitsverbands der Eisenbahner Deutschland in Braunschweig. 1918 trat er der USPD bei und 1922 der SPD. 1920 bis 1922 Mitglied des Braunschweiger Landtags. 1924 SPD Kandidat für die Reichstagswahl. Aktiv in der Eisernen Front und im Reichsbanner. Ende Mai 1933 wurde er von SS-Männern im sozialdemokratischen Volksfreundhaus gefoltert und ermordet.

Bastian, Ernst August

Geb. 9.5.1887, gest. 22.1.1945. 1918 war er Vorsitzender des Deutschen Landarbeiterverbandes, Bargteheide. Er schloss sich 1918 der KPD an, nahm am Hamburger Aufstand (22.10.1923) unter Ernst Thälmann teil und wurde für 15 Monate in der Festung Gollnow/Pommern interniert. 1939 arbeitsverpflichtet in einem Rüstungsbetrieb. Von Arbeitern im November 1943 denunziert und wegen »Wehrkraftzersetzung« und »Feindbegünstigung« verhaftet und ins KZ Meseritz/Warthegau eingeliefert. Nach Hamburg-Fuhlsbüttel überführt und zu eineinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Starb an den Haftbedingungen im KZ Fuhlsbüttel/Neuengamme.

Bauer, August

Geb. 13.4.1887, gest. August 1933. Gauleiter des Bundes der Technischen Angestellten und Beamten (Butab) in Essen. Stadtverordneter für die SPD. 1933 auf einem Gefangenentransport von Düsseldorf nach Essen angeblich auf der Flucht erschossen.

Bauersachs, Heinrich

Geb. 1907, gest. 1947. Das KPD-Mitglied war Vertrauensmann und Delegierter des Deutschen Baugewerksbundes in Hannoversch-Münden. Im Juli 1933 kam er in »Schutzhaft« im KZ Moringen. Nach seiner Entlassung erneute Verhaftung im Oktober 1935 und im März 1936 verurteilt wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens«. Im Oktober 1937 schloss sich die »Schutzhaft« im KZ Sachsenhausen an. Im Oktober 1944 ins KZ Mauthausen überführt und zur Zwangsarbeit eingeteilt. Er kam nicht auf einem der Todesmärsche aus Mauthausen ums Leben, sondern wurde durch die alliierten Truppen am 8.4.1945 befreit. Bauersachs starb kurz nach seiner Befreiung an den Folgen der Haft.

Baum, Peter

Geb. 16.5.1883, gest. 12.12.1944. Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband, Vertrauensmann und Betriebsrat der Motorenfabrik Deutz. Vorsitzender des freien Ortskartells Köln-Dünnwald. Am 12.3.1933 für die SPD zum Stadtverordneten gewählt. Am 30.3.1933 von der Gestapo für mehrere Wochen in »Schutzhaft« genommen, weitere Male in den folgenden Jahren. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 erneut festgenommen, inhaftiert im KZ Durchgangslager Köln-Deutz, im September 1944 ins KZ Sachsenhausen und wurde dort mit einem Gewehrkolben erschlagen.

Beetz, Robert

Geb. 30.6.1888, gest. 29.10.1944. Bevollmächtigter des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes für den Kreis Oberharz in Clausthal-Zellerfeld. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler wurde er am 20.8.1944 verhaftet und im KZ Neuengamme inhaftiert, wo er an den Haftbedingungen starb.

Bernhard, Georg

Geb. 29.4.1876, gest. 4.3.1945. Ab 1906 Angestellter der Ortsverwaltung Frankfurt am Main des Deutscher Metallarbeiter-Verbands (DMV). 1918 bis 1920 deren 1. Bevollmächtigter, ab 1920 Bezirksleiter des DMV-Großbezirks Frankfurt am Main Im Juni 1933 kurzfristig festgenommen, erneut verhaftet im August 1934 und vom Polizeigefängnis Frankfurt am Main im November ins KZ Esterwege überführt. Nach seiner Entlassung 1935 weitere vorübergehende Festnahmen. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler wurde er am 22.8.1944 verhaftet und am 16.9.1944 als »Schutzhäftling« ins KZ Dachau überführt, wo er an den Haftfolgen starb.

Bias, Anton



Geb. 23.9.1876, gest. 21.5.1945. Ab 1905 Vertrauensmann im Zentralverband der Maurer Deutschlands/Deutscher Bauarbeiterverband in Oberschlesien und Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Antonienhütte/Oberschlesien. November 1918 Vorsitzender des Soldatenrates in Beuthen. Vom Januar 1919 bis Dezember 1922 SPD Reichstagsabgeordneter, 1927 Mitglied des Provinziallandtages Oberschlesien. Seit 1920 Verwalter der Liegenschaften und

Häuser der Deutschen Land- und Baugesellschaft Beuthen. März 1933 vorübergehend verhaftet und im August 1933 »Schutzhaft« im Gefängnis Beuthen. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler wurde er am 22.8.1944 verhaftet und zur »Schutzhaft« ins KZ Groß-Rosen überführt. Im Februar 1945 ins Nebenlager Hersbruck des KZ Flossenbürg und im April ins KZ Dachau, dort verstorben.

Birck, Julius

Geb. 12.7.1885, gest. 2.5.1933. Seit 1903 Gewerkschaftsmitglied, ab 1920 Bezirksleiter des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, Sektion Binnenschiffer in Duisburg, außerdem Mitglied der SPD, der Freidenker und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Am 2.5.1933 von SA und SS im Keller des Duisburger Gewerkschaftshauses umgebracht.

Bischoff, Fritz

Geb. 1.7.1900, gest. 3.5.1945. Ab 1914 Mitglied im Zentralverband der Handlungsgehilfen im ZdA, wechselte 1919 in den Verband der Film- und Kinoangehörigen. Aufgrund Mitgliedschaft in der KPD 1924 aus dem Verband ausgeschlossen. 1934 beim Treffen führender KPD-Funktionäre verhaftet, verurteilt wegen »Hochverrats«. Nach Ablauf der Haft ins Arbeitserziehungslager Breitenau in »Schutzhaft« genommen und von dort ins KZ Sachsenhausen transportiert. Ende 1944 kam er mit einem Massentransport ins KZ Neuengamme. Ende April 1945 wurde er mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona«[1] gebracht, welche von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

1 Die »Cap Arcona« war ein Luxusdampfer, der wegen Maschinenschadens manövrierunfähig in der Lübecker Bucht lag. Auf dem Schiff sowie dem Begleitschiff Thielbek waren ab Mitte April 1945 über 7.000 KZ-Häftlinge untergebracht. Mangelhafte Ernährung und desolate hygienische Zustände führten zu einem Massensterben an Bord. Jagdbomber der Royal Air Force versenkten die Schiffe. Die meisten Häftlinge kamen ums Leben. Ob die in unserer Liste aufgeführten Gewerkschafter durch die Bombardierung der Schiffe ums Leben kamen oder schon vorher aufgrund der Zustände an Bord starben, lässt sich nicht endgültig klären. Siehe hierzu detailliert: Wilhelm Lange, Neueste Erkenntnisse zur Bombardierung der KZ-Schiffe in der Neustädter Bucht am 3. Mai 1945: Vorgeschichte, Verlauf und Verantwortlichkeiten, in: Detlef Garbe; Carmen Lange (Hrsg.): Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945, Bremen 2005, S. 217–232.

Bluhm, Wilhelm

Geb. 24.11.1898, gest. 25.7.1942. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war er Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband, der Sozialistischen Arbeiterjugend, den Naturfreunden und ab 1917 der SPD. Zum Ende der Weimarer Republik trat er der »Sozialistischen Front« bei. Verhaftet im September 1936. Ein Jahr später wegen »Hochverrats« vom Volksgerichtshof verurteilt. Nach Haftverbüßung im September 1941 im Polizeipräsidium Hannover in »Schutzhaft« genommen, von dort ins KZ Sachsenhausen transportiert, wo er angeblich an Herz- und Kreislaufschwäche gestorben ist.

Bödecker, August

Geb. 28.11.1890, gest. 10.10.1944. Fachgruppenleiter der Fahrbeamten des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands in Lehrte. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler wurde er am 23. August 1944 im Gefängnis Celle in »Schutzhaft« genommen und von dort ins KZ Neuengamme gebracht. Aufgrund der unmenschlichen Arbeitsbedingungen verstarb er im Krankenrevier des KZs.

Böhling, Erich

Geb. 21.10.1885, gest. 3.5.1945. Mitglied der Ortsverwaltung des Verbandes Deutscher Buchdrucker in Heide. Ab 1920 Vorsitzender der KPD Heide, 1933 ins Stadtparlament gewählt. Am 11.4.1933 verhaftet und für ein Jahr in den Konzentrationslagern Schleswig und Glückstadt gefangen gehalten. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler verhaftet und ins KZ Neuengamme deportiert. Ende April 1945 wurde er mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona« gebracht, welche von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

Brennecke, Otto

Geb. 29.10.1882, gest. 3.10.1936. Ab 1918 Gauleiter des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter/Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband in Braunschweig. Von 1927 bis 1933 ADGB-Bezirkssekretär des Bezirks Braunschweig-Hannover. 1929 bis 1932 SPD Mitglied des Provinziallandestages von Hannover. 1933 Mitglied der Widerstandsgruppe »Sozialistische Front«. Todesursache unklar: Bei einer Aktion gegen Sozialdemokraten misshandelt und daran gestorben oder bei der Nachricht seiner bevorstehenden Verhaftung einem Herzschlag erlegen.

Breunig, Lorenz

Geb. 11.8.1882, gest. 15.2.1945. Sekretär im Hauptvorstand beim Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. USPD/SPD Abgeordneter im Reichstag vom Juni 1920 bis Mai 1924. Im September 1937 Ermittlungsverfahren wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, danach weitere Festnahmen. Am 1.9.1939 zusammen mit 73 weiteren Gewerkschaftsfunktionären verhaftet und ins KZ Sachsenhausen eingeliefert. Im Winter 1939/40 vorübergehend im Untersuchungsgefängnis Berlin-Plötzensee inhaftiert, anschließend wieder KZ Sachsenhausen, dort an den Misshandlungen gestorben.

Brodek, Paul

Geb. 16.10.1884, gest. 5.9.1942. Seit 1910 Mitglied im Deutschen Transportarbeiter-Verband und der SPD. 1919 Leiter des Arbeitsamtes in Brake, 1931 zusätzlich Direktor des Arbeitsamtes Wesermünde-Bremerhaven. 1919 bis 1931 Mitglied des Magistrat Brake sowie 1923 bis 131 Mitglied des Oldenburger Landtages. Aufgrund seiner jüdischen Herkunft musste er Anfang 1938 in das »Judenhaus« umziehen, nach den Judenpogromen im November 1938 kam er über Bremen für einen Monat in das KZ Sachsenhausen. Im August 1941 erneut verhaftet und ins Arbeitserziehungslager Bremen-Farge gebracht. Nach seiner Entlassung im März 1942 starb er an den Folgen der Haftmisshandlungen.

Broßwitz, Conrad



Geb. 15.5.1881, gest. 11.3.1945. Vorsitzender des Verbandes der Sattler und verwandter Berufsgenossen/Verband der Sattler und Portefeuiller in Danzig 1904 bis 1913 und Vorsitzender des Gauvorstands Westpreußen. 1919 bis 1933 SPD Parteisekretär in Groß Frankfurt. Mitglied des Reichstages von Mai 1928 bis September 1930. Mai 1933 erstmals in »Schutzhaft«. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 erneut verhaftet und im September 1944 ins KZ Dachau eingeliefert, dort an den Misshandlungen gestorben.

Brüderlein, Fritz
Geb. 2.11.1886, gest. 1.2.1945. Funktionär beim Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands in Wiesbaden und Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Kalle & Co in Wiesbaden-Biebrich. Mitglied der SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und im September 1944 ins KZ Dachau eingeliefert, dort an den Misshandlungen gestorben.

Bruhn, Gustav
Geb. 16.3.1889, gest. 14.2.1944. Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Heide. 1912 Eintritt in die SPD, 1918 Spartakusbund, 1919 USPD, 1920 Mitbegründer der KPD Heide, 1928 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Wasserkante. Ab 1923 Stadtverordneter und Kreisabgeordneter, 1928 Mitglied im Preußischen Landtag. Ab 1933 mehrfach verhaftet. Wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt mit anschließender »Schutzhaft« im KZ Sachsenhausen. Nach Entlassung 1939 im Dezember 1943 erneute Verhaftung und ins KZ Neuengamme gebracht und im Exekutivbunker ermordet.

Bublitz, Karl
Geb. 19.1.1892, gest. Februar 1945. 1910 Sekretär im Zentralverband der Handlungsgehilfen, ab 1919 beim Zentralverband der Angestellten in Berlin.1919 bis 1933 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung für USPD und SPD. Neben politischer Verfolgung durch die Nationalsozialisten kam die Diskriminierung aus »rassischen« Gründen, weil er in einer »Mischehe« lebte. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und als »Schutzhäftling« ins KZ Sachsenhausen eingeliefert, dort an den Misshandlungen gestorben.

Büttner, Reinhold
Geb. 22.4.1879, gest. 5.7.1935. Kreiskassierer des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter in Duisburg. Nach Verhaftung am 25.6.1935 im Gestapokeller des Duisburger Polizeigefängnisses ermordet.

Bürk, Fritz
Geb. 1893, gest. 28.11.1933. Kassierer im Deutschen Textilarbeiterverband in Memmingen. Mitglied der KPD. Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand verhaftet

und als »Schutzhäftling« ins KZ Dachau gebracht, dort von einem SS-Mann aus Memmingen ermordet.

D

Decker, Franz

Geb. 25.8.1885, gest. Frühjahr 1945. Betriebsrat und Vertrauensmann bei Dynamit Nobel AG. 1924 in den Deutschen Metallarbeiter-Verband eingetreten. 1929 bis 1933 SPD Gemeindevertreter in Köln-Porz. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 festgenommen, inhaftiert im KZ Durchgangslager Köln-Deutz, am 10. September 1944 ins KZ Sachsenhausen deportiert. Vermutlich auf dem Todesmarsch im Frühjahr 1945 erschossen.

Delp, Heinrich

Geb. 31.1.1878, gest. 14.5.1945. Ab 1904 Sekretär des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Mainz, ab 1906 dessen Geschäftsführer in Darmstadt. 1909 bis 1933 Stadtverordneter/Beigeordneter der SPD und 1926 bis 1933 Bürgermeister von Darmstadt. 1919 bis 1933 Mitglied im Hessischen Landtag, von 1928 bis 1931 dessen Präsident. 1933 kurzzeitige »Schutzhaft«. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 festgenommen und ins KZ Dachau verbracht. Nach der Befreiung des KZ durch alliierte Truppen an den Folgen der Haft gestorben.

Delle, Gustav

Geb. 20.9.1880, gest. 25.4.1945. 1905 bis 1913 Sekretär im Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands in Stuttgart, ab 1913 Mitglied im Hauptvorstand. Ab 1919 SPD Stadtrat in Hamburg-Wandsbek, von 1931 bis 1933 Zweiter Bürgermeister in Wandsbek. 1929 bis 1933 Mitglied des Provinziallandtages Schleswig-Holstein. 1933 für 14 Tage »Schutzhäftling« im KZ Fuhlsbüttel. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme gebracht. Am 1. November entlassen, gestorben an den Misshandlungen während der Haft.

Dietz, Kurt Georg

Geb. 27.8.1988, gest. April 1945. Sekretär der Gewerkschaft Alter Bergarbeiter-Verband in Klettwitz/Niederlausitz. Lebte seit 1928 in Eschweiler. Im Zusammenhang

mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht. Starb vermutlich nach einem Todesmarsch zum Lager Sandbostel.

Dobisch, Fritz

Geb. 16.2.1890, gest. 7.7.1941. Ab 1919 Sekretär des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands in Lusienthal, 1920 bereits Bezirksleiter. Von 1928 bis 1935 Vorsitzender des ADGB Saar. 1930 bis 1935 SPD Stadtrat in Saarbrücken. Im Mai 1940 in Luxemburg verhaftet. In Trier und Düsseldorf inhaftiert und Anfang Juni 1941 in das KZ Buchenwald überstellt, wo er ermordet wurde.

Düllgen, Hermann

Geb. 1899, gest. 25.10.1944. Delegierter des Deutschen Baugewerksbundes. Von 1929 bis 1933 Stadtverordneter der KPD in Neuss. Ab 1933 von der Gestapo mehrfach verhaftet. 1936 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt. In der Folgezeit in mehrere Gefängnisse gebracht, zuletzt beim Bombensprengkommando in Kalkar. Wegen Verbreitung illegaler Schriften 1944 zum Tode verurteilt, hingerichtet in Frankfurt-Preungesheim.

Duhme, Heinrich

Geb. 1894, gest. 25.10.1944. Ab 1918 Mitglied des Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands in Rheine, Mitglied der SPD und des Arbeiterradfahrerbundes »Solidarität«. Am 23. August 1943 wegen »Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat« verhaftet (angebliche Gründung einer illegalen KPD-Gruppe) und zum Polizeigefängnis Gladbeck gebracht. Im Januar 1944 überführt zum Volkgerichtshof nach Nürnberg, am 19.7.1944 zum Tode verurteilt, hingerichtet im Strafgefängnis Bruchsal.

E

Ege, Albrecht Jakob Friedrich

Geb. 31.1.1878, gest. 28.2.1943. Von 1913 bis 1921 Gauvorsitzender des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands. Ab 1924 Geschäftsführer der Baugesellschaft »Gemeinnützige Wohnungsbau AG«, SPD Stadtverordneter Frankfurt am Main und 1933 Mitglied des Hessischen Landtages. Mehrfach verhaftet und zu kürzeren Haftstrafen verurteilt. Im Juni 1942

verhaftet und am 18.11.1942 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, Wehrkraftzersetzung und Vergehen gegen die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen zum Tode verurteilt, hingerichtet in Frankfurt-Preungesheim.

Else, Otto

Geb. ?, gest. 4.3.1945. Betriebsrat bei der Firma Rasche & Co. in Wiesbaden und Vorstandsmitglied beim Verband der Lithographen und Steindrucker und verwandter Berufe Deutschlands im Bezirk Wiesbaden. Stadtverordneter der SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 festgenommen und ins KZ Dachau verbracht, dort an den Misshandlungen gestorben.

Elser, Georg

Geb. 4.1.1903, gest. 9.4.1945. Mitglied im Deutschen Holzarbeiterverband und 1928/29 auch im Rotfrontkämpferbund in Konstanz. Am 5.9.1939 wegen eines versuchten Sprengstoffattentats auf Hitler verhaftet und als »Sonderhäftling des Führers« ohne Gerichtsverfahren ins KZ Sachsenhausen gekommen, später ins KZ Dachau, wo er auf Anweisung der Gestapo kurz vor Kriegsende ermordet wurde.

Emrich, Ambros

Geb. 22.5.1896, gest. 26.9.1933. 1919 Betriebsrat im Reichsbahnausbesserungswerk Dresden, Mitglied im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Ab Sommer 1925 SPD Parteisekretär sowie Stadtverordneter und Fraktionsführer der Löbauer SPD. Im September 1933 wegen angeblicher sexueller Belästigung verhaftet und auf Veranlassung des NSDAP-Kreisleiters in das Schutzhaftlager Hohenstein überstellt, wo er an den Folgen der Misshandlungen starb.

Endrass, Fridolin

Geb. 5.3.1893, gest. 23.2.1940. Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands in Friedrichshafen. Aufgrund der Verbindung zu Emigranten in der Schweiz und der Verteilung von Flugschriften am 21.7.1938 verhaftet und ins KZ Welzheim eingeliefert. Vom Volksgerichtshof am 25. November 1939 wegen Wiederaufbau der Gewerkschaften in Süddeutschland zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Engel, Wilhelm

Geb. 5.3.1881, gest. 15.4.1945. Schloss sich dem Christlichen Metallarbeiterverband an und übernahm 1909 die Leitung der Bochumer Verwaltungsstelle. Von 1919 bis 1929 Abgeordneter im Bochumer Stadtparlament für die Zentrumspartei. 1925 wechselte er vom Gewerkschaftssekretär zum »Parteisekretär« der Bochumer Zentrumspartei. Am 6.7.1944 verhaftet und angeklagt wegen »Wehrkraftzersetzung« inhaftiert im Untersuchungsgefängnis Bochum, Gefängnis Krümmede, und schließlich Untersuchungsgefängnis beim Kriminalgericht Moabit. Der Prozess vor dem Volksgerichtshof fand nicht statt. Er starb an den Folgen der Haft im Gefängnis.

Erdmann, Lothar



Geb. 13.10.1888, gest. 18.9.1939. Von 1921 bis 1923 Redakteur beim Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam. Ab 1923 Leiter Pressedienst beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB). 1924 bis 1933 Hauptschriftleiter der Zeitschrift »Die Arbeit« des ADGB. Persönlicher Referent des ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart. Zu Kriegsbeginn verhaftet, im Polizeigefängnis Berlin Alexanderplatz verhört und am 9.9.1939 als »Schutzhäftling« ins KZ Sachsenhausen überführt, dort nach Misshandlungen gestorben.

Ey, Ludwig

Geb. 30.4.1893, gest. 24.3.1945. 1911 Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband und Eintritt in die SPD. 1919 schloss er sich der USPD und 1922 der KPD an. Betriebsrat und Hauptkassierer der Ortsverwaltung des DMV in Niesky/Oberlausitz und Vertretung der KPD im Kreisrat. Zwischen 1933 und 1940 wiederholt verhaftet und in »Schutzhaft« genommen in den KZ Sonnenberg, Lichtenberg und Sachsenhausen. 1940 mit anderen ehemaligen KPD-Mitgliedern in Niesky verhaftet und zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Nach Evakuierung des Zuchthauses Brieg im Strafgefangenenlager Gleina/Thüringen infolge der Haftbedingungen gestorben.

F

Fastenrath, Ernst

Geb. 23.12.1899, gest. 23. oder 29.11.1944. Leiter der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition in Wermelskirchen. Ab 1929 Stadtverordneter von Wermelskirchen und Kreistagsabgeordneter für die KPD. Mit anderen KPD-Funktionären Ende 1933 im Remscheider Polizeigefängnis sowie im Polizeigefängnis Wuppertal-Barmen in »Schutzhaft« genommen. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und vom Polizeigefängnis Wuppertal-Barmen am 6.11.1944 als »reichsdeutscher Schutzhäftling« ins KZ Flossenbürg überstellt. Bei dem Transport vom KZ Flossenbürg in das Außenlager Leimeritz wahrscheinlich umgekommen.

Fechenbach, Felix


Nr. 237.

Eingang 5

Ausweis
zum Eintritt
in das Reichstagsgebäude

für Herrn
Felix Fechenbach
Sekretär des Abg.
Dietrich (Thüringen).

Gültig
für das Jahr 1929



Geb. 28.1.1894, gest. 7.8.1933. Von 1912 bis 1924 Mitarbeiter im Arbeitersekretariat Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen in München. 1918 Mitglied im Landessoldatenrat, 1918/19 Mitglied des Provisorischen Nationalrats in München der SPD sowie Sekretär des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner. Ab 1925 Redakteur beim »Vorwärts« und ab 1929 bei der »Detmolder Volksstimme«. Am 11.3.1933 festgenommen und »Schutzhaft« im Detmolder Gefängnis. Auf Ersuchen der Bayerischen Politischen Polizei zur Überstellung ins KZ Dachau auf dem Transport – angeblich bei einem Fluchtversuch – niedergeschossen, den Verletzungen im Krankenhaus Scherfede erlegen.

Ferlemann, Karl

Geb. 2.8.1901, gest. 11.10.1944. 1917 Mitglied des Spartakusbundes in Velbert und im Januar 1919 trat er der KPD bei. Leiter der Ortsverwaltung Velbert des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Ab August 1925 Parteisekretär des KPD-Unterbezirks Barmen. Von 1928 bis 1933 Abgeordneter des Preußischen Landtages für die KPD. Aufbau der RGO für den KPD-Bezirk Niederrhein. 1933 kurzzeitig Landesleiter der illegalen KPD in Sachsen. Am 30.11.1933 wegen Betätigung für die illegale KPD in »Schutzhaft«. Juli 1935 wegen »Hochverrats« zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Haftzeit im März 1940 zur »Schutzhaft« ins KZ Sachsenhausen verschleppt, wurde dort auf dem Schießstand beim Krematorium von der SS ermordet.

Fick, Karl Fritz Johannes

Geb. 3.12.1881, gest. 3.5.1945. Nach Kriegsende Kreisleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes in Stockelsdorf bei Lübeck, SPD-Eintritt, Mitglied im Arbeiter- und Soldatenrat, ab 1919 Mitglied im Stockelsdorfer Gemeinderat sowie im Landesausschuss (Kreistag) in Eutin. 1922 wurde er Mitglied im Landtag in Oldenburg, dem er viele Jahre angehörte. Am 11.3.1933 verhaftet und für fünf Monate ins provisorische KZ Eutin eingeliefert. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme gebracht. Ende April 1945 wurde er mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona« gebracht, welche von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

Fingerle, Karl

Geb. 19.9.1893, gest. 28.9.1942. Betriebsrat und Delegierter im Gewerkschaftskartell Esslingen sowie Vertreter im Sport- und Kulturkartell. Von 1931 bis 1933 Mitglied des Gemeinderats Esslingen für die SPD. Vom März 1933 »Schutzhäftling« im KZ Heuberg und nach dessen Auflösung Ende 1933 im KZ Oberer Kuhberg bis April 1935. Zu Kriegsbeginn erneut verhaftet und als »Schutzhäftling« ins KZ Buchenwald eingeliefert, dort an den Folgen der Haft gestorben.

Fischer, Hermann

Geb. 27.3.1878, gest. 1933. Sekretär im Deutschen Tabakarbeiter-Verband und Vorstandsmitglied im ADGB-Ortsausschuss Frankenberg/Sachsen. 1933 verhaftet, in der Zelle erhängt aufgefunden.

Flach, Johann

Geb. ?, gest. 19.05.1945. Betriebsratsvorsitzender der Köln-Bonner Eisenbahn, Mitglied im Einheitsverband der Eisenbahner. Gemeinderat in Wesseling und Abgeordneter des Kreistages für die SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet, inhaftiert im KZ Sammellager Köln-Deutz und ins KZ Dachau gebracht, dort elf Tage nach Kriegsende an den Folgen der Haft gestorben.

Frerichs, Friedrich

Geb. 4.1.1882, gest. 3.5.1945. 1903 Einritt und ab 1906 Vorstandsmitglied im Deutschen Holzarbeiterverband in Rüstingen/Wilhelmshaven, später Emden und Stuttgart. 1915 wieder in Rüstingen. 1919 hauptamtlicher Ortssekretär der SPD Rüstingen/Wilhelmshaven. Von 1920 bis 1933 Abgeordneter im Landtag von Oldenburg für die SPD und Ratsherr im Magistrat der Stadt Rüstingen. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme eingeliefert. Ende April 1945 wurde er mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona« gebracht, welche von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

Friedrich, Hermann

Geb. 22.5.1895, gest. 7.11.1944. 1919 trat er in die USPD und 1922 in die KPD ein. Stadtverordneter in Plaue/Havel. Als Mitglied der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) von 1930 bis 1933 Betriebsrat beim Reichbahnausbesserungswerk Brandenburg-West in Kirchmöser. Im November 1934 wegen kommunistischer Umtriebe kurzzeitig verhaftet. In den folgenden Jahren an illegalen Aktionen gegen das NS-Regime beteiligt. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen eingeliefert, starb dort an den brutalen Misshandlungen der SS.

Friedrichsohn, Richard

Geb. 18.9.1885, gest. 7.2.1939. 1919 Kreisleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes in Bärwalde/Neumark, übernahm 1920 den Vorsitz des Ortsausschusses des ADGB, war Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe und sowohl als Stadtverordneter als auch im Kreistag tätig. 1933 verhaftet wegen des Vorwurfs, einen Generalstreik ausrufen zu wollen, ins KZ Oranienburg gebracht, im September 1933

entlassen und stand weiter unter Polizeiaufsicht. Seine Todesumstände sind unbekannt.

Fritsch, Eugen

Geb. 21.7.1894, gest. 9.11.1933. Von 1909 bis 1912 Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Reichenau/Lausitz, anschließend in Chemnitz. 1919 Mitglied im Chemnitzer Stadtverordnetenkollegium, von 1921 bis 1933 Stadtverordneter in Plauen für die SPD. Gauvorsteher des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. April 1933 »Schutzhaft« im KZ Osterstein, während der Haft die »formale« Berufung in den Sächsischen Landtag. Im Juli 1933 dem KZ Hohenstein überstellt, dort unter ungeklärten Umständen gewaltsam zu Tode gekommen.

Fritz, Albert

Geb. 19.1.1899, gest. 24.2.1943.Vertrauensmann/Betriebsrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei einer Schiffs- und Maschinenbaufirma in Mannheim. Seit 1921 Mitglied der KPD. Bis 1933 Stadtverordneter in Heidelberg, von 1931 bis 1933 Sekretär des KPD-Bezirks Baden-Pfalz. 1933 verhaftet und verbrachte 13 Monate in den Konzentrationslagern Ankenbruck und Kislau. Ende 1934 erneute Verhaftung und im März 1935 zu 15 Monate Gefängnis verurteilt. Er schloss sich der Widerstandsgruppe um den Mannheimer Schriftsteller Georg Lechleitner an, wurde mit anderen am 26. Februar 1942 verhaftet und im Oktober vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Stuttgart hingerichtet.

Fröba, Georg Johann

Geb. 27.11.1896, gest. 27.10.1944. 1917 Eintritt in den Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands (ab 1920 Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband) und in die USPD. Ab 1923 selbstständiger Schneider und Mitglied in der Ortsgruppe der KPD. Von 1929 bis 1933 Stadtverordneter in Darmstadt. Von Mai bis Juli 1933 »Schutzhäftling« im KZ Osthofen. Im September 1933 wieder verhaftet wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens«, verurteilt zu zwei Jahren Gefängnis. In den folgenden Jahren beteiligt an der illegalen Arbeit der KPD in Darmstadt. Im Frühjahr 1943 verhaftet und April 1944 vom Volksgerichtshof wegen »Hochverrats« (Wiederaufbau der KPD) und Feindbegünstigung zum Tode verurteilt und in Frankfurt-Preungesheim hingerichtet.

Fromme, Karl

Geb. 18.5.1887, gest. 2.5.1933. Angestellter beim Deutschen Metallarbeiter-Verband und 2. Bevollmächtigter des Verbandes in Altena/Westfalen. Im Beirat des SPD-Bezirks südwestliches Westfalen. Soll sich bei seiner Verhaftung selbst erschossen haben.

G

Gaudig, Otto

Geb. 27.1.1878, gest. 13.4.1945. Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiter-Verbands bei der Friedrich Krupp AG in Essen. Ab 1906 engagierte er sich bei der SPD, schloss sich 1919 dem Spartakusband an, war 1924 erstmals Stadtverordneter der KPD in Mülheim/Ruhr, 1929 erneut für die KPD gewählt und 1933 bestätigt. Nach dem Verbot der KPD 1933 verhaftet und von 1933 bis März 1934 im KZ Börgermoor inhaftiert. Im Februar 1943 erneut verhaftet wegen Wiederaufbaus der KPD und im August 1944 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt. Wenige Wochen vor der Befreiung durch die Amerikaner wurde er von der Gestapo zusammen mit zwölf Mitgefangenen aus dem Zuchthaus geholt und in der Wenzelnbergschlucht bei Langenfeld erschossen.

Gedler, Ludwig

Geb. ?, gest. 4.11.1942. Vertrauensmann des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter/Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs am Bauhof in Erlangen. Wegen angeblicher staatsfeindlicher Äußerungen 1936 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, ins KZ Buchenwald, später ins KZ Ravensbrück, zuletzt ins KZ Dachau gebracht und dort umgekommen.

Geiselhart, Otto

Geb. 8.12.1890, gest. 18.3.1933. Ab 1916 bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Günzburg-Bezirksamt tätig, ab 1925 deren Geschäftsführer. Mitglied des Zentralverbands der Angestellten (ZdA). Landtagsabgeordneter der SPD in Bayern 1918/19, von 1919 bis 1924 Stadtrat im schwäbischen Burgau, Mitglied des Bezirkstages Günzburg-Burgau, ab 1925 Stadtrat in Günzburg und Abgeordneter des Reichstags 1929/30 im Nachrückverfahren. SPD-Kassenverwalter in Günzburg. Am 12.3.1933

verhaftet und in »Schutzhaft« gekommen. Da er nicht ins KZ wollte, hatte er sich im Amtsgefängnis Günzburg das Leben genommen.

Gentsch, Erich

Geb. 1.8.1893, gest. 24.8.1944. Trat 1913 der SPD bei, engagierte sich beim Spartakusbund in Stuttgart, wurde 1919 Gründungsmitglied der KPD und Betriebsratsvorsitzender bei der Daimler AG. Redakteur der »Roten Fahne« und Mitglied im Rotfrontkämpferbund, 1930 Erster Sekretär und Bezirksausschussleiter der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition in Berlin-Brandenburg, 1933 Vorsitzender des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlin und Stadtverordneter in Berlin-Neukölln. Nach zweimaliger Verhaftung 1933 und Inhaftierung im Stadtgefängnis Berlin-Spandau und KZ Sonnenburg emigrierte er 1934 ins Saargebiet. Ab 1935 Auslandsarbeit in Holland und Belgien. Im April 1943, und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« vom Volksgerichtshof im Juni 1944, zum Tode verurteilt und in Stuttgart hingerichtet.

Gerharts, Karl

Geb. 9.8.1892, gest. Frühjahr 1945. Betriebsrat der Vereinigten Deutschen Nickelwerke in Schwerte von 1924 bis 1933 und Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Trat 1922 in die SPD ein, zwei Jahre später Stadtverordneter in Schwerte und 1925 Leiter der SPD-Ortsgruppe. 1929 zum Stadtverordnetenvorsteher in Schwerte gewählt, außerdem Kreistagsabgeordneter und Mitglied des Kreisausschusses im Landkreis Iserlohn. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 21. August 1944 verhaftet und ins Gefängnis Hohenlimburg-Reh gebracht, kam anschließend zur Gestapo-Zentrale nach Dortmund und von dort ins KZ Sachsenhausen. Sein Sterbeort ist unklar: entweder ist er im KZ Sachsenhausen (DGB-Ehrentafel) oder an Folgen der Auszehrung und einer infektiösen Krankheit im KZ Eckernförde (Bericht Stadt Schwerte) gestorben.

Gerig, Otto

Geb. 9.6.1885, gest. 3.10.1944. Vorstandsmitglied beim Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband in Köln. Von 1921 bis 1924 Mitglied im Preußischen Landtag für das Zentrum und von 1923 bis 1933 Mitglied des Reichstags. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 23. August 1944 verhaftet, ins Gestapo-

Gefängnis in Köln eingeliefert, anschließend ins KZ Durchgangslager Köln-Deutz und von dort in das KZ Buchenwald, dort an den Folgen der Haft gestorben.

Gerloff, Richard

Geb. 26.3.1887, gest. 30.1.1945. Von 1913 Sekretär beim Deutschen Tabakarbeiterverband, später Gauleiter im Raum Dresden. Mitglied der SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet, in der Folgezeit in den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Neuengamme, Meppen und zuletzt in Bergen-Belsen, wo er an den Folgen der Haft starb.

Gersinski, Gustav

Geb. 15.5.1893, gest. März/April 1945. Mitglied im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, ab 1932 ehrenamtlicher Vorsitzender der Zahlstelle Velten. Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe in Velten, im März 1933 in den Veltener Gemeinderat gewählt. Im März 1933 verhaftet und bis 1935 als »Schutzhäftling« im KZ Sonnenburg inhaftiert. Im August 1935 erneute Verhaftung, die Haftdauer ist nicht ermittelbar. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und bis Februar 1945 im KZ Sachsenhausen und anschließend im KZ Bergen-Belsen, das er nicht überlebte.

Gies, Anton

Geb. 26.8.1890, gest. 20.8.1940. Trat 1918 in die Ortsverwaltung Lindau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ein, war von 1928 bis 1933 deren Bevollmächtigter. Mitglied der SPD. Nach Kriegsbeginn am 12. September 1939 wegen staatsfeindlicher Äußerungen verhaftet und am 30. November ins KZ Sachsenhausen überstellt, starb an den Folgen der Haft.

Gmeiner, Paul

Geb. 16.11.1885, gest. 19.4.1944. Trat 1904 in Braunschweig dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei und 1912 der SPD. 1917 wurde er Mitglied der USPD und 1919 der KPD. War Betriebsrat bei der Firma Büssing in Braunschweig. Von 1924 bis 1933 Abgeordneter im Braunschweiger Landtag für die KPD. 1926 bis 1929 Leiter der KPD Braunschweig und verantwortlich für den Rotfrontkämpferbund. Im Sommer 1933 verhaftet und wegen »Hochverrats« verurteilt. Nach Ablauf der Haftzeit von Juli 1936 bis April 1939 in »Schutzhaft« im KZ Dachau. Am

1. September 1939 ins KZ Sachsenhausen eingeliefert und Arbeit als Häftling bei den Henkel-Werken. Bei einem Bombenangriff auf das Werk gestorben.

Graf, Hans (Johann)

Geb. 14.8.1870, gest. 15.4.1945. Sekretär der Zahlstelle Schönwald/Oberfranken des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und Betriebsrat der Rosenthalwerke in Selb-Plößberg. 1929 im Gemeinderat für die SPD. Nach 1933 mehrfach verhaftet und 1936 für zehn Monate ins KZ Dachau eingeliefert. Kurz vor Kriegsende wurde er wegen Hissens der weißen Fahne in Schönwald von der SS umgebracht.

Graef, Adam

Geb. 19.2.1882, gest. April 1945. Trat am 1. Mai 1904 dem Zentralverband der Maurer bei und 1907 der SPD. Von 1919 bis 1922 Sekretär der Limburger Geschäftsstelle des Deutschen Bauarbeiterverbandes. 1919 bis 1933 Gemeindevertreter von Niederseltern/Limburg sowie deren (stellvertretender) Bürgermeister und Mitglied im Kommunallandtag. Ende März 1933 von der SA gewaltsam aus dem Bürgermeisteramt entfernt. Mehrfach verhaftet und in »Schutzhaft« genommen. Im September 1939 verhaftet wegen »marxistischer Propaganda« und über das Gerichtsgefängnis Limburg und die Strafanstalt Frankfurt-Preungesheim im November 1940 ins KZ Sachsenhausen gebracht. Im April 1945 auf dem Häftlingstransport ins KZ Bergen-Belsen vermutlich gestorben.

Groos, Heinrich

Geb. 1.5.1876, gest. 20.12.1944. Sekretär/Bevollmächtigter im Deutschen Metallarbeiter-Verband in Osnabrück von 1907 bis 1918. Zwischen 1908 und 1923 Stadtverordneter und Bürgervorsteher für die SPD in Osnabrück. Anschließend bis 1933 Direktor des Arbeitsamtes Osnabrück. Nach 1933 mehrfach vorübergehend verhaftet. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins Arbeitslager Ohrbeck gebracht, danach ins KZ Neuengamme, starb dort an den Haftfolgen.

Gross, Fritz

Geb. 25.8.1880, gest. 3.11.1944. Sekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Karlsruhe. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 25. August

1944 verhaftet und in die Konzentrationslager Natzweiler, Dachau und schließlich Mauthausen verschleppt, dort an den Folgen der Haft gestorben.

Groß, Nikolaus

Geb. 30.9.1898, gest. 23.1.1945. Trat 1917 in den Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands ein. Ab 1922 kurzzeitig Gewerkschaftssekretär in Waldenburg/Niederschlesien, 1922 bis 1924 Bezirksleiter in Zwickau und 1924 bis 1926 in Bottrop. Ab 1927 Redakteur der »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung«, dem Verbandsorgan der Westdeutschen Katholischen Arbeiterbewegung. In der NS-Zeit gehörte er zum »Kölner Kreis« (katholischer Widerstandskreis). Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 12. August 1944 verhaftet und am 18.1.1945 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Grossmann, Gustav

Geb. 1886, gest. 11.7.1935. Knappschaftsältester im Verband der Bergarbeiter Deutschlands in Meerbeck/Kr. Moers. Gehörte zum Widerstandskreis um Hermann Runge, wurde am 9. Juli 1935 wegen »Hochverrats« verhaftet und im Duisburger Polizeigefängnis erhängt aufgefunden.

Grube, Ernst

Geb. 22.1.1890, gest. 14.4.1945. Seit 1908 Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbands und der SPD. 1917 trat er in die USPD ein, wechselte 1919 in die KPD und wurde Mitglied der KPD-Bezirksleitung Erzgebirge/Vogtland. Von 1920 bis 1922 saß er für die KPD im Sächsischen Landtag. Von 1925 bis 1932 war er Mitglied des Preußischen Landtages und gehörte zweimal, 1924 und 1930 bis 1933, dem Reichstag an. Verhaftet nach dem Reichstagsbrand, bis Mai 1939 in den Konzentrationslagern Sonnenberg, Lichtenburg und Buchenwald inhaftiert, anschließend von der Gestapo überwacht. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 21. August 1944 erneut verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht. Im Januar 1945 ins KZ Bergen-Belsen überführt, dort an Flecktyphus gestorben.

Grube, Oskar

Geb. 21.12.1877, gest. 7.7.1941. Von 1906 bis 1933 Sekretär in der Ortsverwaltung Bielefeld des Deutschen Metallarbeiter-Verbands. Mitglied der SPD und Gemeindevertreter in Brackwede von 1909 bis 1911. November 1940 verhaftet wegen

staatsfeindlicher Äußerungen und nach Sachsenhausen überführt, wo er an den Folgen der Haft starb.

Gudzent, Albert

Geb. 24.1.1891, gest. 3.5.1940. Ab 1928 Mitglied im Deutschen Textilarbeiterverband und Betriebsratsvorsitzender in Gronau, Mitglied der SPD und Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Gronau. Von April bis Juni 1933 in »Schutzhaft«. Illegale Parteiarbeit. Im Februar 1936 verhaftet, zunächst ins Gerichtsgefängnis Hamm gebracht, anschließend ins Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit. 1937 vom Volksgerichtshof wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt. Nach seiner Entlassung aus der Haftanstalt Lingen erneute Verhaftung und ins KZ Buchenwald gebracht, von dort ins KZ Sachsenhausen und anschließend dem KZ Flossenbürg überstellt und dort verstorben.

H

Habermann, Max



Geb. 21.3.1885, gest. 30.10.1944. Schriftleiter der »Handelswacht«, Zentralorgan des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands in Köln. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im Oktober 1944 verhaftet, Selbstmord begangen, um die Menschen, die ihm Asyl gewährten, nicht zu verraten.

Haese, Otto

Geb. 20.9.1874, gest. 24.12.1944. Vorstandsmitglied und zuletzt Vorsitzender im Zentralverband der Maurer Deutschlands/Deutscher Bauarbeiterbund/Deutscher Baugewerksbund Wiesbaden von 1899 bis 1933, Stadtverordneter und Stadtrat für die SPD von 1919 bis 1924 und Mitglied im Preußischen Landtag von 1919 bis 1932. Geschäftsführer der Bauhütte Wiesbaden. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Dachau eingeliefert, dort umgekommen.

Hammer, Artur

Geb. 30.5.1884, gest. 6.4.1942. Ab 1920 Funktionär in der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, Essen. Mitglied der KPD von 1919 bis 1923. Wegen kritischer Aussagen während der Reichstagswahl 1936 denunziert, verhaftet und verurteilt wegen des Verstoßes gegen das »Heimtückegesetz«. 1937 kam er wieder frei und kam bei Kriegsbeginn in »Schutzhaft« ins KZ Hammer, anschließend KZ Sachsenhausen und 1942 ins KZ Groß-Rosen, wo er an den Haftfolgen verstarb.

Hampel, Otto

Geb. 26.6.1888, gest. 3.5.1935. Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, ab 1921 hauptamtlicher Geschäftsführer der Ortsverwaltung Staßfurt. 1910 Mitglied der SPD, später USPD, ab 1920 KPD und ab 1925 wieder SPD. Bis 1933 Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender der SPD in Staßfurt. Floh im Juni 1933 aus Staßfurt, Februar 1935 von der Gestapo in Hamburg verhaftet, nach wochenlangen Verhören und Misshandlungen im KZ Fuhlsbüttel Selbstmord begangen.

Hannemann, Max

Geb. 26.7.1893, gest. 27.2.1945. Ab 1920 Vertreter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes im Ortsausschuss Dahme des ADGB. Ende der Weimarer Republik Mitglied der Stadtverordnetenversammlung für die SPD und technischer Leiter im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ab Juni 1933 musste er sich regelmäßig bei der Polizeidienststelle melden. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen überführt. Anfang 1945 überstellt ins KZ Neuengamme und dort verstorben.

Hasselhuhn, Fritz

Geb. 5.5.1910, gest. 13.12.1943. Mitglied im Verband der Lithographen und Steindrucker und verwandter Berufe Deutschlands und in der SPD. 1938 ein Strafverfahren wegen illegaler Nachrichtenübermittlung, aber straffrei ausgegangen. Ende August 1939 in die Wehrmacht eingezogen, 1942 in Dänemark desertiert und im Juli 1943 in Berlin verhaftet. Wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Haßler, Michael
Geb. 13.8.1886, gest. 1945. Sekretär im Deutschen Holzarbeiterverband, Aachen von 1923 bis 1933. Stadtverordneter in Köln 1919/1920 und Abgeordneter des Kreistags Siegkreis 1921/22 für die SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet, ins KZ Bergen-Belsen überführt und dort verstorben.

Hausmann, Leonhard
Geb. 27.12.1902, gest. 17.5.1933. Betriebsrat für den Baugewerksbund in Augsburg. Hauptamtlicher Funktionär der KPD. Mitglied im Augsburger Stadtrat, ab 1932 Leiter des KPD-Unterbezirks Augsburg. Im März 1933 verhaftet und ins KZ Dachau verschleppt. Bei Außenarbeiten einen Fluchtversuch unternommen, dabei von Wachposten erschossen.

Heeb, Heinrich
Geb. 24.11.1889, gest. 5.5.1941. Von 1921 Mitglied der KPD und Ortsgruppenleiter in Hannoversch-Münden. Vertrauensmann und Betriebsrat bei der Bauhütte Kassel, vermutlich Mitglied im Deutschen Baugewerksbund. Juli 1933 verhaftet und im KZ Breitenau in »Schutzhaft« genommen, im Oktober ins KZ Börgermoor überführt. Einen Monat nach seiner Entlassung im November 1935 wieder in »Schutzhaft« im KZ Sachsenhausen genommen. 1938 entlassen, erneute Festnahme im August 1939 und ins Zuchthaus Kassel-Welheiden eingeliefert, dort Misshandlungen ausgeliefert. Er starb nach seiner Entlassung im März 1941 an den Folgen der Misshandlungen.

Hegenbart, Paul
Geb. 1.4.1884, gest. 26.2.1945. Seit 1903 Mitglied im Verband der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller Deutschlands in Berlin-Kreuzberg. Trat 1905 der SPD bei, wechselte 1923 zur KPD. Nach dem Ersten Weltkrieg Branchenleiter seines Verbandes. Ab 1930 Leiter des Bezirksausschusses der IG Leder der RGO. Nach 1933 mehrfach verhaftet, leitete eine Widerstandsgruppe in Berlin-Lichtenberg. Seit dem Frühjahr 1944 gehörte er zur Saekow-Jacob-Bästlein Organisation, wurde im August 1944 verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Heid, Josef

Geb. 17.11.1892, gest. 21.12.1944. Vorsitzender des ADGB Villingen. Von 1922 bis 1933 Mitglied des Gemeinderates/Stadtverordneter in Villingen, ab 1925 dessen Vorsteher. Von 1929 bis 1933 Abgeordneter im Badischen Landtag für die SPD. 1933 für mehrere Monate in »Schutzhaft« u. a. im KZ Heuberg. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Dachau überführt, dort verstorben.

Heidsiek, Wilhelm

Geb. 4.1.1888, gest. 7.11.1944. Von 1912 bis 1914 Vorstandsmitglied im Norddeutschen Maschinensetzerverein Hamburg. Nach 1919 im Parteivorstand der SPD Cuxhaven, ab 1929 1. Vorsitzender und Fraktionsvorsitzender der SPD Ratsfraktion Cuxhaven. 1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. 1933 mehrfach verhaftet und bis 1934 im Gefängnis Otterndorf und KZ Fuhlsbüttel inhaftiert. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme eingeliefert, dort unter ungeklärten Umständen gestorben.

Heller, Philipp

Geb. 30.9.1909, gest. 20.1.1938. Mitglied im Deutschen Baugewerksbund. Engagierte sich in der Kommunistischen Jugend Deutschlands, 1932 Mitgründer des Wehrsportvereins Hof. 1933 mehrfach verhaftet, im Oktober 1933 wegen »Hochverrats« verurteilt, nach Haftverbüßung für zwei Jahre im KZ Dachau festgehalten. Erneute Verhaftung 1937 und im Landgerichtsgefängnis Weiden/Oberpfalz verhört, gefoltert und dabei zu Tode gekommen. Todesschein: »Selbstmord durch Erhängen«.

Henke, Hugo Emil

Geb. 9.6.1888, gest. 3.5.1945. Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband. 1919 schloss er sich bis 1923 der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) an, 1931 trat er der KPD bei. 1932 Abgeordneter des Oldenburger Landtages für die KPD. Im Jahr 1933 zeitweilig im KZ Vechta inhaftiert. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme verschleppt. Ende April 1945 wurde er mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona« gebracht, welche von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

Henkel, Ernst

Geb. 6.9.1887, gest. 12.6.1944. Von 1920 bis 1933 Vorsitzender des Deutschen Landarbeiterverbandes Ostprignitz. Stadtverordneter, Magistratsmitglied von Prignitz und Kreistagsabgeordneter für die SPD. Mitte 1933 verhaftet und bis 1934 in den Konzentrationslagern Alt-Daber und Oranienburg inhaftiert. 1934 entlassen, starb an den Spätfolgen seiner im KZ erlittenen Verletzungen.

Hennig, Rudolf

Geb. 11.3.1895, gest. 11.10.1944. Ab 1921 Mitglied im Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands in Düsseldorf, von 1923 bis 1929. Stadtverordneter in Düsseldorf 1924 bis 1933, Mitglied im Provinziallandtag Rheinland und Reichstagsabgeordneter von 1930 bis 1932 für die KPD. Nach 1933 mehrfach verhaftet, wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt. Nach Strafverbüßung »Schutzhaft« in den Konzentrationslagern Esterwegen und Sachsenhausen 1935/1936. August 1939 wieder verhaftet und ins KZ Sachsenhausen eingeliefert, dort wegen angeblicher Meuterei und Aufwiegelung erschossen.

Henning, Rudolf

Geb. 3.1.1879, gest. 18.11.1944. Von 1907 bis 1916 Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbands in Neumünster, 1921 bis 1933 Sekretär des ADGB Neumünster, Stadtverordneter und Stadtrat der SPD in Neumünster von 1919 bis 1924. Wegen »Hochverrats« 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme eingeliefert, dort umgekommen.

Hermann, Karl

Geb. 24.12.1873, gest. 1945. Von 1906 bis 1933 Bevollmächtigter beim Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands in Nürnberg. Im November 1940 wegen »Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat« verhaftet und ins KZ Flossenbürg eingeliefert. 1945 auf dem Transport vom KZ Flossenbürg zum KZ Dachau umgebracht.

Hirtsiefer, Heinrich

Geb. 27.4.1876, gest. 15.5.1941. Ab 1904 Bezirksleiter des Christlich-sozialen Metallarbeiterverbands Deutschlands für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet und ab 1920 Verbandssekretär des Gesamtverbands. Stadtverordneter von 1907 bis 1924 in Essen für das Zentrum. Abgeordneter des Preußischen Landtags von 1919

bis 1933 und ab 1921 Minister für Volkswohlfahrt in Preußen. Nach 1933 mehrfach verhaftet und in den Konzentrationslagern Kemna und Börgermoor inhaftiert. Nach Entlassung 1934 Umzug nach Berlin, starb dort an den Folgen der Haft.

Hitz, Alfred

Geb. 21.6.1908, gest. 4.7.1935. War 1924 Jugendvertrauensmann beim Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands in Rheinhausen, Mitglied der SPD und im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Nach 1933 Kurierfahrten für die illegale SPD. Juni 1933 von der Gestapo verhaftet und im Polizeigefängnis Duisburg an den Misshandlungen gestorben.

Hoch, Gustav



Geb. 10.1.1862, gest. 4.10.1942. Von 1903 bis 1919 Arbeitersekretär in Hanau und Stadtverordneter bis 1919 für die SPD. Reichstagsabgeordneter mit Unterbrechungen von 1898 bis 1928. Von Juni bis Dezember 1933 in Haft. Ab 1940 in einem jüdischen Altenheim in Berlin und im Juli 1942 ins KZ Theresienstadt deportiert, dort umgekommen.

Högg, Clemens

Geb. 20.11.1880, gest. 11.3.1945. Von 1908 bis 1914 Vorstandsmitglied im Gewerkschaftskartell Ulm und Mitglied der SPD. 1919/1920 Stadtrat und 2. Bürgermeister von Neu-Ulm. Während der Weimarer Republik Abgeordneter der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. 1933 verhaftet und bis 1934 dem KZ Dachau überstellt. Nach Kriegsbeginn im September 1939 erneut verhaftet und ins KZ Sachsenhausen und Bergen-Belsen gebracht, dort starb er an den Folgen der Haft.

Hölzel, Friedrich August

Geb. 16.4.1897, gest. 16.10.1944. Ab 1926 Sekretär des Deutschen Baugewerksbundes im ADGB in Wiesbaden. Mitglied im Kommunallandtag Wiesbaden und Abgeordneter des Provinziallandtags Hessen-Nassau von 1927 bis 1933 für die SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Dachau eingeliefert, dort an den Haftfolgen verstorben.

Hübner, Emil

Geb. 26.3.1862, gest. 5.8.1943. Mitglied im Deutschen Textilarbeiterverband. Ab 1905 SPD-Mitglied, wechselte 1919 zur KPD. Ende der 1920er Jahre aktiv im geheimen Apparat der Kommunistischen Internationale. Nach 1933 arbeitete er im Umfeld der Berliner Gruppe »Rote Kapelle«. Im Oktober 1942 verhaftet, im Frühjahr 1943 wegen »Beihilfe zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und zur Spionage« zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

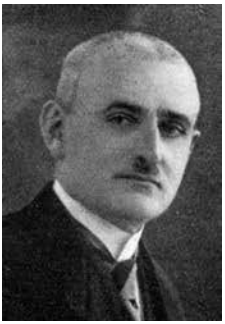
Husemann, Friedrich (Fritz) Ernst



Geb. 19.9.1873, gest. 15.4.1935. Von 1893 bis 1933 Mitglied, Sekretär, Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Von 1920 bis 1933 Vorstandsmitglied im Internationalen Bergarbeiterverband. Abgeordneter im Preußischen Landtag 1919 bis 1933 und Reichstagsabgeordneter 1924 bis 1933 für die SPD. Nach 1933 mehrfache Verhaftungen. Im März 1935 erneute Verhaftung wegen »marxistischer Umtriebe« und ins KZ Esterwegen eingeliefert, dort schweren Misshandlungen ausgeliefert. An einer Schussverletzung im Kreiskrankenhaus Sörgel/Emsland gestorben.

I

Imbusch, Heinrich



Geb. 1.9.1878, gest. 16.1.1945. Ab 1897 Mitglied und von 1919 bis 1933 Vorsitzender des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter sowie 1929 bis 1933 Vorsitzender des Gesamtverbands Christlicher Gewerkschaften. 1920 bis 1933 Abgeordneter des Reichstags für das Zentrum. Im Mai 1933 nach der Zerschlagung der Gewerkschaften Flucht in das Saarland. 1934 Verschleppungsversuch durch die SA. Nach dem Saarreferendum 1935 Flucht nach Luxemburg, später nach Frankreich und Belgien. 1942 Rückkehr nach Essen, dort von Freunden versteckt und unterstützt. An den Folgen der Verfolgung gestorben.

J

Jäger, Heinrich

Geb. 11.5.1875, gest. 23.4.1933. Sekretär beim Deutscher Baugewerksbund in Köln. Nach einer Veranstaltung gegen die NSDAP von SA verfolgt, in den Rhein getrieben, wo er ertrank.

Jahnen, Ewald

Geb. 1.1.1901, gest. 6.3.1936. Mitglied der USPD 1920, übergetreten zur KPD 1925. Mitbegründer des Rotfrontkämpferbundes in Essen, Angestellter der RGO. Nach 1933 Widerstandsarbeit und 1935 verhaftet. Im Gefängnis Berlin-Moabit an den Folgen der Folterungen im KZ Columbia-Haus gestorben.

Jakobs, Mathias



Geb. 9.9.1885, gest. 5.5.1935. Ab 1923 Sekretär des Verbands der Bergarbeiter Deutschlands in Gladbeck. 1919 Vorsitzender der SPD Gladbeck und Stadtverordneter von 1920 bis 1929. Abgeordneter im Preußischen Landtag von 1924 bis 1933. Im Juni 1933 verhaftet, bis Ende 1933 im Zuchthaus Herford, den Konzentrationslagern Papenburg und Lichtenburg inhaftiert. Er starb an den Haftfolgen.

Jeck, Michael

Geb. 4.8.1882, gest. 6.5.1933. Geschäftsführer des Deutschen Landarbeiterverbands in Weinheim. Nach der Besetzung des Gewerkschaftshauses durch die SA und einer Kassenprüfung wurde er erhängt auf dem Speicher des Volkshauses gefunden.

Jochade, Hermann

Geb. 7.7.1876, gest. 28.9.1939. 1900/1901 Mitglied im Ausschuss des Zentralvereins der deutschen Former und Berufsgenossen in Hamburg und Vertrauensmann der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF). 1902 bis 1906 Vorsitzender des Verbands der Eisenbahner Deutschlands, von 1904 bis 1915 ITF-Sekretär. Ab 1918 Vorstandsmitglied des Einheitsverbandes der Eisenbahner und

bis 1932 Mitglied des Generalrats des ITF. Nach Kriegsbeginn 1939 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht, dort an den Misshandlungen gestorben.

Jurke, Alfred

Geb. ?, gest. 3.10.1942. Vorsitzender des Verbands der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands in Bochum und im Konsumverein Wohlfahrt tätig. KPD-Sympathisant. Nach 1933 Kontakt zur kommunistischen Widerstandsgruppe um Karl Springer. Warb Mitglieder für die Verteilung von Schriften und organisierte Widerstand innerhalb des Konsumvereins. Im Frühjahr 1942 verhaftet, im August 1942 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

K

Kaiser, Eugen

Geb. 28.10.1879, gest. 4.4.1945. Gauleiter des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins in Frankfurt am Main von 1906 bis 1910 und Arbeitersekretär Frankfurt am Main von 1909 bis 1920. Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1919 bis 1921 für die SPD, bis 28.2.1933 Landrat in Hanau und Reichstagsabgeordneter von 1920 bis 1924. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Dachau gebracht, dort umgekommen.

Kayser, Albert

Geb. 28.11.1898, gest. 18.10.1944. Bis 1923 Betriebsrat in einem der Siemens-Werke in Berlin, Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Betriebsratsvorsitzender bei den Berliner Verkehrsbetrieben und Mitglied im Deutschen Verkehrsbund. Abgeordneter des Reichstags 1932/1933 für die SPD. Februar 1933 verhaftet, Dezember 1933 in »Schutzhaft« im KZ Sonnenburg. Januar 1935 erneut verhaftet, im August vom Volksgerichtshof wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zum Tode verurteilt, umgewandelt in lebenslange Haft. Vom Strafgefängnis Berlin-Plötzensee 1936 nach Brandenburg-Goerden überführt und im Dezember 1943 ins KZ Buchenwald, dort an Flecktyphus gestorben.

Keil, Gustav

Geb. 1.10.1885, gest. Dezember 1944. Stellvertretender Vorsitzender der Ortsverwaltung Köln des Zentralverbandes der Schumacher Deutschlands, Vorstandsmitglied im Ortsausschuss des ADGB. Nach 1933 mehrfach verhaftet. Im Zusammenhang

mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Flossenbürg eingeliefert, dort zu Tode gequält.

Kiefer, Franz

Geb. ?, gest. 10.2.1940. Vorsitzender des Deutschen Baugewerksbundes in Landau/Pfalz. 1936 wegen illegaler Tätigkeit verhaftet. Am 12.7.1937 verurteilt wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, vom Gerichtsgefängnis in die Konzentrationslager Welzheim, Dachau und schließlich Mauthausen, dort an den Folgen der Misshandlungen gestorben.

Kirsch, Fritz

Geb. 5.3.1903, gest. 30.4.1940. Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Betriebsrat AEG Transformatorenwerk in Berlin-Oberschöneweise von 1924 bis 1929. Aktives Mitglied in der KPD und in der RGO als politischer Leiter tätig. Ab 1929 Bezirksverordneter Berlin-Treptow. Juli 1933 verhaftet, für drei Monate in »Schutzhaft« genommen, Berlin-Plötzensee und Zuchthaus Brandenburg. Bei Kriegsausbruch erneute Verhaftung und ins KZ Sachsenhausen eingeliefert, an den Folgen der Haftmisshandlungen gestorben.

Klaußner, Georg

Geb. 2.11.1892, gest. 2.10.1936. Ab 1928 Vorsitzender des ADGB Storkow. Von 1919 bis 1933 Stadtverordneter für die SPD in Storkow/Mark, Mitglied des Magistrats 1932/33, Mitglied des Kreisausschusses des Landkreises Beeskow-Storkow 1922 bis 1928. Abgeordneter im Preußischen Landtag von 1919 bis 1933 für die SPD. Im März 1933 vorübergehend in »Schutzhaft«, erneut verhaftet im Juli 1933, inhaftiert in Berlin-Plötzensee, KZ Brandenburg und Sachsenhausen bis 1934. Gestorben in Storkow an den Folgen der Haft.

Kleinspehn, Johannes

Geb. 24.4.1880, gest. 1.2.1944. 1903 trat er in den Deutschen Metallarbeiter-Verband ein, wurde 2. Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Erfurt und SPD-Mitglied. 1908/9 wurde er 2. Vorsitzender der Ortsgruppe des Zentralverbands deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Von 1918 bis 1933 gehörte er der USPD und später als SPD-Abgeordneter dem Preußischen Landtag an. Nach 1933 mehrfach verhaftet und inhaftiert. September 1938 erneute Festnahme,

verurteilt zu drei Jahren Zuchthaus wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«. Nach Haftende ins KZ Sachsenhausen in »Schutzhaft« genommen, dort an den Haftfolgen gestorben.

Knauf, Erich

Geb. 21.2.1895, gest. 2.5.1944. Ab 1928 literarischer Leiter der Büchergilde Gutenberg in Berlin. 1934 für einige Wochen verhaftet und in den Konzentrationslager Oranienburg und Lichtenburg inhaftiert. Februar 1944 verhaftet, denunziert »wegen defätistischer Äußerungen im Luftschutzkeller«, vom Volksgerichthof zum Tode verurteilt, im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Kobitzki, Ferdinand

Geb. 21.3.1890, gest. 14.12.1944. Ab 1921 Vorsitzender des Deutschen Textilarbeiterverbands in Nordhorn, Mitglied der KPD. 1931 Vorsitzender der Nordhorner KPD-Ortsgruppe und Gründer der RGO. März 1933 »Schutzhaft«, blieb bis Oktober 1934 in mehreren Konzentrationslagern: Moringen, Brandenburg und Oranienburg. Widerständler im deutsch-niederländischen Grenzgebiet. 1936 vom Sondergericht Hamm wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu mehrjähriger Haftstrafe verurteilt. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler verhaftet und ins KZ Neuengamme eingeliefert, dort zu Tode gequält.

Koch, Kurt

Geb. 27.7.1890, gest. 29.9.1944. Im Jahre 1910 war er der SPD und der Gewerkschaftsgruppe der Eisenbahner in Freital/Sachsen beigetreten. Nach dem Ersten Weltkrieg politisch in der USPD und ab 1922 in der KPD aktiv, für die er von 1922 bis 1928 in der Stadtverordnetenversammlung von Freital saß, ehe er sich 1928 wieder der SPD anschloss. Betriebsrat bei der Reichsbahn und gewerkschaftlich aktiv im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verbracht, dort verstorben.

Könzgen, Gottfried

Geb. 3.4.1896, gest. 15.3.1945. Volksbüro-Vorsteher und Arbeitersekretär im katholischen Arbeitervereine in Duisburg. Nach mehrmaligen Verhaftungen im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler Mitte August 1944 erneut verhaftet und

ins KZ Sachsenhausen eingeliefert, später ins KZ Mauthausen, dort umgekommen.

Körner, Heinrich

Geb. 30.4.1892, gest. 25.4.1945. 1929 Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften in Bonn, zwei Jahre später Landesgeschäftsführer Rheinland-Westfalen des Gesamtverbandes Christlicher Gewerkschaften in Köln. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im September kurzzeitig verhaftet, am 25. November 1944 erneute Verhaftung und nach Berlin verlegt. Im April 1945 vom Volksgerichtshof verurteilt und nach Berlin-Plötzensee gebracht. Nach der Befreiung durch die sowjetischen Truppen unter ungeklärten Umständen in Berlin erschossen.

Kratz, Werner

Geb. 20.10.1888, gest. 3.5.1945. Nach dem Ersten Weltkrieg Betriebsratsvorsitzender im Peiner Walzwerk bis 1923, Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband und in der KPD. März 1933 verhaftet und im Dezember zu Zuchthaus verurteilt. Bis 1944 in den Konzentrationslagern Esterwegen, Sachsenhausen und Buchenwald inhaftiert. Anfang 1944 entlassen und im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 erneut verhaftet und ins KZ Neuengamme gebracht. Ende April 1945 wurde er mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona« gebracht, welche von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

Krökel, Wilhelm

Geb. 26.4.1890, gest. 18.2.1945. Ab 1911 Mitglied, später Vorstandsmitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Wilhelmshaven, von 1919 bis 1933 Betriebsratsvorsitzender der Marinewerft Rüstringen. Mitglied im Bürgervorsteherkollegium Wilhelmshaven ab 1929 für die SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet, über ein Arbeitserziehungslager ins KZ Neuengamme gebracht, dort verstorben.

Kurth, Jakob

Geb. 30.9.1881, gest. 31.10.1944. Ab 1912 Geschäftsführer des Ortsverbandes Plettenberg/Lüdenscheid des Deutschen Metallarbeiter-Verbands und SPD-Mitglied. Mitglied, später Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung von Plettenberg/

Lüdenscheid 1919 bis 1933. Mitglied des Provinziallandtages Westfalen 1920/21. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet, inhaftiert im KZ Sachsenhausen, dort verstorben.

L

Lademann, Max

Geb. 17.5.1896, gest. 28.3.1941. Schloss sich 1913 in Hamburg dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) an und wurde in der Sozialistischen Arbeiterjugend aktiv. 1919 unterstützte er die USDP und trat ein Jahr später in die KPD ein und leitete die Ortsgruppe Rossleben. Bevollmächtigter des DMV Rossleben 1920, Zweiter Vorsitzender des DMV Eisleben und Vorsitzender des Kartells des ADGB im Mansfelder Kreis 1922/23 und 1926/27 Zweiter Vorsitzender des DMV in Halle. 1927 aus dem DMV ausgeschlossen. Abgeordneter des Preußischen Landtags von 1924 bis 1933 und des Reichstags von 1924 für die KPD. Nach 1933 mehrfach verhaftet, verurteilt und in verschiedene Haftanstalten inhaftiert. Zuletzt vom Untersuchungsgefängnis Bautzen ins KZ Sachsenhausen überführt, dort eingeteilt in einem Bombenräumkommando, »starb bei der Beseitigung von Blindgängern«.

Landgraf, Georg

Geb. 27.9.1885, gest. 9.3.1933. Ab 1900 Angestellter beim Parteiverlag der SPD in Chemnitz, 1903 Mitglied im Zentralverband der Handlungsgehilfen und 1906 der SPD. Stadtverordneter der SPD in Chemnitz, von 1924 bis 1929 deren Fraktionsvorsitzender. Bei der versuchten Besetzung der Druckerei der Chemnitzer Volksstimme wurde er von einem SA-Mann auf den Stufen des Verlagsgebäudes durch zwei Pistolenschüsse ermordet.

Lauterbach, Eduard

Geb. ?, gest. 3.5.1945. 2. Bevollmächtigter beim Deutschen Metallarbeiter-Verband und 2. Vorsitzender des Ortskartells Osterode/Harz des ADGB. 1935 verhaftet und verurteilt wegen Betätigung als Bibelforscher. Erneute Verhaftung 1937 und ins KZ Sachsenhausen, später KZ Neuengamme überführt. Ende April 1945 wurde er mit anderen Häftlingen des KZ Stutthof auf den Frachter »Thielbek« gebracht, welche von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

Lehmann, Franz

Geb. 17.2.1899, gest. 14.2.1945. Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Leuna-Werke in Bitterfeld. 1929 aufgrund politischer Aktivitäten (KPD/RGO) aus dem Verband ausgeschlossen. 1933 verhaftet, bis Ende 1933 im KZ Lichtenburg inhaftiert. Aktive Widerstandsarbeit für die KPD. Ende 1944 wegen illegaler politischer Tätigkeit verhaftet und im Zuchthaus Dresden inhaftiert, angeblich bei den Luftangriffen auf Dresden am 13.2.1945, bei denen große Teiles des Zuchthauses zerstört wurden, umgekommen.

Lendzion, Antoni

Geb. 10.7.1888, gest. 22.3.1940. Ab 1911 Präsident des Danziger Zweiges der polnischen Gewerkschaften. Vertreter der polnischen Partei im Danziger Parlament mit Unterbrechungen von 1927 bis 1939. Am 1.9.1939 verhaftet und ins KZ Stutthof gebracht, dort gemeinsam mit anderen polnischen Gefangenen erschossen.

Letterhaus, Bernhard

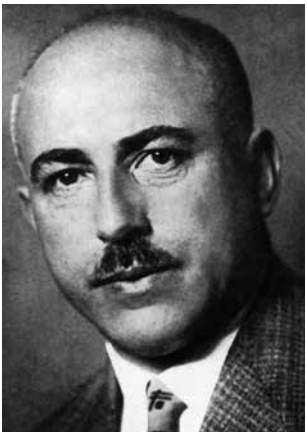


Geb. 12.7.1894, gest. 14.11.1944. Sekretär im Zentralverband Christlicher Textilarbeiter und Vorstandssekretär der katholischen Arbeitervereine in Westdeutschland. Ab 1928 Abgeordneter der Zentrumspartei im Preußischen Landtag sowie 1928/29 Abgeordneter für Barmen im Provinziallandtag der preußischen Rheinprovinz. 1939 zur Wehrmacht eingezogen. Am 25. Juli 1944 wenige Tage nach dem Attentat auf Hitler verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Leuninger, Franz

Geb. 28.12.1898, gest. 1.3.1945. Bezirkssekretär des Christlichen Bauarbeiterverbandes in Aachen, Euskirchen, später Breslau und Vorstandsmitglied des Gesamtverbands Christlicher Gewerkschaften. Mitglied der Zentrumspartei im Stadtparlament Breslau und Reichstagskandidat im März 1933. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 26. September 1944 verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Leuschner, Wilhelm



Geb. 15.6.1888, gest. 29.9.1944. Wurde 1909 Bezirksleiter des Bildhauerverbandes in Darmstadt und 1913 SPD-Mitglied. 1919 Stadtverordneter und Vorsitzender des ADGB Darmstadt. Zog 1924 in den Hessischen Landtag, 1927 Arbeitnehmervertreter in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. 1928 wurde er Innenminister des Landes Hessen. Ab Januar 1933 Mitglied des Bundesvorstandes des ADGB. 1933 mehrfach verhaftet und bis 1934 im KZ Börgermoor inhaftiert. Hatte Verbindungen zum Kreisauer Kreis und ab 1939 zur Widerstandgruppe um Carl Friedrich Goerdeler. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler stellte er sich am 16. August 1944, nachdem seine Ehefrau verhaftet wurde. Vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Lewerentz, Friedrich

Geb. 3.7.1878, gest. 1945. Von 1900 bis 1907 Vorstandsmitglied des Zentralverbands der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen in Krefeld, anschließend bis 1911 hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär des Gewerkschaftskartells. Ab 1919 Stadtverordneter in Krefeld und von 1919 bis 1933 Abgeordneter des Preußischen Landtags für die SPD. Von 1927 bis 1933 Vorsitzender der SPD Krefeld. Mehrfach verhaftet und in »Schutzhaft« genommen. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 24. August 1944 verhaftet, inhaftiert im KZ Sachsenhausen. Auf dem Todesmarsch zum KZ Bergen-Belsen umgekommen.

Löhr, Adam

Geb. 12.9.1889, gest. 22.1.1938. Nach 1919 wurde er Mitglied und Vertrauensmann im Einheitsverband der Eisenbahner und der USPD im Raum Neuenkirchen/Saar. 1931/32 Mitglied des Verbands der Eisenbahner für das Saarland/RGO. Mitglied des Gemeinderates von Heiligenwald für die KPD bis 1935. Bei einer illegalen Aktion der KPD 1936 verhaftet, in das Saarbrücker Lerchesflur-Gefängnis

eingeliefert und in das Außenlager Lichtenfelde des KZ Sachsenhausen überstellt, starb an den Folgen der Lagerhaft.

Ludwig, Josef

Geb. 8.3.1889, gest. 2.4.1945. Sekretär des Einheitsverbands der Eisenbahner Deutschlands in Limburg. Stadtverordneter in Limburg 1926 bis 1933 für die SPD. 1941 verhaftet und verurteilt wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, inhaftiert im Zuchthaus Preungesheim. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler 1944 verhaftet, inhaftiert im KZ Dachau, dort umgekommen.

M

Maaß, Hermann

Geb. 23.10.1897, gest. 20.12.1944. Ab 1924 Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände. Mitarbeiter von Wilhelm Leuschner und baute gewerkschaftsnahe Widerstandsgruppe auf. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 8. August 1944 verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Mache, Karl



Geb. 9.12.1880, gest. 19. 10.1944. Eintritt in den Verband der Bäcker und Konditoren 1900, ein Jahr später Vorsitzender des örtlichen Verbandes in Breslau und Eintritt in die SPD. Von 1908 bis 1919 Bezirksleiter des Verbands der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufsgenossen Deutschlands in Magdeburg und Stadtverordneter. Wechsel nach Breslau, dort von 1919 bis 1933 Stadtverordneter, später stellvertretender Bürgermeister. Abgeordneter des Provinziallandtages der Provinz Niederschlesien von 1921 bis 1933 und Reichstagsabgeordneter von 1928 bis 1930. Von März bis Dezember 1933 in den Konzentrationslagern Dürrgoy und Lichtenburg inhaftiert. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Groß-Rosen gebracht, dort an den Haftfolgen gestorben.

Martin, Franz

Geb. 6.3.1905, gest. 5.1.1940. Betriebskassierer des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Ludwigsburg und Mitglied der KPD. War Kurier und Verbindungsmann zu verschiedenen Widerstandsgruppen. 1935 verhaftet und verurteilt wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«. Nach Beendigung der Zuchthausstrafe vorübergehend im KZ Welzheim inhaftiert. 1939 erneute Verhaftung, zuerst im KZ Dachau anschließend im KZ Mauthausen, dort verstorben.

Matzke, Konrad

Geb. 25.11.1885, gest. 3.5.1945. Zu Beginn der Weimarer Republik Sekretär des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Gronau/Westfalen. Ab 1927 Geschäftsführer des Verbandes in Neumünster und Stadtverordneter und Kreistagsabgeordneter bis 1933 für die SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 erneut verhaftet und ins KZ Neuengamme gebracht. Ende April 1945 wurde er mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona« gebracht, welche von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde

Metz, Franz

Geb. 10.8.1878, gest. 23.6.1945. Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Frankfurt am Main von 1907 bis 1920, anschließend bis 1928 Bezirkssekretär und von 1928 bis 1933 Hauptvorstandssekretär des Verbandes in Berlin. Reichstagsabgeordneter von 1928 bis 1933 für die SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Dachau gebracht. An den Folgen der Haft und des »Todesmarsches« nach Bad Tölz nach der Befreiung des Lagers in Geretsried (Lager Buchberg) gestorben.

Mey, Kurt

Geb. 20.8.1878, gest. 24.10.1944. Von 1907 bis 1908 Sekretär des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Duisburg. Ab 1908 Arbeitersekretär in Hannover. 1919 bis 1933 Bürgervorsteher Hannover sowie von 1921 bis 1929 Abgeordneter des Provinziallandtages Hannover für die SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler 1944 verhaftet, inhaftiert im KZ Neuengamme, dort umgekommen.

Michaelis, Hermann

Geb. 12.12.1886, gest. 1945. Geschäftsführer des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes in Eilenburg/Sachsen von 1921 bis 1933 sowie Vorstandsmitglied im Ortskartell Eilenburg des ADGB. Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Eilenburg für die SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen eingewiesen, dort an den Haftfolgen gestorben.

Mois, (Ludwig) Peter

Geb. 12.2.1876, gest. 1945. Trat 1901 dem Buchdruckerverband bei, war bis 1910 zeitweilig Vorstandsmitglied des Ortsverbandes Köln. Von 1920 bis 1933 Sekretär beim Ortsausschuss Köln des ADGB. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler Mitte September 1944 verhaftet, inhaftiert im KZ Durchgangslager Köln-Deutz, im November ins KZ Sachsenhausen deportiert, starb auf dem Transport ins KZ Bergen-Belsen.

Müller, Josef

Geb. 23.3.1876, gest. Februar 1945. Sekretär des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Aachen. Nach 1933 mehrere Verhaftungen und Aufenthalte als »Schutzhäftling« in Aachener Gefängnissen und im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet, als »politischer Staatsfeind« ins KZ Sachsenhausen gebracht und im Februar 1945 ins KZ Bergen-Belsen deportiert, dort verstorben.

Prälat Dr. Otto Müller

Geb. 9.12.1870, gest. 12.10.1944. Wurde 1896 Direktor der katholischen Arbeitervereine und vier Jahre später Generalsekretär der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln und 1906 Diözesanpräses der Katholischen Arbeiter-Bewegung (KAB) im Erzbistum Köln, später Verbandspräsident der westdeutschen KAB. Hatte Kontakte zur Widerstandsgruppe um Carl Friedrich Goerdeler. Nach dem Attentat auf Hitler versteckte er sich im Kloster Olpe, wurde dort am 18.9.1944 verhaftet und im Gefängnis Berlin-Tegel inhaftiert. Er starb im Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin.

Müller, Wilhelm

Geb. 23.12.1890, gest. 16.11.1944. Nach dem Ersten Weltkrieg zunächst Spartakusbund, dann KPD, wechselte im Januar 1922 zur SPD, war 1929 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Mülheimer Stadtverordnetenversammlung. Betriebsratsvorsitzender bei Thyssen und Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Mülheim. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen eingewiesen, später ins KZ Neuengamme, dort an den Haftfolgen gestorben.

Münchow, Karl

Geb. 20.9.1888, gest. 10.12.1939. Mitglied im Zentralverband der Zimmerer, Vorstandmitglied im Ortskartell Nauen des ADGB. Mitglied im Deutschen Baugewerksbund und der KPD. Im Juli 1933 verhaftet und ins KZ Oranienburg eingeliefert und im August 1933 nach Velten entlassen. Die Umstände seines Todes sind unbekannt.

N

Nause, Franz

Geb. 15.2.1903, gest. 20.3.1943. Ab 1919 Mitglied im Verband der Fabrikarbeiter Deutschland und SPD sowie der Sozialistischen Arbeiterjugend. Mitglied der Widerstandsgruppe »Sozialistische Front«. 1936 verhaftet und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« im September 1936 vom Volksgerichtshof verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg-Görden gestorben.

Nida, Peter

Geb. 10.1.1884, gest. 6.3.1945. Seit 1900 gewerkschaftlich aktiv in Frankfurt am Main und 1911 in die SPD eingetreten. Nach 1919 Gewerkschaftssekretär des Fabrikarbeiterverbands, von 1923 bis 1933 Leiter der Geschäftsstelle des Verbandes in Höchst. Ab 1929 Kreistagsabgeordneter des Main-Taunus-Kreises für die SPD. Im Juni/August 1933 in »Schutzhaft«, wegen Verteilung der SPD Zeitschrift »Sozialistische Aktion« 1935 verhaftet und verurteilt wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens«. Nach Entlassung 1941 erneut verhaftet und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt, inhaftiert bis Juli 1944. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Dachau überführt, dort an den Folgen der Haft verstorben.

Niesner, Karl

Geb. 23.4.1883, gest. 8.11.1944. Trat 1899 in die Vorläuferorganisation des Deutschen Baugewerksbundes ein. 1920 wurde er zum Vorsitzenden seiner Gewerkschaft im Gewerkschaftskartell Meißen gewählt, diese Position hatte er bis 1933 inne. Von 1924 bis 1926 war er Stadtverordneter für die SPD und bis 1933 unbesoldeter Stadtrat. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen überführt, starb dort an den Haftfolgen.

Nimmerfall, Hans

Geb. 25.10.1872, gest. 20.8.1934. Von 1898 bis 1902 ehrenamtlicher Gauvorstand des Holzarbeiterverbandes in München. 1906 bis 1911 Gemeindevollmächtiger, 1908 bis 1933 SPD-Bezirkssekretär für Südbayern in München. Von 1912 bis 1920 und 1924 bis 1928 Abgeordneter des Bayerischen Landtags sowie 1919 bis 1933 Stadtrat in Pasing. April/Mai 1933 wegen »Verdachts des Hochverrats« im Polizeigefängnis München und Gefängnis Neudeck inhaftiert. Im Juni 1933 erneut verhaftet und ins KZ Dachau deportiert, dort aufgrund der Misshandlungen verstorben.

Nolan, Karl

Geb. 1.1.1891, gest. 31.10.1937. Trat 1919 in den Deutschen Textilarbeiterverband ein, wurde Fachleiter, engagierte sich in der Roten Hilfe, war ab 1932 Mitglied der KPD in Augsburg. Wurde 1932 wegen Wehrkraftzersetzung verurteilt. Nach seiner Entlassung 1934 verhaftet und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt. Nach der Gefängnishaft ins KZ Dachau eingeliefert, dort umgekommen.

O

Ohlendorf, Willi

Geb. 23.4.1901, gest. 26.11.1944. Vorsitzender des Bunds der technischen Angestellten und Beamten im Raum Bobingen. Wegen seiner Mitgliedschaft im »Internationalen Sozialistischen Kampfbund« wurde er 1939 vor dem Volksgerichtshof in München zu Zuchthaus mit Zwangsarbeit verurteilt. Nach seiner Haftzeit kam er als »Schutzhäftling« über das KZ Dachau nach Gandersheim-Brunshausen, einem Außenlager des KZs Buchenwald, starb dort an den Folgen der Haft.

Otter, Karl

Geb. 27.4.1883, gest. 1945. Von 1909 bis 1913 Mitglied im Vorstand der SPD-Wahlorganisation in Recklinghausen. Von 1913 bis 1915 Angestellter des Verbands der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum. Nach Kriegsende schloss er sich der USPD an, später wieder SPD. Sekretär beim Hauptvorstand des Verbands der Bergarbeiter Deutschlands/Verband der Bergbauindustriearbeiter in Bochum von 1918 bis 1933. Abgeordneter im Preußischen Landtag von 1927 bis 1932 für die SPD. 1934 festgenommen und für längere Zeit inhaftiert. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht, starb vermutlich im Frühjahr 1945 auf dem Transport ins KZ Bergen-Belsen.

P

Panke, Wilhelm

Geb. 1889, gest. 14.8.1944. Sekretär des Deutschen Werkmeisterverbandes in Ahlen. Im Januar 1944 wegen Wehrkraftzersetzung verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Pierkes, Karl

Geb. 7.11.1885, gest. April 1945. Vor dem Ersten Weltkrieg gewerkschaftlich aktiv, trat im Dezember 1914 der SPD bei und gründete 1916 den Ortverein Siegburg. Ab 1924 Betriebsrat bei den Klöckner-Werken in Troisdorf und Mitglied der Ortsverwaltung Siegburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbands. Von Oktober 1930 bis 1933 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Siegburg. Nach 1933 mehrfach verhaftet und vorübergehend inhaftiert. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet, inhaftiert im KZ Durchgangslager Köln-Deutz, im November ins KZ Sachsenhausen deportiert, wurde vermutlich auf dem Transport von der anrückenden Roten Armee erschossen.

Pikard, Emil

Geb. 22.5.1876, gest. 15.5.1933. Sekretär des Verbandes der Heizer und Maschinisten Deutschlands in Köln. Abgeordneter des Rheinischen Provinziallandtages 1926 für die SPD. Vor der drohenden zweiten Verhaftung 1933 beging er Selbstmord.

Piontek, Isedor

Geb. 1.7.1890, gest. 22.10.1939. Ab 1919 Mitglied in Deutschen Metallarbeiter-Verband und Betriebsrat der Zinkhütte AG in Hamborn/Duisburg von 1925 bis 1929. 1925 trat er in die KPD ein, 1929 Unterbezirksleiter in Hamborn, 1932 Leitung der RGO Ruhrgebiet. 1932 Abgeordneter der KPD im Preußischen Landtag. Von Mai 1933 bis 1934 in »Schutzhaft« im KZ Esterwegen. 1937 erneut verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht, wo er angeblich an Lungenentzündung starb.

Plöger, Heiko

Geb. 12.7.1898, gest. 16.9.1944. Wurde 1928 Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der SPD in Herford. Wegen illegaler Arbeit gemeinsam mit Kommunisten wegen Abhörens von ausländischen Rundfunksendern im Januar 1944 verhaftet und vom Oberlandesgericht Hamm wegen »Hochverrats« zum Tode verurteilt und in Dortmund hingerichtet.

Puchta, Friedrich (Fritz)



Geb. 24.11.1883, gest. 17.5.1945. 1903 Eintritt in den Textilarbeiterverband und die SPD. 1908 Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung in Bayreuth. Während des Krieges schloss er sich der USPD an. 1919 Stadtverordneter in Plauen, Abgeordneter des Reichstags von 1920 bis 1924 anfänglich für die USPD, ab 1922 für die SPD und von 1928 bis 1933. Von März bis Juni 1933 in »Schutzhaft«. Wegen Widerstandstätigkeit 1935 erneut verhaftet, wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt, 1938 aus der Haft entlassen. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Dachau gebracht, blieb dort bis zur Befreiung. An den Folgen der KZ-Haft in einem Krankenhaus in München-Schwabing gestorben.

R

Raabe, Walter Eugen Heinrich

Geb. 20.1.1882, gest. 24.4.1941. Ab 1908 Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Kiel. Im November 1933 und März 1938 für kurze Zeit »Schutzhäftling« im Polizeigefängnis Kiel. November/Dezember 1938 erneut verhaftet wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«. Nach Beendigung seiner Haft im

März 1941 ins KZ Sachsenhausen verschleppt, dort an den Folgen der Haft gestorben.

Ransenberg, Robert

Geb. 29.5.1876, gest. 1942 (?). Seit 1898 jüdisches Mitglied der SPD und seit 1899 in verschiedenen Vertrauenspositionen der Buchdruckergewerkschaft tätig. 1911 Mitglied im Kölner Kartell der freien Gewerkschaften und von 1924 bis 1933 Vorsitzender des ADGB Köln. 1919 bis 1933 Mitglied der Kölner Stadtverordnetenversammlung für die SPD. Im Dezember 1941 wurden er und seine Familie im KZ Durchgangslager Köln-Deutz inhaftiert, daraufhin ins KZ Treblinka gebracht und dort ermordet. Das Todesdatum ist unbekannt.

Rehschuh, Otto

Geb. 13.3.1891, gest. 1945. Trat 1907 dem Deutschen Eisenbahner Verband (Vorläufer des Einheitsverbands der Eisenbahner Deutschlands) und 1910 der SPD bei. Im Februar 1920 wurde er Sekretär und im Januar 1923 Geschäftsführer der Ortsgruppe Dresden der Eisenbahnergewerkschaft. Bis 1933 auch Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes in Dresden, Gauleiter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Nach 1933 mehrfach verhaftet und inhaftiert. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 26. Juli 1944 verhaftet und vom Dresdner Polizeigefängnis ins KZ Sachsenhausen gebracht. Anschließend ins KZ Neuengamme, wo er als Minenräumer in der Nordsee oder auf der »Cap Arcona« den Tod fand.

Reiter, Georg

Geb. 27.5.1887, gest. 1.3.1936. Bezirksleiter des Deutschen Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes in Köln. 1936 verhaftet und in der Untersuchungshaft in Recklinghausen zu Tode geprügelt.

Rentmeister, Emil

Geb. 1905, gest. 2.5.1933. Ab 1927 ehrenamtlicher Helfer und Schriftführer beim Zentralverband der Angestellten, bei den Naturfreunden, der Deutschen Friedensgesellschaft, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Eisernen Front in Duisburg. Am 2.5.1933 im Gewerkschaftshaus ermordet und im Wald bei Dinslaken verscharrt.

Reuser, Georg

Geb. 17.4.1878, gest. 1945(?). Sekretär im Baugewerksbund, später Vorsitzender des ADGB Ortsausschuss Flensburg. Mitglied im Flensburger Stadtparlament für die SPD. Seit 1933 unter andauernder Polizeiaufsicht gestellt, mehrfach als »Schutzhäftling« inhaftiert. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme (?) verschleppt, dort umgekommen.

Richter, Friedrich

Geb. 16.7.1887, gest. 26.1.1940. Zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn schloss er sich 1906 der SPD an. Nach 1919 bis 1933 Sekretär des Verbands der Gemeinde und Staatsarbeiter/Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs in Kiel. Ende 20er Jahre Stadtverordneter in Kiel für die SPD. 1937 verhaftet und wegen »Hochverrats« verurteilt, bis Januar 1939 im Gerichtsgefängnis Kiel, anschließend ins KZ Sachsenhausen transportiert, dort an den Haftfolgen gestorben.

Richter, Max



Geb. 16.9.1881, gest. 3.5.1934. Trat 1900 der SPD und den freien Gewerkschaften bei, war von 1906 bis 1911 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Metzingen, anschließend bis 1933 Geschäftsführer des Deutschen Lederarbeiterverbandes und Vorsitzender des ADGB-Ortsausschusses in Neumünster. Von 1921 bis 1924 Mitglied des Preußischen Landtages, seit 1924 Reichstagsabgeordneter für die SPD. 1943 kurzfristig in Haft im Polizeigefängnis Berlin Alexanderplatz. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 26. August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme gebracht und Ende April 1945 mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona« gebracht, die von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

Rodenstock, Michael

Geb. 11.3.1885, gest. 3.5.1933. Ab 1906 Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband und der SPD in Duisburg. Wechselte 1917 in die USPD, 1919 zur KPD, engagierte sich in der Stadtverordnetenversammlung, kehrte 1925 zur SPD zurück und wurde später Vorsitzender des Ortsvereins. Ab 1923 als Sekretär des

Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in Duisburg tätig. Am 2.5.1933 wurde er verhaftet und starb im Keller des Gewerkschaftshauses an den Folgen der schweren Misshandlungen durch die SA.

Roßburg, August Heinrich

Geb. 1.5.1881, gest. 19.1.1945. War ab 1905 gewerkschaftlich aktiv, trat in die SPD ein und war von 1920 bis 1924 Stadtverordneter der SPD Neustadt/Holstein. Während der Weimarer Republik Delegierter und Vertrauensmann des Fabrikarbeiterverbandes in Neustadt/Holstein. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und als »Schutzhäftling« ins KZ Neuengamme gebracht, wo er angeblich an einer Darmerkrankung starb.

Roters, Heinrich

Geb. 24.120.1883, gest. 1945. Seit seiner Jugend politisch aktiv in der SPD und übte ab 1922 verschiedene Funktionen aus. Von 1924 bis 1933 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Rheine. Mitglied im Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Im Januar 1933 als Vertreter des ADGB in den Betriebsrat der städtischen Betriebe Rheine gewählt. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im Juli 1944 verhaftet und über Hiltrup und Hamm im September 1944 ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Im Februar 1945 ins KZ Buchenwald überführt, dort an den Haftfolgen gestorben.

Ruggaber, Karl

Geb. 12.4.1887, gest. 23.1.1936. Von 1907 bis 1911 Vorstandsmitglied des württembergischen Metallarbeiter-Verbandes, 1909 bis 1911 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Ravensburg. Ab 1910 bis 1933 hauptamtlicher Parteisekretär der SPD in Ulm und Schwenningen am Neckar. Von 1919 bis 1933 Abgeordneter des Württembergischen Landtags. März 1933 in »Schutzhaft« genommen, bis Oktober 1933 im KZ Heuberg interniert. Er starb an den Folgen der Haft.

Ruser, Georg

Geb. 17.4.1878, gest. 1945(?). Vorstandsmitglied des Baugewerksbundes und Vorsitzender des ADGB Flensburg. Abgeordneter im Stadtparlament für die SPD. Stand seit 1933 unter andauernder Polizeiaufsicht. Im Zusammenhang mit dem

Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und vermutlich ins KZ Neuengamme verschleppt, dort umgekommen.

S

Sandther, Augustin

Geb. 8.8.1893, gest. 11.10.1944. Ab 1911 Gewerkschaftsmitglied im Verband der Bäcker und Konditoren in München. 1918 in die KPD eingetreten, Verteidiger der Bayerischen Räterepublik, bis 1921 Vorsitzender des Arbeiterrates der Bayerischen Motorenwerke. Hauptamtlicher Parteisekretär der KPD. 1932/33 Abgeordneter im Preußischen Landtag. April 1933 verhaftet und verurteilt. Nach Haftbeendigung 1937 ins KZ Sachsenhausen deportiert. Mit anderen politischen Häftlingen von SS-Männern in der »Genickschussanlage« erschossen.

Sauer, Fritz

Geb. 27.5.1884, gest. 30.4.1945. Trat 1909 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) und der SPD bei. Mai 1921 Geschäftsführer des DMV in Arten/Thüringen. Verschiedene Funktionen innerhalb des SPD-Unterbezirks, außerdem Stadtverordneter und Mitglied des Kreistages. 1929 DMV-Geschäftsführer für Hettstedt und den Mansfelder Gebirgskreis. Beteiligt an dem Aufbau und der Arbeit einer illegalen SPD-Gruppe in Hettstedt. 1937 verhaftet und verurteilt wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Umsturzes«. Einen Tag nach Haftverbüßung ins KZ Sachsenhausen eingeliefert. Im Januar 1945 ins KZ Bergen-Belsen verlegt, dort an Typhus gestorben.

Scharfschwert, Otto sen.

Geb. 20.1.1887, gest. 4. oder 5.5.1943. 1909 Mitglied der SPD und Vorsitzender des Ortsverbands Hohen-Neuendorf bei Berlin. Seit 1912 im Verein deutscher Lokführer. 1919 in den Vorstand der Gewerkschaft Deutscher Lokführer gewählt, bald darauf hauptamtlicher Sekretär und 2. Vorsitzender. Seit 1929 Mitglied des Kreistages Niederbarnim für die SPD. 1933 gemeinsam mit seinem Sohn verhaftet und fünf Wochen in »Schutzhaft« im KZ Oranienburg. Anschließend Kontakte zu Berliner Widerständlern. 1937 verhaftet und wegen »Hochverrats« verurteilt und von der Gestapo ins KZ Sachsenhausen verschleppt und musste im berüchtigten Außenlager Klinkerwerk arbeiten. Die Todesursache und die Umstände sind ungeklärt.

Scheinhardt, Willy

Geb. 10.1.1892, gest. 6.10.1936. Trat 1908 einer Gewerkschaft bei, 1910 in Bitterfeld der SPD. 1919 Sekretär des Verbandes der Fabrikarbeiter in Hamburg, 1925 zum Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes in Hannover berufen. Bei der Besetzung des Gewerkschaftshauses in Hannover am 1.4.1933 mit anderen Gewerkschaftern verhaftet und in Haft gehalten. Nach Entlassung Mitarbeit in der Widerstandsgruppe »Sozialistische Front«. 1936 wegen »Hochverrats« verhaftet und im Gestapo-Gefängnis in Hildesheim an den Misshandlungen gestorben.

Schiefelbein, Gustav

Geb. 2.6.1889, gest. 3.5.1945. Trat von der USPD in die KPD über. Betriebsratsvorsitzender AEG in Henningsdorf. Bezirksverordneter Berlin-Prenzlauer Berg für die KPD. Ab 1926 Leiter Rotfrontkämpferbund in Sachsen. 1933 verhaftet und bis 1935 im KZ Sonnenburg interniert. Wegen Kontakts zu sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern 1943 verhaftet und ins KZ Neuengamme verschleppt. Ende April 1945 mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona« gebracht, die von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

Schiffbauer, Gustav

Geb. 23.11.1876. gest. 1945. Trat vor dem Ersten Weltkrieg dem Metallarbeiter-Verband und der SPD bei. Langjähriges Betriebsratsmitglied im Walzwerk Reusch in Hoffnungsthal/Rösrath. 1918 in die USPD gewechselt, 1919 Mitglied des Rösrather Gemeinderats. 1920 Gründer der KPD-Ortsgruppe Hoffnungsthal. Nach dem Reichstagsbrand im März 1933 für zwei Monate im Kölner Polizeigefängnis in »Schutzhaft«. 1935 erneut verhaftet wegen illegaler Arbeit für die KPD, verurteilt wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, bis 1937 im Zuchthaus Siegburg. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 26. August 1944 verhaftet, inhaftiert im KZ Durchgangslager Köln-Deutz, anschließend ins KZ Sachsenhausen deportiert, hier verliert sich seine Spur.

Schlegel, Heinrich

Geb. 30.3.1874, gest. 2.12.1938. Vorstandsmitglied im Deutschen Verkehrsbund Rendsburg und dessen Vertreter im ADGB-Ortsausschuss Rendsburg. Mitglied der KPD. 1933 für sechs Monate in »Schutzhaft«, erneute Verhaftungen 1934 und 1936. Verurteilt wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« 1937. Nach der Haft im

Zuchthaus Fuhlsbüttel »Schutzhäftling« im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel, anschließend ins KZ Sachsenhausen deportiert, starb dort an »Konfexie bei Leberkrebs«.

Schlesinger, Ernst

Geb. 12.12.1865, gest. 21.9.1942. Syndikus der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger in Berlin. Ab 1933 Berufsverbot. Ins KZ Theresienstadt deportiert, dort umgebracht.

Schlösser, (Jean) Johann

Geb. 4.1.1876, gest. 2.5.1933. Gewerkschaftssekretär beim Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) in Viersen, übernahm später die Verwaltungsstelle Duisburg des DMV, wurde Mitte der 20er Jahre 2. Bevollmächtigter. Er wurde mit anderen Gewerkschaftern im Keller des Duisburger Gewerkschaftshauses durch die SA ermordet.

Schmaus, Hans (Johannes)

Geb. 5.12.1879, gest. 22.6.1933. Ab 1905 Vorsitzender des Zentralverbands der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands in München, ab 1913 hauptamtlicher Sekretär des Deutschen Landarbeiterverbandes in Mainz und 1920 Sekretär im Hauptvorstand der Gewerkschaft in Berlin. Mitglied der SPD, leitete ab 1930 die Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Berlin-Köpenick. Im Juni 1933 bei einem SA-Überfall in Berlin-Köpenick ermordet.

Schmetzer, Valentin

Geb. 1877, gest. 25.4.1937. War Bezirksleiter der Gemeinde und des Staatsarbeiterverbandes für den Bezirk Brandenburg-Grenzmark. Ab Herbst 1932 Bezirksleiter des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs in Hessen. Mitglied der SPD. Wurde 1935 wegen »politischer Umtriebe« verhaftet, zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zuchthaus Butzbach umgekommen.

Schmidt, Martin

Geb. 18.3.1895, gest. 19.12.1939. Gründete 1925 die Reichgewerkschaft der Kommunalbeamten (RdK) in Luckenwalde und war Vorsitzender des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Ab 1927 Provinzialvorsitzender des RdK von Brandenburg. Ab 1929 Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender der

SPD im Stadtparlament Luckenwalde. Im Juni 1933 kam er in »Schutzhaft« und wurde bis August 1933 im KZ Oranienburg inhaftiert. Starb an den Folgen einer Operation, die aus den gesundheitlichen Schäden durch die KZ-Haft resultierte.

Schnabrich, Michael



Geb. 6.8.1880, gest. 9.10.1939. Vor dem Ersten Weltkrieg Gewerkschaftssekretär des Zentralverbandes der Schumacher Deutschlands in Wermelskirchen und Frankfurt am Main. Ab 1920 hauptamtlicher SPD-Funktionär in Bad Hersfeld, Stadtverordneter von Hanau und Bad Hersfeld, Abgeordneter des Kommunallandtages in Kassel, Mitglied Provinziallandtages Hessen-Nassau, Mitglied des Preußischen Staatsrates, ab 1924 Abgeordneter des Reichtages. Im April 1933 sechs Wochen »Schutzhaft« im Kasseler Polizeipräsidium. Am 1.9.1939 durch Gestapo in Kassel festgenommen, zunächst Polizeigefängnis Kassel. Mitte September mit Sammeltransport in das KZ Sachsenhausen überführt als »Schutzhäftling«, dort an den Folgen der schweren Misshandlungen gestorben.

Schneider, Matthäus

Geb. 15.11.1877, gest. 29.9.1944. Ab 1900 Mitglied im Zentralverband der deutschen Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen in Kulmbach, ab 1911 bis 1933 Geschäftsführer des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbands, Kulmbach, 1919/1920 auch Vorsitzender des Gewerkschaftskartells bzw. Ortsausschusses des ADGB Kulmbach. Ab 1910 SPD-Mitglied, zeitweise deren Vorsitzender in Kulmbach, Mitglied im Gemeinderat und Stadtrat von Kulmbach sowie im Bayerischen Landtag 1919/1920. Im März 1933 mehrere Monate »Schutzhaft« in Kulmbach und ein Jahr unter Hausarrest. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 in Bayreuth verhaftet, ins KZ Dachau überführt, dort an den Misshandlungen gestorben.

Schneppenhorst, Ernst

Geb. 19.4.1881, gest. 24.4.1945. Von 1908 bis 1918 Geschäftsführer des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Nürnberg, Mitglied der SPD, Vorsitzender des Unterbezirks Nürnberg, Bayerischer Landtagsabgeordneter von 1912 bis 1920 und Reichstagsabgeordneter 1932/1933. Nach 1933 Verbindung zu Wilhelm Leuschner. 1938

verhaftet, vorübergehend im Polizeigefängnis Nürnberg inhaftiert, beteiligte sich in den folgenden Jahren an dem Aufbau gewerkschaftlicher Widerstandsgruppen um Wilhelm Leuschner. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 in Bayreuth verhaftet und in das Berliner Gefängnis Lehrter Straße gebracht, dort zusammen mit anderen von einem Sonderkommando der SS ermordet.

Scholz, Willy

Geb. 22.10.1889, gest. 22.2.1945. Trat 1908 dem Deutschen Hutarbeiter-Verband in Luckenwalde bei und zwei Jahre später der SPD. 1918 Mitbegründer der USPD Ortsgruppe in Luckenwalde, schloss sich 1921 der KPD an. Stadtverordneter von Luckenwalde 1924 bis 1933 und Kreistagsabgeordneter ab 1929. War 1926/1927 Betriebsrat in einer der größten Hutfabriken Deutschlands in Luckenwalde. 1933 für zwei Monate »Schutzhäftling« im KZ Oranienburg, anschließend wegen »Landes- und Hochverrat« zwei Jahre in der Haftanstalt Berlin-Lichterfelde. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler 1944 verhaftet, wurde zur Gestapo-Leitstelle Potsdam gebracht, anschließend ins KZ Sachsenhausen und im Januar 1945 ins KZ Bergen-Belsen verlegt, dort ermordet.

Schrader, Ernst

Geb. 3.3.1877, gest. 13.7.1936. Ab 1913 stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung Berliner Schutzleute, 1917 bis 1932 Vorsitzender des Verbands der Kameradenvereine in Berlin/Verband der königlichen Schutzmannschaften Preußens, dem 1919 gegründeten Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands im Deutschen Beamtenbund. Ab 1930 Sekretär der Fédération Internationale der Fonctionaires de Police. Ab August 1933 fünfmonatige »Schutzhaft« im KZ Oranienburg. Er starb an den Folgen einer Krebserkrankung.

Schröder, Willi

Geb. 9.2.1897, gest. 27.10.1944. Trat 1918 in die USPD ein, setzte seine Parteiarbeit 1921 in der KPD fort. 1919 Vertrauensmann bei der Reichsbahn in Rostock, 1922/1923 Bezirksbetriebsrat der Reichsbahndirektion Schwerin und Vorstandsmitglied des Deutschen Eisenbahnerverband Rostock. Stadtverordneter in Rostock und Landtagsabgeordneter Mecklenburg-Schwerin für die KPD von 1927 bis 1933. September 1933 verhaftet und 1935 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach

Haftverbüßung ins KZ Sachsenhausen gebracht, dort an den Misshandlungen gestorben.

Schulenburg, Gustav

Geb. 7.9.1874, gest. 20.12.1944. Vor dem Ersten Weltkrieg Sekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) in Straßburg sowie Vorsitzender des Landesgewerkschaftsausschusses Elsass-Lothringen 1906 bis 1918. Von 1919 bis 1933 Bevollmächtigter des DMV in Karlsruhe. Nach 1933 Sekretär des Französischen Metallarbeiterverbands Mülhausen/Elsass bis 1937. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Dachau gebracht, dort umgekommen.

Schumann, Otto

Geb. 5.11.1888, gest. 3.5.1945. Schloss sich 1907 der SPD an, ein Jahr später als Former bei Blohm & Voss, der Gewerkschaft der Former und Gießereiarbeiter, an. Nach Kriegsende Sekretär beim Deutschen Metallarbeiter-Verband in Hamburg und 1924 Gründungsmitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Von 1931 bis 1933 war er Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft. Nach 1933 illegale Widerstandsarbeit, November 1934 verhaftet und verurteilt wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«. Nach Haftverbüßung 1936 einige Monate in »Schutzhaft«. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 24. August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme verschleppt. Ende April 1945 mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona« gebracht, die von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

Senger, Friedrich

Geb. 3.8.1886, gest. 3.8.1936. Nach dem Ersten Weltkrieg trat er der SPD und den freien Gewerkschaften bei. War Betriebsrat, später Betriebsratsvorsitzender der Barmer Berg- und Straßenbahn und Mitglied im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs bis 1933. Von 1931 bis 1933 als Nachrücker in den Wuppertaler Stadtrat für die SPD eingezogen. August 1933 verhaftet, ins KZ Kemna gebracht und im Oktober ins KZ Neusustrum zur Zwangsarbeit gebracht bis März 1934. Ende Juli 1936 von der Gestapo verhaftet, ins Gefängnis in der von-der-Heydts-Gasse (Wuppertal) gebracht. Vier Tage später beging er in der Haft Selbstmord.

Sellheim, Max

Geb. 26.6.1883, gest. 3.5.1945. Von 1905 bis 1922 war er Mitglied im Verband der Maler, Lackierer, Tüncher und Weißbinder. 1923 bis 1925 Gesamtbetriebsrat bei Siemens-Halske in Berlin, Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband. 1918 Eintritt in die USPD, wechselte 1920 in die KPD. Bezirksverordneter in Berlin-Kreuzberg ab 1920, Berliner Stadtverordneter 1923 bis 1929 und Abgeordneter des Preußischen Landtages von 1924 bis 1928 für die KPD. Nach 1933 illegale KPD Arbeit. 1936 verhaftet, 1937 verurteilt, nach seiner Haft im Zuchthaus Brandenburg-Görden 1941 dem KZ Sachsenhausen überstellt. Umstände seines Todes widersprüchlich: entweder durch Erschießen im KZ Sachsenhausen oder auf dem Todesmarsch in Richtung Schwerin gestorben.

Siems, Heinrich

Geb. 24.12.1877, gest. Frühjahr 1945. Von Juni 1904 Mitglied in der SPD, ab 1918 Geschäftsführer der AOK Langelsheim. 1917 Eintritt in die USPD, ab 1922 wieder SPD. Von 1920 bis 1933 war er ununterbrochen Mitglied des Braunschweiger Landtags. Vermutlich ab 1915 Vorsitzender der Filiale des Fabrikarbeiterverbandes in Langelsheim, später wechselte er zum Zentralverband der Angestellten. Im August 1938 bei einer Verhaftungswelle gegen eine Widerstandsgruppe der SPD festgenommen und im Februar 1939 freigelassen. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verschleppt, anschließend ins KZ Bergen-Belsen weitertransportiert. Er starb an den Folgen der Haft.

Soldmann, Fritz



Geb. 8.3.1878, gest. 31.5.1945. Vorsitzender des Zentralverbands der Schumacher Deutschlands und Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Schweinfurt 1905 bis 1909, anschließend bis 1919 Arbeitersekretär und von 1924 bis 1933 in Schweinfurt. Von 1919 bis 1933 Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister von Schweinfurt. Abgeordneter des Reichstags 1920 bis 1924 und ab 1932 des Bayerischen Landtags, 1932 für die SPD. März bis August 1934 »Schutzhaft« im KZ Dachau. 1936 verhaftet und angeklagt wegen Hochverrats und

Verächtlichmachung der Reichsregierung, Sondergericht Bamberg hob Haftbefehl auf. Im Rahmen der Kriegs-Sonderaktion im September 1939 erneut verhaftet, für vier Monate »Schutzhäftling« im KZ Sachsenhausen. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 22. Juli 1944 verhaftet und über die Gefängnisse Nordhausen und Erfurt ins KZ Buchenwald eingeliefert. Er starb wenige Wochen nach der Befreiung des KZs an den Folgen der Haft.

Sommer, Emil

Geb. 23.6.1882, gest. 18.5.1937. Besuchte die Gewerkschaftsschule in Berlin, wurde 1919 Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB. 1917 trat er der USPD bei, wechselte 1922 in die SPD. Ab 1919 Mitglied der Bremer Bürgerschaft, 1928 bis 1933 Senator für Wohnungswesen in Bremen. Im April 1933 mit anderen Gewerkschaftsvorsitzenden wegen »finanziellen Verfehlungen« verhaftet, im August 1933 aus der Haft entlassen. Anschließend nicht mehr politisch aktiv. Seine Todesumstände sind unbekannt.

Staimer, Walter Josef

Geb. 19.10.1871, gest. 20.11.1941. Wurde 1905 Gewerkschaftssekretär des Fabrikarbeiterverbandes in München. 1894 Mitglied der SPD, trat 1917 der USDP bei, 1920 der KPD, später ausgetreten. Von 1922 bis 1933 hauptamtlicher Vorsitzender der Gewerkschaft der Heizer und Maschinisten sowie Berufsgenossen Deutschlands in Nürnberg. 1933 verhaftet und bis 1939 in »Schutzhaft« im KZ Dachau. 1941 erneute Verhaftung und ins KZ Dachau gebracht, anschließend ins KZ Flossenbürg, starb dort an den Folgen der Haft.

Steinbrecher, Gustav

Geb. 3.2.1876, gest. 30.1.1940. Von 1906 bis 1909 Mitglied im Gauvorstand Schlesien des Verbands der Buchdrucker. Ab 1910 bis 1919 Arbeitersekretär im Gewerkschaftskartell Braunschweig, anschließend Sekretär und von 1925 bis 1927 Vorsitzender des ADGB Braunschweig. 1917 Mitbegründer und Vorsitzender des Ortsvereins der MSPD. Von 1918 bis 1933 Abgeordneter im Braunschweiger Landtag und Minister. Konnte sich 1933 seiner Verhaftung durch Flucht nach Kopenhagen entziehen. 1935 in Hamburg verhaftet und in Braunschweig inhaftiert und bis 1939 im KZ Dachau, anschließend in das KZ Mauthausen verlegt. Die Zwangsarbeit in den Steinbrüchen und eine Ruhrerkrankung führten zu seinem Tod.

Stenzer, Franz



Geb. 9.6.1900, gest. 22.8.1933. Ab 1922 Betriebsrat der Reichsbahn in München und Vorsitzender des Einheitsverbands der Eisenbahner Deutschlands in Pasing. Mitglied der KPD, ab 1929 Stadtrat in Pasing und 1932 Reichstagsabgeordneter. Mai 1933 verhaftet, im Polizeigefängnis München inhaftiert. Im Juni 1933 erneut verhaftet, ins KZ Dachau gebracht, dort nach schweren Misshandlungen gestorben.

Streiter, Georg

Geb. 14.12.1884, gest. Frühjahr 1945. Geschäftsführer des Gewerkvereins der Krankenpfleger, -pflegerinnen und verwandter Berufe Deutschlands, in Berlin ab 1903 und 1907 bis 1922 Vorsitzender des Hauptverbandes. 1922 bis 1933 Mitglied des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Berlin. Bezirksverordneter Prenzlauer Berg und Stadtverordneter Berlin von 1920 bis 1925, Abgeordneter des Reichstags von 1920 bis 1924 und des Preußischen Landtages von 1926 bis 1928 für die Deutsche Volkspartei (DVP). Im November 1944 verhaftet und ins KZ Ravensbrück verschleppt, vermutlich dort erschossen.

Streufert, August

Geb. 5.8.1887, gest. 27.12.1944. Ab 1908 Sekretär beim Deutschen Holzarbeiterverband in Stralsund, schloss sich der SPD an. Von 1919 bis 1933 Stadtverordneter in Stralsund und SPD-Fraktionsvorsitzender. Ab 1929 Abgeordneter des Provinziallandtags der Provinz Pommern und 1930 des Reichstags. Nach 1933 mehrfach verhaftet. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme verschleppt, dort an den Misshandlungen gestorben.

T

Teichgräber, Richard

Geb. 5.8.1884, gest. 25.2.1945. Ab 1918 Sekretär beim Deutschen Metallarbeiter-Verband in Leipzig, 1919 Zweiter Bevollmächtigter, 1920 Erster Bevollmächtigter und von 1925 bis 1933 Bezirksleiter in Leipzig. Aufsichtsratsvorsitzender des Volkshauses Leipzig. Von 1919 bis 1925 Stadtrat in Leipzig für die SPD. 1934

verhaftet und bis Dezember 1935 im KZ Sachsenhausen. Im Januar 1936 erneute Verhaftung, vom Volksgerichtshof 1937 wegen »Hochverrats« verurteilt. Nach Haftverbüßung »Schutzhäftling« in verschiedenen Konzentrationslagern: Buchenwald, Lublin, Ausschwitz und ab Januar 1945 Mauthausen, dort an den Haftfolgen gestorben.

Terres, Fritz

Geb. 2.11.1907, gest. 10.4.1945. Ab 1923 Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband, Jugendsekretär in Mülheim/Ruhr. 1925 Mitglied der Naturfreunde und der Sozialistischen Arbeiterjugend, trat 1927 in die SPD ein, ab 1931 Mitglied in der KPD. Stadtverordneter 1933 in Mülheim für die KPD. Vom August 1933 bis März 1943 »Schutzhaft« im KZ Börgermoor. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler erneut verhaftet und im September 1944 ins KZ Sachsenhausen verschleppt, dort ermordet.

Tesch, Johanna



Geb. 24.3.1875, gest. 13.3.1945. Ab 1906 Vorsitzende der Ortsgruppe Frankfurt am Main des Zentralverbands der Haus- und Büroangestellten Deutschlands, trat 1909 in die SPD ein. 1919 Abgeordnete der Deutschen Nationalversammlung und 1920 bis 1924 Reichstagsabgeordnete für die SPD. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler am 22. August verhaftet und ins KZ Ravensbrück verschleppt, dort an den Haftfolgen gestorben.

Thesen, Mathias

Geb. 20.4.1891, gest. 11,10,1944. Nach dem Ersten Weltkrieg bis 1924 Vertrauensmann, später Betriebsrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Duisburg. Von 1924 bis 1928 Stadtverordneter in Hamborn und 1928 bis 1933 Reichstagsabgeordneter der KPD. September 1933 verhaftet, KZ Fuhlsbüttel. 1935 vom Volksgerichtshof wegen »schwerer Urkundenfälschung und Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt, inhaftiert in den Zuchthäusern Oslebshausen/Bremen und Brandenburg-Goerden. Nach Haftverbüßung 1937 zunächst »Schutzhaft« im KZ Papenburg, anschließend KZ Sachsenhausen. 1939 erneute Verurteilung und über

die Zuchthäuser Vechta/Oldenburg, Hamburg-Fuhlsbüttel, Polizeigefängnis Bremen ins KZ Sachsenhausen überführt, dort an den Folgen der Haft gestorben.

Thiel, Karl

Geb. 5.5.1897, gest. 3.6.1940. Zahlstellenleiter des Verbandes der Glas- und Keramikarbeiter und -arbeiterinnen in der Tschechischen Republik, Teplitz-Schönau. Nach 1933 Anlaufstelle für deutsche Illegale. 1938 verhaftet und zum Reichsautobahnbau geschickt. 1939 erneute Verhaftung und im März 1940 als »Schutzhäftling« ins KZ Sachsenhausen gebracht, starb dort angeblich an »Coroinarsklerose«.

Theisen, Matthias

Geb. 30.1.1885, gest. 22.3.1933. Geschäftsführer der Zahlstelle des Baugewerksbundes in Braunschweig. Abgeordneter der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung für die KPD, wechselte 1929 in die SPD. Redakteur des sozialdemokratischen »Volksfreund«. Im März 1933 von SS-Mitgliedern in seiner Wohnung überfallen und ins besetzte Volkfreund-Haus der SPD gebracht, dort gefoltert und an den schweren Misshandlungen gestorben.

Trebe, Ella

Geb. 6.11.1902, gest. 11.8.1943. Trat 1922 in den Deutschen Metallarbeiter-Verband ein, wurde Vertrauensfrau in ihrem Betrieb. 1924 Eintritt in die KPD und aktiv in der RGO, Einheitsverband der Metallarbeiter Berlin. Bezirksverordnete Berlin-Wedding von 1919 bis 1933. Nach 1933 illegale Arbeit für die KPD. Im Mai 1943 verhaftet und nach zweimonatiger Haftzeit im KZ Sachsenhausen mit weiteren Gefangenen erschossen.

Trippel, Franz

Geb. 9.6.1865, gest. 13.10.1933. War Vorsitzender oder Hilfskassierer im Deutschen Textilarbeiterverband in Köln. 1933 verhaftet, »Schutzhäftling« im KZ Flossenbürg, dort umgekommen.

U

Uetzfeld, Heinrich

Geb. 22.7.1906, gest. 24.2.1941. Seit 1922 Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband in Berlin. 1925 SPD-Mitglied, wechselte 1931 zur Sozialistischen

Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Im Dezember 1933 verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Haftentlassung im März 1940 erneut verhaftet und in das KZ Dachau verbracht, dort an den erlittenen Folterungen gestorben.

V

Vallendor, Friedrich

Geb. 8.3.1880, Gest. 17.12.1944. Betriebsratsvorsitzender der Aluminiumwalzwerke Singen-Hohentwiel und stellvertretender Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Singen-Hohentwiel. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler am 22. August verhaftet und ins KZ Natzweiler und KZ Dachau verschleppt, dort an den Haftfolgen gestorben.

Verdieck, Willy (Wilhelm)

Geb. 25.5.1883, gest. 3.5.1945. Auf der Germania Werft in Kiel war er Vertrauensmann, Generalobmann, 2. Sekretär und von 1911 bis 1915 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Kiel. 1921 Vorsitzender des SPD-Bezirksverbands Schleswig-Holstein, Mitglied des Gauvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung von Kiel 1924 bis 1933 und Mitglied des Provinziallandtages in Schleswig. 1933 verhaftet und neun Monate im KZ Lichtenburg. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme verschleppt. Ende April 1945 mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona« gebracht, die von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

Voigt, Friedrich

Geb. 18.11.1882, gest. 3.3.1945. Geschäftsführer des Zentralverbands der Bauhilfsarbeiter Deutschlands in Kiel 1908, ab 1909 Vorsitzender des Verbands in Kiel bis 1913. Nach dem Ersten Weltkrieg Sekretär im Deutschen Bauarbeiterverband in Breslau. Stadtverordneter in Breslau und Reichstagsabgeordneter von 1920 bis 1924 für die SPD. Von März bis Dezember 1933 »Schutzhäftling« in den Konzentrationslagern Dürrgoy, Esterwegen und Lichtenburg. Enge Verbindungen zu Wilhelm Leuschner. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler am 22. Juli in Breslau verhaftet. Im Februar 1945 vom Volksgerichtshof wegen »Hochverrat« zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Voigt, Paul

Geb. 17.6.1876, gest. 15.12.1944. Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Salzungen von 1922 bis 1924. Von 1919 bis 1921 Vorsitzender der Gemeinderatsfraktion in Berlin-Buchholz. Seit 1921 Sekretär der SPD im Unterbezirk Meiningen des Bezirksverbands Groß Thüringen. Reichstagsabgeordneter von 1930 bis 1932, Stadtrat in Meinigen 1930 bis 1933. Im April 1936 verhaftet und im KZ Lichtenburg festgehalten, von 1937 bis 1939 »Schutzhaft« im KZ Buchenwald. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler verhaftet und von der Gestapo in Berlin ermordet.

Vosgerau, Richard

Geb. 18.5.1889, gest. 3.5.1945. Trat 1911 in den Deutschen Metallarbeiter-Verband und die SPD ein. Seit 1921 Sekretär des ADGB Eckernförde. Ab 1914 SPD Vorsitzender in Eckernförde, ab 1929 Gemeindevorsteher der Gemeinde Borby/Eckernförde. Von April bis September 1933 »Schutzhäftling« im Zuchthaus Rendsburg. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme verschleppt. Ende April 1945 mit anderen Häftlingen auf die »Cap Arcona« gebracht, die von britischen Flugzeugen in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

W

Wartenberg, Gerhard

Geb. 1.2.1904, gest. 22.12.1942. Ab 1922 Mitglied der Jugendorganisation der Freien-Arbeiter-Union-Deutschlands (FAUD), trat 1927 in Leipzig der FAUD und ihrem Angestelltenverband bei, gehörte 1932 zur Geschäftskommission der FAUD. Anfang 1935 kurzfristig verhaftet. Erneute Verhaftung 1937 und 1938 vom Volksgerichtshof wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt. Nach Beendigung der Haftzeit in den Zuchthäusern Waldheim, Zwickau und Wartenburg wurde er ins KZ Sachsenhausen überführt, dort an den Misshandlungen gestorben.

Weber, Fritz

Geb. 14.12.1894, gest. 30.8.1944. Gewerkschaftssekretär und Parteisekretär von 1918 bis 1920 in Danzig. Von 1920 bis zum Verbot der Zeitung 1936 Redakteur der »Volksstimme« in Danzig. Für die SPD war er 1924 bis 1927 Mitglied der

Danziger Stadtbürgerschaft, 1927 bis 1936 Abgeordneter im Landtag der Freien Stadt Danzig. Ab 1936 in Lübeck tätig. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme verschleppt, dort ermordet.

Weber, Heinrich

Geb. 11.9.1885, gest. 25.9.1944. Mitglied im Zentralverband der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen in Konstanz, nach 1919 zeitweise Vorstandsmitglied. Nach dem Ersten Weltkrieg trat er in die SPD ein und gehörte von 1924 bis 1933 dem Singener Bürgerausschuss an. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und in das KZ Natzweiler deportiert. Über das KZ Dachau kam er ins KZ Mauthausen, dort an den Misshandlungen gestorben.

Wegmann, Paul

Geb. 17.9.1889, gest. 4.4.1945. Schloss sich 1903 in Plauen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) und der SPD an, wechselte 1917 zur USPD. Obmann des DMV in Berlin bis 1918 und Mitglied der Branchenkommission der Dreher im DMV Berlin. Von 1922 bis 1924 Reichstagsabgeordneter für die USPD. Ab 1931 engagierte er sich in der SAP. Nach 1933 mehrfach verhaftet. Von 1938 bis 1940 »Schutzhäftling« im KZ Sachsenhausen. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler Ende August 1944 verhaftet, ins KZ Sachsenhausen und im Februar 1945 ins KZ Bergen-Belsen gebracht, dort an Flecktyphus gestorben.

Weimer, Jakob

Geb. 25.5.1887, gest. 21.11.1944. Sekretär im Deutschen Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Stuttgart von 1910 bis 1921, anschließend Bezirksleiter des ADGB für Württemberg, Hohenzollern, Baden und Pfalz. Von 1927 bis 1933 Abgeordneter der SPD im Landtag von Württemberg und 1933 in den Reichstag gewählt. Im Mai 1933 für zwei Monate »Schutzhäftling« im KZ Heuberg. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler wurde er im Juli 1944 als mutmaßlicher Mitverschwörer verhaftet, im Keller des Stuttgarter Robert-Bosch-Krankenhauses infolge der brutalen Verhöre der Gestapo gestorben.

Wegschneider, Hermann
Geb. 26.3.1880, gest. 15.5.1941. Nach dem Ersten Weltkrieg Vertrauensmann im Füssener Ortsverband des Deutschen Textilarbeiterverbands. Trat 1929 der KPD bei. Durch Denunziation im Juli 1939 wegen Vergehen gegen das »Heimtückegesetz« inhaftiert, ins KZ Sachsenhausen überstellt und bald darauf ins KZ Flossenbürg, dort an Misshandlungen gestorben.

Wengenroth, Albert
Geb. 16.5.1898, gest. 12.2.1945. Nach dem Ersten Weltkrieg Vorsitzender des Deutschen Eisenbahnerverband/Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands von 1919 bis 1933. Stadtrat in Westerburg von 1924 bis 1929 und 1933 sowie Abgeordneter des Kreistags Westerburg von 1929 bis 1932 für die SPD. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet, ins KZ Dachau verschleppt, dort an den Folgen der Haft gestorben.

Wesolek, Stanislaus
Geb. 10.9.1878, gest. 5.8.1943. Verschiedene Funktionen innerhalb des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Berlin. Ursprünglich Mitglied der SPD, trat 1919 zur KPD über. Nach 1933 Kontakte zu verschiedenen Widerstandsgruppen der KPD. Im Sommer 1942 verhaftet und zum Tode verurteilt wegen »Beihilfe zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und zur Spionage« (»Rote Kapelle«) und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Westermann, Hans
Geb. 17.7.1890, gest. 16.3.1935. Mitglied im Deutschen Textilarbeiterverband. Trat 1910 in die SPD ein, wechselte vom Spartakusbund zur USPD, schließlich zur KPD. Ab 1921 hauptamtlicher Parteisekretär, zuständig für Betriebsräteарbeit. Wurde 1930 aus der KPD ausgeschlossen, schloss sich der SAP an. Nach 1933 arbeitete er in der Illegalität. Zwischen Juni 1933 bis August 1934 in »Schutzhaft«. Anfang 1935 erneut verhaftet, im KZ Fuhlsbüttel ermordet.

Wiechmann, Hans
Geb. 30.4.1895, gest. 25.5.1937. Nach dem Ersten Weltkrieg Vorsitzender der Ortsverwaltung Danzig des Einheitsverbands der Eisenbahner Deutschlands, ab 1929 ehrenamtlicher Arbeitsrichter. Bis zum Verbot der SPD 1936 war er deren

Abgeordneter im Landtag der Freien Stadt Danzig. Nach einer Parteisitzung im Mai 1937 von der Gestapo verhaftet. Einen Monat später wurde seine Leiche in einem Sack an der Grenze zu Polen gefunden.

Wiedemann, Michael

Geb. 5.7.1897, gest. 10.8.1942. Vertrauensmann des Deutschen Holzarbeiterverbands in Augsburg. Vermutlich Mitglied der KPD Augsburg. März 1933 vorübergehend in »Schutzhaft«. Wegen Abhörens u. a. von Radio Moskau Ende 1936 verhaftet und ins KZ Dachau eingeliefert, dort an den Folgen der Haft gestorben.

Wienhold, Max

Geb. 23.11.1898, gest. 18.10.1944. Seit 1922 Sekretär beim Zentralverband der Angestellten in Hamm und Leiter des Gaus Westfalen des Reichsbunds der Kriegsgeschädigten. Ab 1929 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, später stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher in Hamm für die SPD. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler im August 1944 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verschleppt, dort verstorben.

Wiersich, Oswald

Geb. 1.9.1882, gest. 1.3.1945. Von 1912 bis 1923 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbands (DMV) in Breslau, anschließend bis 1933 Bezirkssekretär des ADGB in Schlesien, später Mitglied im Bundesvorstand des DMV. Für die SPD war er Stadtverordneter in Breslau und des Provinziallandtags Niederschlesien und wurde von diesem in den preußischen Staatsrat entsandt. Im März 1933 mehrwöchige »Schutzhaft«. Ab 1935 im gewerkschaftlichen Widerstand mit engem Kontakt zu Wilhelm Leuschner, koordinierte den gewerkschaftlichen Widerstand in Schlesien. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler als mutmaßlicher Mitverschwörer am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Groß-Rosen verschleppt. Am 25.2.1945 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Winkler, Emil

Geb. 7.5.1882, gest. 17.9.1933. Ab 1922 Vorstandsmitglied im Verband Preußischer Polizeibeamter, 1928 hauptamtlicher Sekretär der Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Polizeiverbände und 1930 Sekretär der Fédération Internationale des

Fonctionaires de Police in Berlin. Anfang September wurde er mit anderen Verbandsmitgliedern ins KZ Columbia-Haus verschleppt, dort ermordet.

Wirmer, Josef

Geb. 19.3.1901, gest. 8.9.1944. Ab 1927 Rechtsberater beim Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften in Berlin. Ab 1936 Kontakte zu den gewerkschaftlichen Widerstandskreisen um Jakob Kaiser und 1941 gehörte er zum Kreis um Carl Friedrich Goerdeler. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler als mutmaßlicher Mitverschwörer am 4. August 1944 verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Wirsching, Franz

Geb. 28.5.1876, gest. 13.2.1945. Eintritt in den Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands 1895, von 1906 bis 1914 Geschäftsführer des Verbandes in Würzburg. Ab 1920 Sekretär, später Vorsitzender des ADGB Würzburg, zudem Mitglied der SPD, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Eisernen Front. 1933 mehrmals in »Schutzhaft« genommen. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und ins KZ Dachau verschleppt, dort an den Folgen der Haft gestorben.

Wittmann, Josef

Geb. 1899, gest. 27.7.1942. Vorsitzender des Verbands der Deutschen Buchdrucker in Nörtlingen und seit 1920 Mitglied der SPD. Nach 1933 illegale Gewerkschaftsarbeit im Grenzgebiet zur Schweiz. Im März 1940 durch einen Gestapo-Zuträger verhaftet und der illegalen Nachrichtenübermittlung beschuldigt. Vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum »Hochverrat« zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Wolf, Karl

Geb. 11.4.1883, gest. 15.3.1942. Ab 1904 Gewerkschaftsfunktionär des Deutschen Metallarbeiter-Verbands (DMV) in Frankfurt am Main, außerdem SPD-Mitglied. 1918 wurde er Bevollmächtigter der DMV-Ortsverwaltung Essen, 1920 Leiter des neugegründeten DMV-Bezirks Essen. Im Jahr 1933 zwei Mal festgenommen und »Schutzhäftling« im Essener Gefängnis. Infolge einer Denunziation im September 1939 wegen »Heimtücke« verurteilt. Nach seiner Entlassung aus dem Bochumer

Gefängnis 1941 wurde er als »Schutzhäftling« ins KZ Sachsenhausen überführt, dort kam er unter ungeklärten Umständen ums Leben.

Wolff, Margarete

Geb. 30.4.1876, gest. 7.3.1943. Ab 1906 ehrenamtliche Kassenführerin im Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands im Ortsverein Berlin-Zehlendorf, später hauptamtliche Sekretärin in der Verwaltung des Berliner Verbands. 1930 Mitglied im Hauptvorstand des Gesamtverbands Christlicher Gewerkschaften und Mitglied im (Zentral)-Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbunds. Im September 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert, dort an den Haftbedingungen gestorben.

Z

Zachert, Eduard

Geb. 8.3.1881, gest. 22.7.1943. Vorstandsmitglied des Verbands der Post- und Telegraphenbeamten in Berlin von 1906 bis 1920. Wurde 1919 Mitglied der USPD und ein Jahr später Bezirksverordneter Berlin-Prenzlauer Berg. 1922 Mitglied der SPD, Abgeordneter der Berliner Stadtverordnetenversammlung von 1923 bis 1925 und des Preußischen Landtags von 1924 bis 1932. Engagierte sich in verschiedenen Verbänden der Postbeamten, die sich zur Deutschen Postgewerkschaft vereinigten, deren Vorsitzender er in Berlin war. 1934 verhaftet und für drei Monate, vermutlich KZ Lichtenburg, inhaftiert und schwer misshandelt. Wurde im Oktober 1942 denunziert und verhaftet, vom Volksgerichtshof wegen Zersetzung der Wehrkraft zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Zacke, Otto

Geb. 9.3.1888, gest. 2.11.1943. 1906 Eintritt in den Verband der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufsgenossen in Deutschland, ab 1920 Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband (DBAV), und in die SPD in Dahme. Ab 1919 bis zum Verbot Vorsitzender des SPD-Ortsvereins. War Stadtverordneter der Stadt Dahme, Abgeordneter des Brandenburger Provinziallandtags und des Kreistages Jüterbog-Luckenwalde. Während der Weimarer Republik Vorsitzender des DBAV, des Landarbeiterverbandes und Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB in Dahme. Nach dem Verbot der SPD 1933 in »Schutzhaft« genommen und bis September 1933 im KZ Oranienburg inhaftiert. Während des Krieges half er mit

anderen Bürgern von Dahme polnischen Zwangsarbeitern, französischen und sowjetischen Kriegsgefangenen. Er starb an den Spätfolgen seiner Haft im KZ Oranienburg.

Zimmermann, Albert

Geb. 28.10.1900, gest. 27.11.1944. Anfänglich Mitglied der SPD, wechselte zur KPD. War als Laborant Ende der 1920er Jahre Leiter der Industriegruppe Chemie-Glas-Keramik der RGO in der Haidemühler Glashütte. Seit 1941 dienstverpflichtet im Rüstungsbetrieb Vereinigte Aluminium-Werke Lautawerk, baute dort eine Widerstandsgruppe auf, unterstütze ausländische Zwangsarbeiter und verbreitete ausländische Nachrichten. Im April 1943 von der Gestapo verhaftet, am 6. Oktober 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, einen Monat später in Brandenburg hingerichtet.

Zobel, Karl Reinhold

Geb. 25.2.1890, gest. Februar 1945. Trat 1908 in den Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) und in die SPD in Braunschweig ein. 1920 Betriebsrat der Schachtanlage Mathilde in Lengede, bis 1933 Vorstandsmitglied bzw. Bevollmächtigter der DMV Verwaltungsstelle Lengede. Für die SPD war er von 1924 bis 1933 Gemeindevertreter bzw. Bürgermeister in Lengede. Nach dem SPD Verbot 1933 für zwei Monate »Schutzhäftling« im KZ Moringen. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat auf Hitler am 22. August 1944 verhaftet und zuerst ins Arbeitserziehungslager Hallendorf (Arbeitslager 21) eingeliefert, von dort ins KZ Sachsenhausen. Starb 1945 entweder auf dem Transport oder im KZ Bergen-Belsen.

Zollikofer, Ludger

Geb. 29.10.1893, gest. 11.10.1944. Zunächst trat er 1918 in die USPD ein, wechselte 1920 zur KPD, gründete die KPD-Ortsgruppe Essen-Werden, kam ins Essener Stadtparlament 1929. Von 1929 bis 1933 Mitglied der Bezirksleitung der RGO im Ruhrgebiet, zugleich mehrere Funktionen im Einheitsverband der Deutschen Eisenbahner. Von März bis November 1933 »Schutzhäftling« in der Haftanstalt Kleve. Erneut verhaftet, im Juni 1934 und verurteilt wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, Haftanstalt Herford/Westfalen. Bei Ausbruch des Krieges verhaftet und in das KZ Sachsenhausen überführt. Aufgrund eines illegalen Widerstands

im Lager wurde er mit anderen Häftlingen in der Vernichtungsstation Z (Genickschussanlage) von SS-Angehörigen ermordet.

Die Quellengrundlage für die Kurzbiografien bilden:

Archivbestände:

Der Aktenbestand des DGB-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), Sig. DY55, Vereinigung der Verfolgten des Naziregime, Biografische Sammlung.

Literatur:

DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie (Hrsg.), Erschlagen – Hingerichtet – In den Tod getrieben: Gewerkschafter als Opfer des Nationalsozialismus. Mit einem Geleitwort von Dieter Schulte, Bonn 1995.

Mielke, Siegfried unter Mitarbeit von Marion Goers, Gewerkschafter in Lagern. Biografische Datenbank zu Gewerkschaftsfunktionär_innen in Konzentrationslagern 1933–1945, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Stand Oktober 2019.

Mielke, Siegfried/Heinz, Stefan (Hrsg.), Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen (Biografisches Handbuch Band 4), Berlin 2013.

Weitere Informationen der Kurzbiografien sind zum Teil der Online-Enzyklopädie www.wikipedia.org und der dortigen »Liste von im Deutschen Reich hingerichteten Personen« entnommen.

Zu den Autoren

Klaus Mertsching

Geb. 1948, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft, und Germanistik an der Universität Hannover; 1. und 2. Staatsexamen für das Höhere Lehramt; M.A. Politikwissenschaft/Sozialwissenschaften; Teamer bei Arbeit und Leben Niedersachsen; 1988–2013 Leiter des DGB-Archivs, Düsseldorf und Bonn.

Michael Schneider

Geb. 1944, Dr. phil. (1974), Habilitation für Neuere Geschichte (1982), war von 1971 bis 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte, dann bis Sommer 2009 Leiter des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und ist Honorarprofessor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Er hat zahlreiche Bücher und Aufsätze zur deutschen Sozial- und Zeitgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, darunter mehrere Publikationen zur Geschichte der Gewerkschaften, geschrieben.